

4  
1999

Zeitschrift des Deutschen Entwicklungsdienstes

**ded**  
**Brief**

# Umwelt und Entwicklung

- 
- ┆ Hoffnung für ein zerstörtes Paradies
  - ┆ Vom Kahlschlag zur Koexistenz
  - ┆ Jugendliche im Einsatz gegen Erosionsschäden

# Inhalt

## Thema | Umwelt und Entwicklung

---

- Peter Schwiebert  
Das Engagement des DED in Umwelt  
und Entwicklung 4
- Wilfried Hoffer  
Umweltpolitik in Mali 7
- Gerald Knauf  
Klimaschutz geht alle an 9
- Michael Schulte  
*Bolivien* Lobbying für Biobauern 11
- Markus Neubert  
*Nicaragua* Abgaskontrollen gegen dicke Luft 13
- Klaus Peter Schmitz  
*Namibia* Gesundheitsvorsorge weit gefasst 15

## Ressourcensicherung

---

- Rémy Nsengiyumva  
*Ruanda* Kriegsfolgen und Ressourcenschutz 18
- Interview von Rémy Nsengiyumva  
mit zwei Landfrauen aus Ruanda  
Die Erde ist alles, was wir haben 19
- Kai-Jens Kühlmann  
*Philippinen* Hoffnung für ein zerstörtes  
Paradies 21
- Dietmar Falk  
*Nepal* Bhujung – Ein Dorf handelt 24
- Johannes Thiery  
*Lesotho* Eine Chance für die Bäume 26
- Thorsten Jolitz  
*Ecuador* Nachhaltige  
Tropenwaldbewirtschaftung –  
Traum oder reale Möglichkeit? 28

## Biologische Vielfalt

---

- Andrea Winterer und Adrian Schuhbeck  
*Papua-Neuguinea* Vom Kahlschlag zur  
Koexistenz 30
- Martina Backes  
*Kenia* Ausverkauf der biologischen Vielfalt 33

## Einkommen schaffen

---

- Petra Brandes  
*Lesotho* Jugendliche im Einsatz gegen  
Erosionsschäden 37
- Christian Conradi  
*Simbabwe* Zwischen Kochkiste und  
Organisationsberatung 39
- Elke Löbel  
*Bolivien* Ein Recyclingbetrieb weckt  
Umweltbewusstsein 41

## Müllentsorgung

---

- Markus Sterr  
*Ecuador* Abfallwirtschaft mit Hindernissen 43
- Sascha Müller  
*Nepal* Eine Abfalldeponie für Butwal 45

## intern

---

Blickpunkt DED 47

## Fokus

---

Johannes Mayr  
*Kambodscha* Armut im Land der  
Roten Khmer 53

## Projekte und Programme

---

Bernward Causemann  
*Namibia* Ein Selbsthilfeprojekt  
auf Umwegen 56

## Literatur

---

Lesetipps 58

## Hinweise

---

Fotoausstellung, Themenvorschau 59

## Philippinen Hoffnung für ein zerstörtes Paradies



Noch vor  
20 Jahren  
zählten  
die philip-  
pinischen  
Korallen-  
riffe zu  
den reiz-  
vollsten

Ökosystemen der Erde. Doch globale Klimaveränderungen, die Verschmutzung der Meere und die Dynamitfischerei der Einheimischen haben dieses Paradies in einen Unterwasserfriedhof verwandelt. Kai-Jens Kühlmann berichtet über seine Arbeit bei einer Nichtregierungsorganisation in Eastern Samar, die sich im Küstenschutz engagiert.

Papua-Neuguinea

## Vom Kahlschlag zur Koexistenz



Kahlschlag und Brandrodung bedrohen die einzigartige Vielfalt an Pflanzen- und Wildtierarten im Land der tausend Stämme. Ein Raubbau an der Natur, von dem korrupte Politiker, Regierungsbeamte und Landbesitzer gleichermaßen profitieren. In „Biocontrol-Projekten“ versuchen Mitarbeiter des DED, dem Naturschutz in Papua-Neuguinea den Boden zu bereiten.

Seite 30

## Lesotho Jugendliche im Einsatz gegen Erosionsschäden

Wie sich ökologische und soziale Aspekte miteinander verbinden lassen, macht ein Projekt des National Environment



Youth Corps (NEYC) vor. In dieser landesweiten Umweltinitiative der Regierung Lesothos und des Entwicklungsprogramms der Vereinten Nationen engagieren sich arbeitslose Jugendliche gegen Erosionsschäden. Am Ende der Pilotphase zieht Petra Brandes ein kritisches Resumée.

Seite 37

Liebe DED-Brief-Leserinnen und Leser,

wirtschaftliche und soziale Entwicklung hängen untrennbar mit dem Schutz der Umwelt zusammen – dies war die wesentliche Botschaft der Konferenz für Umwelt und Entwicklung 1992 in Rio de Janeiro. Die Teilnehmerstaaten einigten sich darauf, das Leitbild einer „nachhaltigen Entwicklung“, das Ökologie, Ökonomie und soziale Sicherheit als untrennbare Einheit begreift, in praktische Politik umzusetzen.

Lange vor dem Erdgipfel hat sich der Deutsche Entwicklungsdienst – zunächst mit bescheidenen Mitteln – für die Erhaltung der natürlichen Ressourcen und ihre Nutzung für eine ökologische und sozial verträgliche Entwicklung engagiert. Die Bilanz dieses Engagements kann sich mittlerweile durchaus sehen lassen: Gut ein Viertel aller DED-Entwicklungshelferinnen und Entwicklungshelfer arbeitet heute in Programmen und Projekten, die im engeren Sinne der Ressourcen- und Umweltsicherung dienen. Die Beiträge in diesem Heft vermitteln einen Einblick in die Bandbreite der Handlungsfelder, in denen der DED aktiv ist. Sie reicht vom Erosions- und Küstenschutz über nachhaltige Naturwaldbewirtschaftung und Maßnahmen zum Erhalt der Artenvielfalt bis hin zum Müllmanagement und -recycling und zur Förderung von umweltrelevanten Organisationen. Umweltbildung durch Information und Aufklärung, die an konkreten Problemen der Zielgruppen orientiert ist, spielt in all diesen Bereichen eine wichtige Rolle.

Kritisch wird die Nachhaltigkeit der vorgestellten Projektansätze und Maßnahmen hinterfragt. Dabei wird in allen Beiträgen deutlich, dass sich Armut und Umweltzerstörung gegenseitig bedingen. Viele Autoren lassen deshalb auch keinen Zweifel daran, dass umweltbewusstes Handeln häufig nur in Verbindung mit einkommenschaffenden Maßnahmen entwickelt werden kann. Die Kunst dabei ist, Umwelt- und Artenschutz in Einklang zu bringen mit dem berechtigten Streben der armen Bevölkerungen nach Fortschritt und Entwicklung.

Doch nicht nur eine kritische Bilanz hat der letzte DED-Brief vor dem Jahrtausendwechsel zu bieten. Mit leicht verändertem Layout und einer neuen Gestaltung der Umschlagseiten zeigt er ein neues Gesicht, das sich im Jahr 2000 noch weiter verändern wird.



Titelfoto: Johannes Mayr

# Das Engagement des DED in Umwelt und Entwicklung

Peter Schwiebert

Lange vor der UN-Konferenz für Umwelt und Entwicklung 1992 in Rio de Janeiro hat sich der Deutsche Entwicklungsdienst (DED) in seinen Gastländern für die Erhaltung der natürlichen Ressourcen und ihre Nutzung für eine nachhaltige Entwicklung eingesetzt. Heute arbeitet fast ein Viertel der Entwicklungshelferinnen und Entwicklungshelfer in der Umwelt- und Ressourcensicherung. Der Autor gibt einen Überblick über die Vielfalt der Arbeitsfelder, in denen sie tätig sind.

Rio und die Agenda 21 sind keine lateinamerikanischen Wahrzeichen, sondern Symbole weltweiter Anstrengungen für die Erhaltung einer ökologisch intakten Welt, denen sich der DED schon im Vorfeld der Konferenz für Umwelt und Entwicklung verpflichtet fühlte. Der regionale Schwerpunkt in der Ressourcensicherung lag zunächst in Lateinamerika, und zwar in der Amazonasregion von Brasilien, Bolivien, Ecuador und Peru.

Heute sind im Amazonasgebiet rund 35 Fachkräfte des DED in der Ressourcen- und Umweltsicherung tätig. Hier geht es vornehmlich darum, die natürlichen Ressourcen als Produktionsgrundlagen langfristig funktionsfähig zu erhalten. Dafür müssen Methoden des standortgerechten Landbaus entwickelt und verbreitet werden, um den Kleinbauern dauerhaft Subsistenz und Einkommen an einem Ort zu sichern und weitere Brandrodung in den Naturwäldern zu verhindern. In den alten Siedlungsgebieten im Amazonas geht es um Regenerierung und Stabilisierung der natürlichen Ressourcen als Lebens- und Wirtschaftsgrundlage der Kleinbauern. In den neuen Ansiedlungen geht es darum, die zugewanderten

Siedler, die meist aus völlig anders gearteten Naturräumen stammen und nur wenig über die Landnutzung in Regenwaldgebieten wissen, über nachhaltige Land- und Ressourcennutzung aufzuklären.

## Ressourcensicherung im Amazonasgebiet

Unter Einbeziehung der lokalen Bevölkerung und Nutzung des traditionellen Wissens werden angepasste landwirtschaftliche Bewirtschaftungsformen lokalisiert, die im Regenwald besonders erfolgreich sind. Sie werden unter verschiedensten Aspekten (Rentabilität, Arbeitsbelastung, Vernetzungsprobleme etc.) untersucht und beschrieben. Die Ergebnisse dieser Untersuchungen dienen als Grundlage für Beratungskonzepte, die Bauern bei der Vorbereitung des Standortes, bei Anbau, Bestandspflege und Pflanzenschutz sowie bei der Ernte, Lagerung und Vermarktung von Agrar- und Waldprodukten und auch bei der Organisation der Betriebe eine Orientierung bieten sollen.

Außerdem unterstützt der DED den Aufbau von Selbsthilfeorganisationen

von Kleinbauern und Landarbeitern, insbesondere der Landfrauenbewegung, und qualifiziert ihre Arbeit durch Beratungsangebote, die auf eine umwelt- und sozialverträgliche Entwicklung abzielen. Hier arbeitet der DED meist mit selbstverwalteten indianischen Dorfgemeinschaften oder mit Nichtregierungsorganisationen (NRO), wie beispielsweise mit Dachverbänden indianischer Gruppen oder mit Siedlern bzw. Forschungseinrichtungen zusammen.

Eine weitere programmatische Besonderheit der DED-Arbeit unter dem Stichwort „Umwelt und Entwicklung“ bildet das Naturwaldprogramm in Chile, das der DED zusammen mit der chilenischen Forstverwaltung durchführt. Dabei geht es vor allem darum, dass die kleinen Waldbauern in den noch existierenden weitflächigen Naturwäldern im Süden Chiles ihre Lebensbedingungen dadurch nachhaltig verbessern, dass sie stärker als bisher die Produkte des Waldes nutzen, anstatt den Wald für eine marginale landwirtschaftliche Produktion zu zerstören. Flankiert wird diese Arbeit im Naturwaldprogramm durch die Kooperation mit der nicht-staatlichen Umweltorganisation CODEFF in der Öffentlichkeitsarbeit und in der Ausbildung von Forsttechnikern. Die private Umweltstiftung hat sich zum Ziel gesetzt, Rolle und Funktion des Umweltschutzes, die Erhaltung der natürlichen Ressourcen und der Biodiversität, mit einem besonderen Schwerpunkt im Naturwaldbereich, in die Öffentlichkeit zu tragen. Damit will sie auf regionaler und nationaler Ebene zur Bewusstseinsbildung beitragen und mehr Einfluss auf die politischen Entscheidungen in Umweltfragen gewinnen. Indirekte Unterstützung findet dieser Ansatz durch die Mitarbeit des DED in der Kommunal-



Foto: Uwe Rau

In der Amazonasregion von Bolivien, Brasilien, Ecuador und Peru arbeiten heute etwa 35 Fachkräfte des DED in der Ressourcensicherung.

verwaltung. Provinzverbände und Gemeinden werden bei der Entwicklung umwelt- und sozialverträglicher Tourismuskonzepte beraten, die zur regionalen Entwicklung beitragen.

## Umweltmonitoring in Asien und Afrika

Mit einem Konzept der umweltverträglichen ländlichen Entwicklung auf der Insel Cebu begann der DED 1991 seine Mitarbeit auf den Philippinen. Heute arbeiten dort im landwirtschaftlichen Programmteil 18 Entwicklungshelfer in den unterschiedlichsten Bereichen, die von gärtnerischer Produktion und Fischerei über Küstenschutz bis hin zu Stadtentwicklungsplanung reichen. Insbesondere beim Schutz küstennaher Meereszonen ist der integrierte Arbeitsansatz hervorzuheben, bei dem die Fischer nicht nur mit modernen Fangmethoden vertraut gemacht werden, sondern der Schutz und die Rehabilitierung der Meeresbiotope sowie Umweltmonitoring, Umweltbildung und -erziehung durchgeführt werden. Die Stärkung lokaler Verwaltungen durch die Mitarbeit von Entwicklungshelfern in den unterschiedlichsten Planungs- und Durchführungsabteilungen soll die o. g. Maßnahmen absichern.

In Papua Neuguinea, Vietnam, Laos, Thailand und Nepal konzentriert der DED in ähnlicher Weise seine Kräfte auf Kleinbauern und auf die Landbevölkerung. In einem Programm zur Erhaltung der Artenvielfalt wurden in Laos landesweit 12 Schutzgebiete ausgewiesen, in denen eine Entwicklungshelferin zusammen mit der einheimischen Bevölkerung Aktivitäten einleitet, die dem Schutz der Natur und der Existenzsicherung der

Einwohner dienen und somit zur Dorfentwicklung beitragen sollen. Die Nutzung von Nicht-Holz-Produkten soll zusätzliche Einkommen schaffen. Bewässerungsmaßnahmen und die Diversifizierung in der Landwirtschaft sollen helfen, die Brandrodung zurückzudrängen und die Ernährungssituation zu verbessern. Die Jagd auf Tiere als zusätzliche Einkom-

des hierfür notwendigen Personals.

In der Tendenz ähnlich, jedoch stärker der landwirtschaftlichen Produktion zugewandt, arbeitet der DED auch in Afrika. Herausragende Schwerpunkte sind im Sahel die Anstrengungen der lokalen Bevölkerung gegen die Wüstenbildung, die der DED seit vielen Jahren unterstützt. Die Entwicklungshelfer arbeiten im Rah-

Foto: Heinz Müller



In Asien und Afrika unterstützt der DED u.a. Maßnahmen gegen Brandrodung und Wüstenbildung

mens- und Nahrungsquelle soll zurückgehen. In kleinen Schritten soll das Vertrauen der Bevölkerung gewonnen und ihr Verantwortungsbewusstsein für ihre Umwelt gestärkt werden.

Im gleichen Programm ist ein Entwicklungshelfer im Management der Provinzverwaltung zuständig für die Formulierung von Richtlinien der

men des Agro-Ökologie-Programms bei der Entwicklung, Erprobung und Verbreitung standortgerechter Landnutzungssysteme mit.

Entscheidend bei dem Vorhaben ist die Beteiligung der Bevölkerung. In kleinen Schritten und unter Verzicht auf großen technischen Aufwand und Anreize in Form von Geld und Nahrungsmitteln wird der Vorteil einer

ressourcen- und umweltschonenden Landnutzung vermittelt. Die Arbeit wird von der Deutschen Welthungerhilfe unterstützt. Gemeinsam mit den Distriktbehörden und der Bevölkerung wirken Entwicklungshelfer bei der angepassten Landnutzungsplanung mit, die durch Bewusstseinsbildung für boden- und wasserkonservierende Maßnahmen unterstützt wird.

Trockenwaldbewirtschaftung und Naturparkmanagement sowie Wildlife- und Umweltschutz sind andere Gebiete, in denen sich der DED in Afrika engagiert. Begleitend dazu werden die Selbsthilfekräfte der Bevölkerung

kommen in Afrika, Lateinamerika und Asien zunehmend Vorhaben des (technischen) Umweltschutzes, wie beispielsweise die Abfallbeseitigung und Müllrecycling bzw. die Abwasser- aufbereitung. Begleitet und unterstützt werden diese Projekte von Maßnahmen der Umwelterziehung und Bewusstseinsbildung, die auf allen gesellschaftlichen Ebenen ansetzen: bei Jugend-lichen und Frauengruppen aus ländlichen Gebieten und armen Stadt-

weise nehmen sie auch Positionen als Führungskräfte in den Strukturen der Partnerorganisationen wahr, weil ein-

heimische Fachkräfte noch fehlen.

Mit seinen Programmen zum Umwelt- und Ressourcenschutz wendet sich der DED vor

## Die Nutzer natürlicher Ressourcen stehen im Mittelpunkt der Projektaktivitäten

allein an die arme und benachteiligte (ländliche) Bevölkerung. Partner des DED sind in der Regel staatliche oder nichtstaatliche Organisationen, die die Interessen dieser Zielgruppen vertreten. Im Zuge einer globalen Dezentralisierungstendenz sind zunehmend auch Distriktverwaltungen Projektpartner des DED, die ihre Vorhaben und Projekte wiederum auf Gemeindeebene umsetzen. Ein sozialverträgliches Vorgehen steht im Mittelpunkt der Mitarbeit. Zur Absicherung der Nachhaltigkeit ist es notwendig, wieder mehr Verantwortung und Rechte an die Landbevölkerung als Nutzer der Ressourcen zu übertragen; insbesondere Frauen werden aktiv in die Projektmaßnahmen einbezogen.

Die Mitarbeiteransätze sollen neben den ökologischen Anforderungen auch der wirtschaftlichen Situation der Ressourcennutzer gerecht werden. Langfristig erreichbare Ziele sind daher durch Maßnahmen mit einem deutlich erkennbaren kurzfristigen Nutzen zu koppeln: Bei der Umwandlung von Weiden oder Äckern in Flächen mit Baumkulturen sind in den ersten Jahren Zwischenfrüchte anzubauen; bei der Ausweisung von Schutzgebieten kann aus dem ehemaligen Jäger ein Ranger oder Touristenführer werden.

Der Deutsche Entwicklungsdienst strebt Kooperationen mit anderen Institutionen der Entwicklungszusammenarbeit an. Bei der Mitarbeit im Ressourcenmanagement beispielsweise kooperiert der DED bereits an vielen Orten erfolgreich mit der Deutschen Gesellschaft für Technische Zusammenarbeit (GTZ) und mit der Kreditanstalt für Wiederaufbau (KfW) sowie mit der Deutschen Welthungerhilfe (DWHH) und verschiedenen ausländischen Organisationen und Diensten.

*Dr. Peter Schwiebert ist Fachreferent des DED für Land- und Forstwirtschaft, Umwelt- und Ressourcensicherung.*



Foto: Uwe Rau

**Die Beratung von Landfrauen gehört zu den Aufgaben der Entwicklungshelfer und Entwicklungshelferinnen.**

und ihrer Organisationen sowie die lokalen Verwaltungsstrukturen gefördert. Damit soll die politische Willensbildung der Entscheidungsträger wie auch der Zivilbevölkerung gestärkt werden.

Zu den Schwerpunkten der Beratung gehört u. a. die Umweltbildung an Schulen im ländlichen und städtischen Raum durch Betreuung von Umweltclubs, Lehrerfortbildung, Öffentlichkeitsarbeit zu umweltrelevanten Themen in Presse, Rundfunk und Fernsehen. Auch *Capacity Building* der Organisationen, Vermittlung und Monitoring von Dritt- und Fremdmitteln sowie die Programm- und Projektdokumentation gehören zu den Schwerpunkten des DED-Programms in der Umwelt- und Ressourcensicherung in Afrika.

Längst beschränkt sich die Mitarbeit des DED nicht mehr nur auf den Natur- und Ressourcenschutz. Hinzu

teilen ebenso wie bei Mitarbeitern von Nichtregierungsorganisationen, Stadtverwaltungen und staatlichen Behörden.

Von den fast 1.000 Entwicklungshelferinnen und Entwicklungshelfern des DED arbeiten heute annähernd 400 im Bereich Land- und Forstwirtschaft und Ressourcenmanagement. Fast 200 dieser Fachkräfte – Landwirte, Förster, Biologen, Geographen, Landschaftsplaner, Umweltingenieure, Hydrologen, Ethnologen und Soziologen – sind in Projekten der Partner eingebunden, die im engeren Sinne der Ressourcen- und Umweltsicherung dienen. Sie arbeiten in der Regel als Berater und Lehrer in den Projekten der Partnerorganisationen sowie in der Aus- und Weiterbildung von Multiplikatoren. Dabei ist es ganz selbstverständlich, dass die Entwicklungshelferinnen und Entwicklungshelfer auch mit Hand anlegen. Teil-



Foto: Uwe Rau

# Umweltpolitik in Mali

Wilfried Hoffer

**Bis Ende der 60er Jahre wurde Umweltschutz im afrikanischen Kontext weitgehend mit Maßnahmen zur Sicherung der landwirtschaftlichen Produktion gleichgesetzt. In Mali entwickelte sich erst in der jüngsten Zeit ein umfassenderes Verständnis von Umweltschutz. Eingeleitet wurde der Umdenkungsprozess u. a. durch die Unterzeichnung der internationalen Wüstenkonvention zur Bekämpfung der fortschreitenden Wüstenbildung. Damit verpflichtete sich auch die malische Regierung zu konkreten Schritten im Ressourcen- und Umweltschutz. Der Autor umreißt einige Maßnahmen, die im Mittelpunkt der malischen Umweltpolitik stehen.**

Eine nationale Umweltpolitik gibt es in Mali erst seit kurzem, obwohl das Land schon in den 80er Jahren ein nationales Programm zum Kampf gegen die Wüstenbildung angenommen hatte. Auch die meisten internationalen Umweltkonventionen wurden unterzeichnet und eine Reihe von umweltrelevanten Gesetzen verabschiedet. Diese Gesetze zeichneten sich jedoch häufig durch völlig überzogene, von Europa übernommene Normen aus, die im nationalen Kontext kaum Sinn machten und auch nicht durchsetzbar gewesen wären. Auch fehlte die nötige Sachkunde vor allem im städtisch-industriellen Umweltschutz. Über das Thema Umwelt wurde kaum

öffentlich diskutiert und der politische Wille, sie zu bewahren, war nur schwach ausgeprägt.

Dies hat sich erst in den letzten Jahren ein wenig geändert, als Mali 1995 begann, mit deutscher Unterstützung und gemeinsam mit Nichtregierungs- und Bauernorganisationen, Vereinen und anderen wichtigen gesellschaftlichen Gruppen einen nationalen Umweltaktionsplan und das in der internationalen Wüstenkonvention vorgesehene nationale Aktionsprogramm zu erarbeiten. Für dieses Vorhaben war zunächst das Ministerium für ländliche Entwicklung und Umwelt zuständig. Doch stellte sich bald heraus, dass das Ministerium

ausschließlich an der Förderung der landwirtschaftlichen Produktion und nicht am Schutz der natürlichen Ressourcen interessiert war.

Also wurde im September 1997 ein Umweltministerium gegründet. 1998 schließlich wurden der Umweltaktionsplan und das Aktionsprogramm von der Regierung verabschiedet. Mit neun Programmen definieren sie die malische Umweltpolitik und behandeln alle wesentlichen Themen der Wüstenkonvention: von Landnutzungsplanung, Ressourcenmanagement und ländlicher Wasserversorgung über die Entwicklung neuer und erneuerbarer Energiequellen sowie städtisch-industrielle Umweltschutzmaßnahmen bis hin zur Umweltforschung und Umwelterziehung.

Inzwischen werden Umweltfragen nicht mehr nur in der Hauptstadt Bamako thematisiert, die seit jeher das Zentrum politischer Willensbildung ist. Seit der Ausarbeitung regionaler Umweltaktionsprogramme wird die Diskussion auch in die Regionen außerhalb der Hauptstadt getragen. Lokale Radiostationen unterstützen diesen Prozess. Die zunehmenden Aktivitäten von Nichtregierungsorganisationen in der Abfallentsorgung, in Umwelthinformativ- und Erziehungsprogrammen sowie die Einflussnahme internationaler Geldgeber haben ein Übriges zur Thematisierung der Umweltfragen getan.

**Umweltproblem in Mali: die fortschreitende Wüstenbildung**

Die finanzielle und technische Unterstützung durch internationale Geberorganisationen ist aus dem malischen Umweltbereich nicht mehr wegzudenken.

Wichtige Geber sind u. a. die Europäische Union mit Maßnahmen gegen die Versandung des Niger, mit Nutzholzanzpflanzung und Umwelterziehung sowie die Weltbank, die u. a. ein landesweites Ressourcenmanagement-Projekt mit der Deutschen Gesellschaft für Technische Zusammenarbeit (GTZ) sowie Haushaltsenergieförderung gemeinsam mit Franzosen, Holländern und Deutschen durchführt. Das Entwicklungsprogramm der Vereinten Nationen (UNDP) unterstützt u. a. die Nationalparkentwicklung, neue und erneuerbare Energien sowie die Strategieentwicklung zur Sicherung der Artenvielfalt, während die FAO partizipative Waldnutzung und die US-amerikanische Entwicklungsagentur AID Umweltinformation und -erziehung fördern. Deutschland unterstützt u. a. die Umsetzung der ländlichen Trinkwasserversorgung, Abfall- und Abwasser- versorgung in einer Regionalhauptstadt sowie ökologische Schutzmaßnahmen in Baumwollanbau- gebieten.

Im Privatsektor entstehen erste bescheidene Initiativen zum Abfallrecycling, insbesondere von Plastikabfall; auch eine Hausmüllverwertungsanlage ist im Gespräch. Eine unmittelbare finanzielle Förderung von staatlicher Seite ist angesichts der kargen Mittel auf absehbare Zeit nicht denk-

bar. Allerdings sind mittelbar wirksame Maßnahmen wie Steuererleichterung und befristete Befreiung von Einfuhrzöllen im Gespräch.

Interessenkonflikte zwischen Ökonomie und Ökologie sind in einem Land wie Mali unvermeidlich, wird

doch das Einkommen des Landes zu einem erheblichen Teil durch den Export natürlicher Ressourcen erwirtschaftet. Insbesondere in der Baumwollproduktion und Goldgewinnung lassen sich die ökonomischen Interessen oft nur schwer mit ökologischen Zielsetzungen vereinbaren.

Mali ist innerhalb weniger Jahre zum zweitgrößten Baumwollproduzenten nach Ägypten aufgestiegen und will die Produktion weiterhin forcieren. Es kann nicht erwartet werden, dass ein solches Vorhaben Umweltschutzbeden-

ken zum Opfer fällt. Zum Ausgleich sind jedoch Kompensationszonen vorgesehen: Für jede neue Baumwollanbaufläche soll eine andere Fläche vergleichbarer Größe unter Schutz gestellt werden. Außerdem sollen die Maßnahmen zur Erhaltung des Produktionspotentials verstärkt werden. Auch die Goldgewinnung wird sich nicht primär an ökologischen Forderungen orientieren; umso weniger, je stärker der Goldpreis fällt. Die Goldschürfer dürften sich erbittert wehren, falls sie umweltschutzbedingten Arbeitseinschränkungen unterworfen würden.

Hier wie auch in anderen industriellen Produktionsbereichen hat der Staat bisher darauf verzichtet, die Betriebe auf die Einhaltung von Mindestnormen zum Schutz der Umwelt zu verpflichten. Dies ist nicht verwunderlich, waren doch die meisten Industriebetriebe lange Zeit in staatlichem Besitz, schlecht geführt und nicht an der Durchführung kostensteigernder Maßnahmen interessiert. Auch die in den letzten Jahren in Gang gesetzte Privatisierung hat nicht zur Einhaltung der Mindestnormen geführt; vermutlich, weil der Staat die Gründung von Unternehmen ermutigen und nicht durch Umweltauflagen gefährden will. Außerdem würden Investitionen in Umweltschutzmaßnahmen die ohnehin

bescheidenen Steuereinnahmen zumindest kurzfristig mindern. Darüber hinaus fehlt es aber auch an Durchführungsbestimmungen und an den erforderlichen Kontrollkompetenzen.

Andererseits hat das Umweltministerium erst kürzlich ein wichtiges Instrument zur Einhaltung von Mindestnormen geschaffen: die Umweltverträglichkeitsprüfung. Mit ihr können Umweltstandards in Bereichen angemaht und durchgesetzt werden, die nicht dem Umweltministerium unterstehen, wie z. B. im Berg- und Straßenbau. Der Erlass beruht auf einer umfangreichen, vom Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung finanzierten Studie, welche die Voraussetzungen für die Einführung und Handhabung dieses Instruments in Mali untersucht hat.

Im Erlass zur Umweltverträglichkeitsprüfung ist auch die Beteiligung der Bevölkerung verpflichtend festgeschrieben, ohne freilich die notwendigen Mechanismen hierfür zu definieren. Bislang ist das Mitsprache- und Entscheidungsrecht der Gemeinden im malischen Dezentralisierungsgesetz verankert. Demnach sind die Gemeinderäte und Bürgermeister für die Erhaltung des ökologischen Gleichgewichts im Gemeindegebiet verantwortlich. Das heißt, Umweltschutz, Raumnutzungsplanung und Ressourcenmanagement sowie die gesamte Entwicklungsplanung der Gemeinde liegen in ihrer Verantwortung. Sie haben dabei den Rat und die Meinung der Dorfchefs und ihrer Berater einzuholen.

Da viele Bürgermeister und Gemeinderäte kaum politische und administrative Erfahrung haben, werden sie erst allmählich den an sie gestellten hohen Anforderungen gerecht werden können. Zu ihrer Unterstützung sind GTZ, DED und die Welthungerhilfe dabei, ein gemeinsames Beratungsangebot zu entwickeln. Es soll umweltrelevante Aspekte wie Ressourcenmanagement, Landnutzungsplanung sowie Abfall- und Abwasserentsorgung umfassen.

*Wilfried Hoffer ist seit 1995 Ansprechpartner der GTZ für die Umsetzung der Wüstenkonvention, seit 1999 auch für das Ressourcenmanagement in Mali. Außerdem ist er Berater des malischen Umweltministers.*

## Internationale Geber finanzieren die Umweltprogramme

## Interessenkonflikte zwischen Ökonomie und Ökologie sind unvermeidlich



Foto: Theresa Kastl

# Klimaschutz geht alle an

Gerald Knauf

Die internationale Staatengemeinschaft tut sich schwer, die Verantwortung für die Zukunftsfähigkeit unseres Planeten gleichberechtigt zwischen Nord und Süd aufzuteilen. Das zeigt sich auch in den Verhandlungen zur sog. „Klimakonvention“, die Industrienationen wie Entwicklungsländer auf eine gemeinsame Verantwortung für den Schutz des Klimas festlegen will. Der Autor skizziert einige Problempunkte dieser Konvention.

Seit Jahrzehnten ist das Problem eines durch den Menschen verursachten Klimawandels bekannt, aber noch nie zuvor hat es so viele unübersehbare Hinweise darauf gegeben wie heute. Hauptursache des „Treibhauseffekts“ ist die Verbrennung der fossilen Brennstoffe Kohle, Erdöl und Erdgas, auf denen der moderne Lebensstil in den Industrieländern aufbaut. Heute entfallen etwa 70 Prozent der Treibhausgasemissionen auf die Industrieländer, während die Entwicklungsländer mit ihren deutlich höheren Bevölkerungszahlen „nur“ 30 Prozent der Emissionen verursachen.

Es sind aber vor allem die Menschen in den Entwicklungsländern, die von den Auswirkungen des Klimawandels betroffen sind. Das liegt u. a. daran, dass sich Klimaänderungen in den Tropen rascher und ausgeprägter bemerkbar machen und die Wirtschaft der Entwicklungsländer vorwiegend landwirtschaftlich ausgerichtet und somit stark vom Wetter abhängig ist. Zudem sind dort kaum oder keine finanziellen Reserven vorhanden, um die Auswirkungen von Katastrophen wieder auszugleichen. Auch fehlen ihnen die Mittel, um sich vor Klimaveränderungen präventiv schützen zu können. Für Schutzmaßnahmen an Küsten und Flüssen haben viele Entwicklungsländer einfach kein Geld.

Die weltweit höchste wissenschaftliche Autorität in Klimafragen, das *Intergovernmental Panel on Climate*

Foto: epd-bild/Stein



Luftverschmutzung durch Autoverkehr in Mexico City

*Change* (IPCC), kalkuliert die Kosten für Schäden und Adaptionsmaßnahmen in Entwicklungsländern auf zwei bis neun Prozent des Bruttoinlandsprodukts (BIP), während die Kosten für Industrieländer mit nur ein bis zwei Prozent des BIP beziffert werden. Vor diesem Hintergrund wird deutlich: Die Industrieländer sind die Hauptverursacher, Entwicklungsländer die Hauptbetroffenen der globalen Klimaveränderung. Eine gemeinsame Vorgehensweise von Nord und Süd ist deshalb zwingend notwendig, um das Problem einer vom Menschen verursachten Klimaveränderung zu reduzieren.

Aus diesem Grund wurde auf dem Erdgipfel 1992 in Rio de Janeiro eine Klimarahmenkonvention verabschiedet. 154 Staaten sowie die Europäi-

sche Gemeinschaft unterzeichneten damals die Konvention, die dann 1994 in Kraft trat. Ziel dieser Konvention ist es, eine „Stabilisierung der Treibhausgaskonzentrationen in der Atmosphäre auf einem Niveau zu erreichen, auf dem eine gefährliche anthropogene Störung des Klimasystems verhindert wird.“ Die bisherigen Verhandlungen waren jedoch wenig erfolgreich, sodass die Emissionen im Jahr 2010 kaum unter denen von heute liegen dürften.

Zwar wurde 1997 in der japanischen Stadt Kyoto ein Zusatzprotokoll verabschiedet, das unter anderem vorsieht, die Treibhausgasemissionen der industrialisierten Länder innerhalb der nächsten acht bis zehn Jahre um durchschnittlich 5,2 Prozent gegenüber den Werten von 1990 zu reduzieren. Diese Vorgabe wird jedoch nicht ausreichen, den durch Menschen verursachten Klimawandel aufzuhalten.

## Gleiches Recht für alle

Würde jeder Chinese soviel Kohlendioxid emittieren wie ein US-Amerikaner, wäre der globale CO<sub>2</sub>-Ausstoß etwa doppelt so hoch wie heute. Wie

## Tausche Regenwald gegen Emissionen

Vor kurzem hat die Regierung von Costa Rica einem Tauschhandel mit einem in Nebraska angesiedelten Energiekonzern, der Tenaska Inc., zugestimmt. Demnach bezahlt die Tenaska Inc. 500.000 US\$ an die Regierung von Costa Rica und hilft außerdem, weitere 500.000 US\$ aufzubringen, um ein Stück Regenwald aufzukaufen und es in einen Nationalpark umzuwandeln. Mit diesem Handel trägt die Tenaska Inc. im Sinne des Kyoto-Protokolls zum Klimaschutz bei, denn der Wald kann nun nicht mehr gerodet oder abgebrannt und somit der in der Biomasse enthaltene Kohlenstoff nicht in die Atmosphäre freigesetzt werden. Die Investition in saubere Luft, die der Energiekonzern in Costa Rica getätigt hat, bekommt er für seine emissionsverursachenden Aktivitäten in den USA gutgeschrieben. Durch diesen Handel kann die Firma Tenaska Inc. ihre Kosten für Maßnahmen zur Emissionsreduktion „zu Hause“ also deutlich senken. In einem weiteren Fall verkaufte Costa Rica Emissionsrechte zu je drei US\$ pro Tonne CO<sub>2</sub> an die norwegische Regierung und ein Firmenkonsortium. Dieser Verkauf brachte Costa Rica Einnahmen in Höhe von zwei Millionen US\$, die für nachhaltige forstwirtschaftliche Projekte verwendet wurden.

Quelle: Briefing Paper 2 des „Centre for Science and Environment“ (CSE), Indien

aber ist zu rechtfertigen, dass die Vereinigten Staaten höhere Treibhausgasemissionen, also tatsächlich mehr Nutzungsrechte für die Atmosphäre beanspruchen als sie China zugestehen? Diese Frage stellt letztlich den Kern der Nord-Süd-Kontroverse dar. Geht man davon aus, dass die Atmosphäre gemeinsames Gut der Menschheit ist, kann es in letzter Konsequenz nur einen gleichberechtigten Zugang zu ihrer Nutzung geben. Auch wenn „Entwicklung“ künftig nicht mehr mit der gleichen Emissionsintensität wie in der Vergangenheit ablaufen muss, wird deutlich: Wenn die heutigen Entwicklungsländer nur ansatzweise zu unserem Lebensstandard aufrücken wollen, werden sie ihre Kohlendioxid-Emissionen um ein Vielfaches erhöhen, während die Emissionen der Industrieländer sehr viel deutlicher reduziert werden müssen. Es steht also ein harter globaler Verteilungskampf um Emissionsrechte bevor, wenn der Treibhauseffekt wirklich gestoppt werden soll.

Die ethisch gebotene Forderung, die Reduktionen von Treibhausgasen fair und gerecht zu verteilen, ist schwer in praktische Politik umzusetzen. Die Klimakonvention hat hier einen Kompromiss gefunden, der die Emissionswerte von 1990 als Bemessungsgrundlage für die Festlegung zukünftiger Reduktionsziele bestimmt. Viele halten dies für einen schlechten Kompromiss, der Ländern

mit hohem Energieverbrauch automatisch ein höheres Emissionsniveau zuweist. So hat beispielsweise Japan nach der Ölkrise 1973 weit mehr Energiesparanstrengungen unternommen als die USA. Die Folge ist, dass das Land laut Kyoto-Protokoll zukünftig weniger Emissionen ausstoßen darf als die Vereinigten Staaten.

Viele Nichtregierungsorganisationen (NRO) und Regierungen von Entwicklungsländern lehnen solche Kompromisse ab. Durch dieses System sichern sich Industrieländer den Löwenanteil der Emissionsrechte, die es bei einer vertretbaren globalen Emissionsobergrenze geben kann. Verschiedene NRO argumentieren, dass alle Menschen auf der Welt das gleiche Recht auf die

Atmosphäre und ihre Nutzung haben. Das heißt, das ein weltweit gleichmäßig verteilter Pro-Kopf-Ausstoß an Treibhausgasen vorausgesetzt wird. Die derzeit verfolgte Strategie bevorzugt jedoch Industrieländer, da sie im Vergleich zu Entwicklungsländern hohe Emissionswerte als Emissionsrechte zugeteilt bekommen haben. Die Entwicklungsländer dagegen werden auf einem vergleichsweise niedrigen Niveau festgelegt. Ihnen bleibt später keine Möglichkeit mehr, ihre Emissionen zu steigern, was ihre Entwicklungspotentiale erheblich einschränkt.

## Florierender Handel mit Emissionsrechten?

In vielen Entwicklungsländern sind Entwicklung und Klimaschutz eng miteinander verwoben. Veraltete Technologien in Kraftwerken etwa erzeugen überflüssige Emissionen. Häufig fehlt jedoch das Geld, modernere und emissionsärmere Technologien einzusetzen und dadurch außerdem Ressourcen und langfristig Kosten zu reduzieren. Ein Technologietransfer wäre entwicklungspolitisch wie auch für den Klimaschutz wünschenswert. Tatsächlich ist mit dem *Clean Development Mechanism* (CDM) im Kyoto-Protokoll ein Mechanismus für die Nord-Süd-Kooperation im Klimaschutz defi-

niert worden. Er ermöglicht z. B. Akteuren aus den Industrieländern, in Entwicklungsländern Klimaschutzmaßnahmen durchzuführen, um sich diese dann auf ihrem „Emissionskonto“ gutschreiben zu lassen. Dadurch können sie ihren Verpflichtungen, die aus dem Kyoto-Protokoll resultieren, teilweise nachkommen ohne dabei im eigenen Land Emissionen reduzieren zu müssen. Der dabei geleistete Technologietransfer von Nord nach Süd soll zur nachhaltigen, d. h. vor allem auch zur sozialen Entwicklung der Entwicklungsländer beitragen.

Inbesondere Regierungen von Entwicklungsländern betonen die Chancen des CDM. Nichtregierungsorganisationen dagegen warnen davor, dass dieser Mechanismus von den industrialisierten Ländern dazu missbraucht werden könnte, ihre Verpflichtungen zur Emissionsreduktion in die Entwicklungsländer zu „exportieren“. Für die Industrieländer ist es meist teurer, Emissionen zu Hause zu reduzieren als in Entwicklungsländern, da sie oft schon vergleichsweise energieeffiziente und somit auch teure Technologien verwenden, und jede weitere technologische Verbesserung mit hohen Kosten verbunden wäre. In Entwicklungsländern ist das anders, denn oft wird veraltete Technologie verwendet, die höhere Emissionen freisetzt. Durch Modernisierung dieser Technologien kann mit einem geringeren finanziellen Aufwand eine höhere Reduktion von Emissionen erzielt werden.

Entwicklungsländer erhalten durch diesen Mechanismus mittelfristig zwar die Möglichkeit, ihre Entwicklung auf einen nachhaltigeren Weg zu bringen. Langfristig jedoch, wenn Industrieländer sich von ihren Verpflichtungen „frei gekauft“ haben und billige Reduktionsmöglichkeiten in Entwicklungsländern „verbraucht“ sind, werden die CDM-Investitionen in diesen Ländern wieder nachlassen. Dem notwendigen Strukturwandel in den Industrieländern hin zur höheren Energieeffizienz und zur stärkeren Nutzung erneuerbarer Energien sowie der Einsicht in eine allseitige, deutliche Reduktion der Treibhausgase wäre man mit dem CDM keinen Schritt näher gekommen.

Gerald Knauf ist Agraringenieur und war von 1995–1997 Entwicklungshelfer des DED in Brasilien. Derzeit ist er Klimareferent beim Forum Umwelt & Entwicklung.

# Bolivien Lobbying für Biobauern

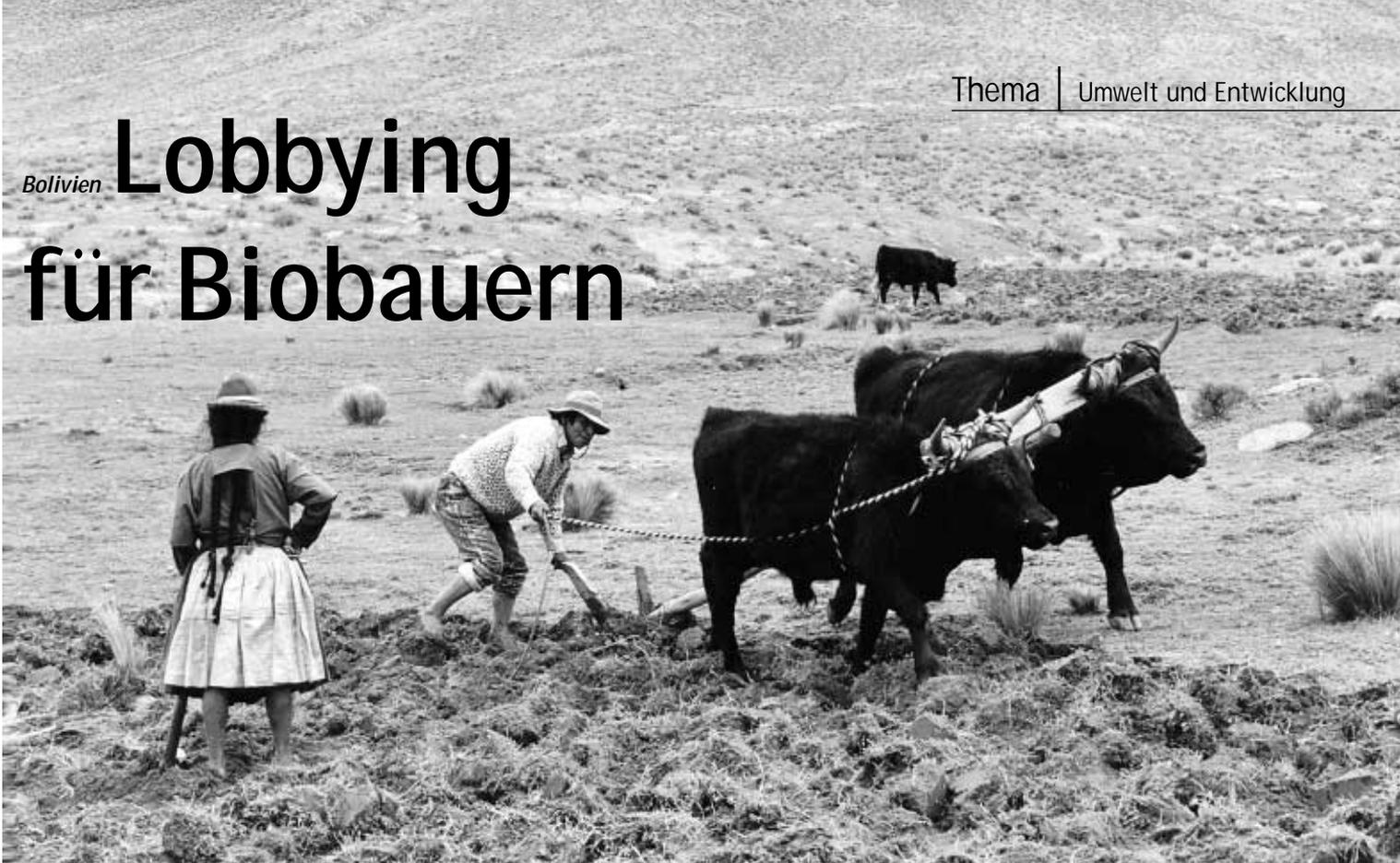


Foto: Uwe Rau

Michael Schulte

**Der DED unterstützt in Bolivien eine beträchtliche Zahl von Bauernorganisationen, Selbsthilfeinitiativen und Institutionen, die umweltrelevante Programme verfolgen. Zu ihnen zählt AOPEB, der Dachverband bolivianischer Ökobauern, dessen politische Lobbyarbeit der agro-ökologischen Produktion in Bolivien mehr Gewicht verleihen will.**

AOPEB (*Asociación de las Organizaciones de Productores Ecológicos de Bolivia*) wurde 1991 als Dachverband der verschiedenen Organisationen ökologisch produzierender Kleinbauern in Bolivien gegründet. Zur Zeit hat der Verband 34 Mitgliedsorganisationen, die ihrerseits mehrere Tausend Kleinbauern aus den verschiedenen Höhenlagen und Ökoregionen Boliviens vertreten. Die Mitgliedsorganisationen sind regionale, meist auf bestimmte Produkte wie beispielsweise Kakao oder Kaffee spezialisierte Produzentenverbände. Dazu gehören u. a. landwirtschaftliche Produktionskooperativen von Ökobauern, Nichtregierungsorganisationen, die kleinbäuerliche Bio-Produktion fördern und produktionsorientierte, private Kleinunternehmen. Sie alle fühlen sich einer ökologisch nachhaltigen Landwirtschaft verpflichtet und erfüllen die entsprechenden Anforderungen an Bodenschutz, geschlossene Nährstoffkreisläufe, Krankheits-

Schädlings- und Unkrautkontrolle. Die Verbandsmitglieder arbeiten mit Produktionstechniken wie Fruchtwechsel, der Auswahl angepasster Pflanzensorten und Tierrassen und benutzen zur Schädlingsbekämpfung ausschließlich biologische Substanzen, die in der ökologischen Landwirtschaft erlaubt sind.

Die Aktivitäten des Verbandes sind in Bolivien zum Keim einer ökologischen Bewegung von Produzenten, Verarbeitern, Vermarktern und Verbrauchern geworden. Dieser noch schwachen Ökologiebewegung mehr Einfluss auf die Entscheidungen in Staat und Gesellschaft zu verschaffen, z. B. in der Gesetzgebung bezüglich der Qualitätsansprüche an Nahrungsmittel und in der öffentlichen Diskussion um die Entwicklungsmöglichkeiten des Landes, ist Ziel des Verbandes. Darüber hinaus will AOPEB die Produktion, Verarbeitung, Vermarktung und den Massenkonsum qualitativ hochwertiger ökologischer Produkte

aus Bolivien vorantreiben und damit letztlich auch die Lebensbedingungen der ökologisch produzierenden Kleinbauern verbessern.

## Mehr Einfluss für Biobauern

Eines der größten Probleme für AOPEB ist die Agrarpolitik der Regierung, die nach wie vor die konventionelle extensive Landwirtschaft unterstützt. Viel Geld wird in die Ausbeutung der Naturressourcen gesteckt, um die Exporte und Deviseneinnahmen des Landes zu erhöhen. So genießen der Bergbau, die Öl- und Gasförderung oder auch die agrarindustrielle Sojaproduktion absoluten Vorrang vor allen Maßnahmen der Ressourcensicherung und nachhaltigen Produktion. Während sich die Hersteller ökologischer Produkte in Handwerk und Kleinindustrie um ein schonendes Ressourcenmanagement bemühen, erlaubt der Staat die Einfuhr von Agrarchemikalien, die in vielen Ländern verboten sind. Auch sind den meisten Politikern die Vorteile der Agrarökologie unbekannt. Deshalb kann der Verband kaum mit staatlicher Unterstützung rechnen und verfügt nur über begrenzte Kreditmöglichkeiten. Es gibt kaum Kredite für Kleinproduzenten. Gesetze zur Agrarreform, Forst- und Wassernutzung und anderen Umweltfragen werden zwar verabschiedet, aber nicht umgesetzt. Auch die

bolivianische Zivilgesellschaft weiß wenig über die Vorteile der Agrarökologie. Der Markt für ökologische Produkte ist in Bolivien auf die kleine Mittelschicht begrenzt. Überdies gibt es in Bolivien keine Regulierung der Verwendung von Qualitätsbegriffen wie „organisch“, „biologisch“, oder „ökologisch“. Die im Land hergestellten Lebensmittel besitzen deshalb keine Qualitätsgarantie.

Um mehr Einfluss auf politische Entscheidungen zu agrarökologischen

schutzmittel eingebracht, die den Verkauf und Einsatz von gefährlichen Mitteln verbieten oder kontrollieren.

## Erste Erfolge sind zu verbuchen

Die Erarbeitung dieser Normen ist einer der Erfolge, den die Arbeit von AOPEB aufweisen kann. Als weiterer Fortschritt ist zu werten, dass an ökologischen Kriterien ausgerichtete

AOPEB vorteilhaft: Sie haben Zugang gefunden zum internationalen Solidaritätsmarkt, der mit „fair“ gehandelten Produkten dazu beiträgt, ökologisch nachhaltige und sozial verträgliche Produktionsbedingungen zu fördern. Durch den Preisaufschlag bei der Bio-Vermarktung wurden höhere Einkommen erzielt und im Umfeld der kleinbäuerlichen Produktion wurden Arbeitsplätze mit sozialen Mindeststandards, z. B. bezüglich der Arbeitszeitregelungen und Versicherungen, geschaffen.

Die Verbesserung der Produktionsbedingungen und die sozialen Vorteile, die AOPEB hat, haben in Bolivien insgesamt zu einem Anstieg der agrarökologischen Produktion geführt: Während 1995 noch 602 Tonnen ökologisch produzierter Lebensmittel zu verzeichnen waren, waren es 1998 bereits 2.000 Tonnen. Die nach ökologischen Kriterien bearbeitete landwirtschaftliche Fläche betrug 1995 rund 10.000 Hektar ha und stieg bis 1998 auf 25.000 ha. Und die Zahl der zertifizierten Öko-Bauern hat sich zwischen 1995 und 1998 fast verdoppelt von 2.308 auf 4.000. Vor kurzem schlossen sich auch die Indígena-Völker der Moseten, Chiman und Leco mit insgesamt 20.000 Mitgliedern dem Verband an.

Die agrarökologische Entwicklung in Bolivien, deren zentrale Organisation AOPEB ist, entstand wesentlich auf Anregungen und mit Unterstützung ausländischer Berater, nicht zuletzt des DED. Nicht zuletzt deshalb ist sie vollständig auf den europäischen Markt und die Konsumgewohnheiten der Europäer in Bolivien ausgerichtet. Dieser Ansatz hat ein Netz von Organisationen bolivianischer Kleinbauern entstehen lassen und die ökologische Produktion als eine mögliche Entwicklungsalternative ins Bewusstsein gerückt. Nun gilt es allerdings, die bolivianischen Verbraucher stärker für ökologische Produkte zu interessieren.

Darüber hinaus müssen Normierung und Kontrolle der biologischen Produktion, die bisher auf den für europäische Bauern entwickelten Normen der EU basieren, an die spezifisch bolivianischen Produktionsbedingungen angepasst werden. Dies sind die wichtigsten Ziele, die sich der Dachverband bolivianischer Ökobauern im Fünfjahresplan bis 2004 gesetzt hat.

*Michael Schulte ist seit 1998 Koordinator für Landwirtschaft des DED in Bolivien.*



Foto: Uwe Rau

### Öko-Gemüse muss sich in Bolivien erst noch einen Markt erobern.

Fragen zu gewinnen, hat AOPEB Abkommen u. a. mit dem Ministerium für nachhaltige Entwicklung und anderen staatlichen Stellen wie der Behörde für Qualitätsnormen geschlossen. Zusammen mit anderen Organisationen hat AOPEB an einem Gesetzentwurf zur Festlegung von Normen für die Agrarökologie in Bolivien gearbeitet und Änderungsvorschläge für den Gesetzentwurf über Pflanzen-

landwirtschaftliche Produktionssysteme entwickelt und betriebsinterne Kontrollen zur Einhaltung dieser Kriterien geschaffen wurden. Es wurden Agroforsttechniken und ökologische Techniken zur Weiterverarbeitung von landwirtschaftlichen Produkten, z. B. bei der Fermentierung und Trocknung von Kaffee und Kakao, eingeführt.

Auch für die bolivianischen Kleinbauern sind die Bemühungen von

Nicaragua

# Abgaskontrollen gegen dicke Luft

Markus Neubert

Auch im technisch-handwerklichen Bereich trägt der DED zu Umweltschutz und Entwicklung bei. Ein eher seltenes Beispiel hierfür liefert der Autor, der als Berater und Ausbilder für Kfz-Mechaniker in einem Programm zur Abgaskontrolle in Nicaragua mitarbeitet.

Gibt es in einem Land, das zu den ärmsten der Welt gehört und in dem gerade einmal 260.000 Fahrzeuge verkehren, nichts Wichtigeres für den DED zu tun, als ausgerechnet ein Projekt zur Kontrolle der Fahrzeugemission zu unterstützen? Diese Frage wird mir immer wieder gestellt, wenn ich berichte, dass der DED in Nicaragua seit 1997 ein Programm zur

Reinhaltung der Luft unterstützt. Dabei handelt es sich um das von der schweizer Consulting Swisscontact seit 1992 mit erheblichem finanziellem Aufwand betriebene Programm ProEco zur Einführung von verpflichtenden Abgasmessungen in Zentralamerika. Dieses Programm umfasst sowohl die Unterstützung der Regierungen bei der Formulierung von Gesetzen zur Kontrolle der Abgasemissionen als auch die Information und Aufklärung der Öffentlichkeit über Sinn und Nutzen der Abgassonderuntersuchungen sowie die Hilfe bei der technischen Durchführung des Vorhabens. Der Anlass für dieses aufwendige Programm: Untersuchungen der Luftqualität in den Hauptstädten von Honduras, El Salvador, Nicaragua und Guatemala haben u. a. Kohlendioxid- und Stickstoffemissionen ergeben, die um ein Vielfaches die international zugelassenen Werte übersteigen. Nach Angaben des nicaraguanischen Gesundheitsministeriums MINSA leiden bereits über 50 Prozent aller nicaraguanischen Kinder an Lungen- und Bronchienerkrankungen. Allein 1996 starben daran 400 Kinder. Diese Fälle wur-

## Zuverlässige Partner für die Abgaskontrollen gesucht

den vor allem in den städtischen Gebieten mit erhöhtem Verkehrsaufkommen registriert. Um Abgassonderuntersuchungen in Nicaragua durchführen und Fahrzeuge mit erhöhten Werten reparieren bzw. neu einstellen zu können, musste Swiss-

contact einen Partner finden, der das notwendige technische Know-how an nicaraguanische Werkstattbesitzer und Mechaniker weitergeben kann. Hier bot sich das von den Ordensbrüdern *La Salle* geführte Ausbildungszentrum *Instituto Politécnico La Salle* in León an, mit dem der DED seit 1994 zusammenarbeitet, um die veralteten Kenntnisse nicaraguanischer Kfz-Mechaniker auf den aktuellen Stand moder-

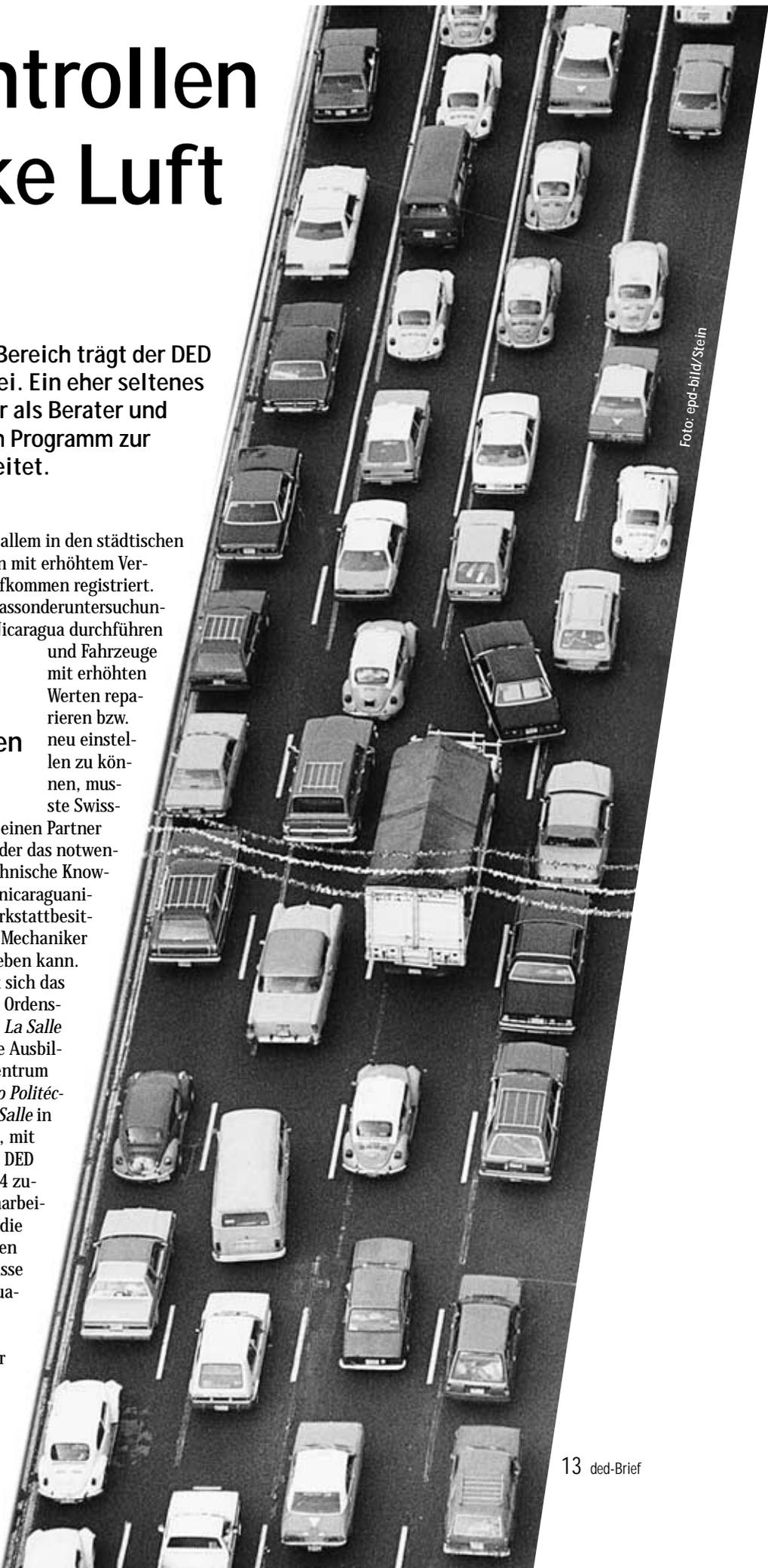


Foto: epd-bj/d/Stein

ner Technologie zu bringen.

Es kam zu einem Vertrag zwischen den drei Institutionen, in dem das Ausbildungszentrum *La Salle* unter Beratung des DED die Aufgabe übernahm, Dozenten anderer Ausbildungsinstitute sowie Mechaniker technisch fortzubilden sowie das Vorhaben in der Öffentlichkeit bekannt zu machen. Swisscontact übernahm die Finanzierung der Aktivitäten und der Österreichische Entwicklungsdienst (ÖED), der ebenfalls mit *La Salle* zusammenarbeitet, finanzierte der Kfz-Abteilung des Zentrums eine

komplette Ausstattung zur Fehlerdiagnose bei Verbrennungsmotoren sowie zur Messung der Abgaswerte.

Mitte 1997 wurde das Gesetz zur Einführung einer Abgaskontrolle in Nicaragua, an dessen Entwurf Swisscontact beteiligt war, durch das Parlament bestätigt. Das Dekret Nr. 32-97 verpflichtet seither die Regierung, jährlich eine obligatorische Kontrolle der Abgase aller in Nicaragua registrierten Fahrzeuge durchzuführen. Das Gesetz wurde allerdings nicht sofort in Kraft gesetzt, da Präsidentschaftswahlen vor der Tür standen. Die Zwischenzeit nutzten die beteiligten Organisationen zur Weiterbildung und Öffentlichkeitsarbeit. Sie vermittelten in bislang 30 Lehrgängen moderne Kfz-Technik und organisierten zwei „Wochen der sauberen Luft“, in denen an verschiedenen Tankstellen der Hauptstadt Managua und der zweitgrößten Stadt des Landes, León, Abgasmessungen bei Fahrzeugen durchgeführt wurden. Skeptische Autofahrer wurden mit dem Argument, dass erhöhte Abgaswerte einen unnötigen Kraftstoffverbrauch und erhöhte Ausgaben für den Fahrzeugbesitzer bedeuten, vom Nutzen der Messungen überzeugt. Die Aktionstage gingen durch Presse und Fernsehen und wurden von allen Beteiligten positiv aufgenommen.

Nach den Wahlen war auch der neue Transportminister verpflichtet, das Gesetz umzusetzen; kein einfaches Vorhaben, denn das Transportministerium besaß weder genügend ausgebildetes Personal noch die not-



Foto: Uwe Rau

Kinder in städtischen Gebieten mit hohem Verkehrsaufkommen leiden häufig an Atemwegkrankungen.

wendigen Messgeräte. So beauftragte der Minister kurzerhand das *Instituto Politécnico La Salle* mit der Messung aller neuen und gebrauchten Fahrzeuge, die nach Nicaragua importiert werden. Im Ausbildungszentrum *La Salle* befürchtete man zunächst, dass das Kontroll- und Messverfahren an der Bestechlichkeit staatlicher Stellen scheitern würde. Da Abgaskontrollen aber auch in Nicaragua ein rentables Geschäft sind, dessen Gewinne dem Institut die Finanzierung einiger sozialer Projekte erlauben würde, stimmte man dem Vorhaben zu.

## Bessere Luft im Jahr 2000?

Im Dezember 1998 richtete also das *Instituto Politécnico La Salle* in Managua einen Abgaskontrollstand ein, an dem nun die Abgase aller neu zugelassenen Fahrzeuge gemessen werden. Fahrzeuge mit erhöhten Werten müssen nach der Reparatur erneut zur Kontrolle erscheinen, sonst bekommen sie bei der Polizei keine Nummernschilder. Eine Kommission aus Vertretern des Transportministeriums, der Polizei, des Umweltministeriums und des Zolls unter Beratung von Swisscontact und DED wacht über den ordnungsgemäßen Ablauf der Kontrollen. Bis jetzt ist auch noch kein Korruptionsfall bekannt geworden; die Polizei schickt tatsächlich alle Fahrzeuge zur Kontrolle. Mittlerweile laufen die Abgassonderuntersuchungen so gut, dass das *Instituto Politéc-*

*nico La Salle* bereits in weitere Messgeräte investiert und einen neuen Messstand in León eröffnet hat, um auch den Norden des Landes abzudecken.

Erste positive Folgen des Programms sind bereits auszumachen: Die Kfz-Betriebe sind heute deutlich besser ausgestattet als vor den Untersuchungen. Werkstätten werden normalerweise erst bei Totalausfall des Autos aufgesucht. Jetzt müssen viele Fahrzeugbesitzer ihre Autos zwangsweise warten lassen, wenn sie die Abgaskontrollen nicht bestanden haben. Auch die Nachfrage nach Fortbildungskursen in moderner Kfz-

Technologie für Werkstattbesitzer und Mechaniker ist gestiegen und auf dem Ersatzteilmarkt ist eine erhebliche Bewegung festzustellen. Als besonderer Erfolg ist zu verzeichnen, dass alle Importeure nur noch Fahrzeuge mit modernster Technik, wie beispielsweise Benzineinspritzung und Abgasregulierungssystemen, ins Land bringen. Bis Ende 1998 importierten sie noch Vergasermodelle, die in Europa schon vor zehn Jahren wegen mangelnder Umweltverträglichkeit abgeschafft wurden.

Ab dem Jahr 2000 will man auch den älteren Kfz-Jahrgängen auf die Pelle rücken und deren Abgaswerte prüfen. Mehr als 50.000 Fahrzeuge sollen dann kontrolliert werden; hinzu kommen etwa 17.000 Neuzulassungen des Jahres 2000. Dieser Auftrag wird dem *Instituto Politécnico La Salle* finanziell genug einbringen, um auch weiterhin mittellosen Nicaraguancern kostenlos eine qualifizierte technische Ausbildung zu ermöglichen.

Trotz all dieser Bemühungen wird sich die Qualität der Luft in Nicaraguas Städten wohl auch im Jahr 2000 noch nicht wesentlich verbessern. Die Umsetzung dieses Programms sichert Nicaragua jedoch für die Zukunft einen ökologisch verträglichen Fahrzeugpark und stellt schon jetzt die Weichen für langfristig bessere Luftwerte.

Markus Neubert ist Kfz-Mechanikermeister und seit 1994 Entwicklungshelfer des DED in Nicaragua

# Namibia Gesundheitsvorsorge weit gefasst



Foto: Werner Gartung

Für eine umweltfreundliche und dezente Erledigung der „großen Geschäfte“ sorgen Latrinenbauprojekte.

Klaus Peter Schmitz

Neun Jahre nach der Unabhängigkeit wird in Namibia auch das Gesundheitswesen dezentralisiert. Der Autor ist Leiter des „Regional Health management team“ der Region Ohangwena im Norden des Landes und schildert die mühsamen Ansätze zur Umsetzung eines umfassenden Gesundheitsbegriffs, der auch Umweltfragen einbezieht.

„Seitdem es weniger Bäume und Büsche gibt, sind wir gezwungen, Latrinen zu bauen“, klagt ein *Headman* in der Region Ohangwena im Norden Namibias. Als Vertreter der zuständigen Gesundheitsbehörde auf Distrikt- und Regionalebene hatten wir uns mit den *Headmen*, den traditionellen Autoritäten, getroffen, um über den Bau

sowie die Vor- und Nachteile von Latrinen und eine mögliche finanzielle Unterstützung durch das Gesundheitsministerium zu diskutieren.

Gut 90 Prozent der Bevölkerung leben hier in traditionellen Behausungen. Diese *Homesteads*, in denen zehn bis 20 Familienmitglieder zusammenleben, bestehen aus bis zu zehn gras-

gedeckten Lehmhütten, die mit einem Pallisadenwall umgeben sind. Sie sind in mehreren hundert Metern Abstand voneinander im trockenen, schwer zugänglichen Buschland verteilt und von Hirsefeldern umgeben. Die wenigsten *Homesteads* haben Latrinen. Solange ausreichend Platz vorhanden war, Büsche und Bäume Schutz vor Beobachtung garantierten, wurde das Geschäft irgendwo im Gelände um das *Homestead* herum erledigt. Spürbar veränderte Umweltbedingungen, Abholzung und zunehmende Versteppung gestalten die Suche nach „stillen Örtchen“ aber immer schwieriger. Einziger Pluspunkt dieser negativen Veränderungen: Sie liefern überzeugende Argumente für den Bau von Latrinen.

In der Regel wird die Bereitschaft der Bevölkerung überschätzt, Latrinen als wirksames Mittel zur Eindämmung der Übertragung von Wurmerkrankungen und Infektionen zu akzeptieren. Auf den ersten Blick scheint die Notwendigkeit eindeutig und der Bau schnell

bisher in viel zu geringen Mengen lokal produziert werden. Die Pyrethrum Derivate, mit denen diese Netze einmal jährlich imprägniert werden, sind bei richtiger Dosierung für Menschen unbedenklich. Allerdings ist das Insektizid giftig für Fische, so dass es

der Bevölkerung uneingeschränkt akzeptiert: Immer häufiger wird den Teams der Zugang zu Haus und Hof verwehrt. Viele Menschen fürchten, durch DDT geschädigt zu werden oder glauben nicht an dessen Wirksamkeit.

Aber DDT ist billig. Kaum ein afrikanisches Land kann sich die alternativen Pyrethrum Derivate, die von den Chemiekonzernen angeboten werden, in entsprechenden Mengen leisten. Die ärmsten Länder haben zudem die meisten Fälle der lebensgefährlichen Malaria Tropica zu beklagen. Als Gesundheitsplaner wissen wir, dass die Kindersterblichkeit durch den Einsatz der Insektizide wesentlich gesenkt werden kann. In Ecuador wurde der Einsatz von DDT seit 1993 verstärkt und eine Senkung der Malaria-Erkrankungen um 60 Prozent erreicht. In Bolivien, Paraguay und Peru wurde der Einsatz von DDT 1993 gestoppt und führte zu einem Anstieg neuer Malariafälle von über 90 Prozent. Die WHO rechnet jährlich mit 300 bis 500 Millionen Malaria-Erkrankungen weltweit und registriert sehr viel mehr Todesfälle als vor einigen Jahrzehnten.

Bevor DDT vom Markt genommen wird, sollten also alternative und finanzierbare Insektizide verfügbar sein. Strategien zum kontrollierten Einsatz von DDT in der Malariaprävention und Kontrollmaßnahmen zur Verhinderung von Missbrauch müssen entwickelt und angewandt werden. Dabei ist eine Zusammenarbeit von Umwelt- und Gesundheitsplanern auf nationaler und regionaler Ebene notwendig. Die Menschen in den betroffenen Gebieten müssen über Nutzen und Risiken der Maßnahmen informiert und aufgeklärt werden, um diese Programme zu unterstützen. Dies ist gewiss der schwierigste Teil bei der Umsetzung einer basisorientierten Malariaprävention.



Foto: Werner Gartung

### Armut und Krankheit gehen oft Hand in Hand.

realisierbar. Das Baumaterial wird zur Verfügung gestellt, die Gruben werden in Eigenleistung ausgehoben und mit fachlicher Anleitung ist die Latrine schnell gebaut.

Doch traditionelle Verhaltensweisen und die Erfahrungen aus der Vergangenheit werden nicht so einfach über Bord geworfen. Manchmal kann es Jahre dauern, bis Latrinenbauprojekte eine flächendeckende Akzeptanz erreichen. Es sind eben nicht nur die medizinischen, infektiologischen und hygienischen Argumente, welche die Bevölkerung letztlich überzeugen.

### Malariabekämpfung mit Umweltgiften ist umstritten

Neben der Verbesserung der hygienischen Verhältnisse hat die Eindämmung der Malaria Priorität im Norden Namibias. 50.000 Fälle werden unter den 250.000 Einwohnern der Region Ohangwena pro Jahr diagnostiziert und behandelt. Zur Vorbeugung werden mit Insektiziden imprägnierte Mosquitonetze propagiert, die jedoch

nicht in Gewässer eingebracht werden darf. Am Kavango, dem Grenzfluss zu Angola, werden aber eben diese Moskitonetze gerne zum Fischen benutzt. Sollte die „Nebenwirkung“ des Pyrethrum gezielt zum Fischfang eingesetzt werden, um möglichst schnell große Mengen zu fangen, hätte das fatale Folgen für die Ökologie der Gewässer.

Ein anderes Problem im Zusammenhang mit der Bekämpfung der Malaria ist der Einsatz des hoch wirksamen aber auch stark giftigen Insektizids DDT, der äußerst umstritten ist. Die UN-Umweltbehörde wollte DDT bereits weltweit verbieten und die Herstellung in einigen Jahren völlig abschaffen. Doch aus Kreisen der UN-Gesundheitsbehörde und von Tropenmedizinern gab es Protest. Denn bislang ist DDT in vielen afrikanischen Ländern ein wesentlicher Bestandteil der Malaria-Präventionsprogramme. Auch in der Region Ohangwena sind vor Beginn der Regenzeit im Dezember die Sprühteams mit ihren Traktoren unterwegs und besprühen Decken und Wände der Behausungen mit dem umstrittenen Insektizid. Diese Maßnahmen werden jedoch nicht überall in

### Umweltprobleme, Armut und Krankheit bedingen sich gegenseitig

Der fatale Zusammenhang zwischen Umweltzerstörung, Armut und Krankheit wurde uns im April vor Augen geführt, als in Ohangwena, der ärmsten Region Namibias, die Pest ausbrach. Es handelte sich um die Bubonepest, die im Norden Namibias endemisch ist; das heißt, sie kommt hier immer wieder vor. Doch während im letzten Jahr nur 12 Fälle registriert wurden,

mussten diesmal 140 Fälle in zwei Krankenhäusern der Region behandelt werden. Möglicherweise hatten die spärlichen Regenfälle und der heiße Süd-Sommer zu dem epidemieartigen Anstieg der Erkrankungen zwischen April und Juni geführt.

Ein Inspektionsbesuch vor Ort führte uns in einen abgelegenen *Homestead* mitten im Busch von Ohangwena. Dort ernähren sich die Menschen das ganze Jahr von Hirse. Seitdem die Regenfälle stetig zurückgegangen sind, haben viele Familien kein Einkommen mehr und können keine Nahrungsmittel kaufen. Vier Tage vor unserem Besuch war ein siebenjähriges Mädchen an Pest gestorben. Ihre Geschwister zeigten uns die selbst gebauten Fallen, mit denen sie Ratten und Mäuse fingen. Mit dem Fleisch der Tiere reichern sie ihre kärgliche Nahrung an. Wenn sie die Beute aus der Falle holen, wechseln die Flöhe vom getöteten Nager auf den Menschen. Durch den Flohbiss werden die Kinder infiziert und erkranken.

Ein anderes Problem ist der Müll: Entlang der Straßen des Ovambolands im Norden Namibias und in den städtischen Zentren werden Müll und Schrott als Nebenprodukt einer sich entwickelnden Region zunehmend zum Verursacher von Krankheiten. Überall liegen Autowracks, zum Teil seit Jahrzehnten nicht von der Stelle bewegt und von Bäumen durchwachsen. Zwischen wilden Müllhaufen aus Blechdosen, Plastik und Flaschen spielen Kinder. Der Müll sammelt sich oft neben oder in den im Ovamboland typischen Wasserreservoirs, aus denen das Trinkwasser für den täglichen Gebrauch geschöpft wird. Besonders in Ansiedlungen mit wenig entwickelter Infrastruktur sind Müll und Abwässer ein Gesundheitsrisiko.

Im Ovamboland gibt es bisher keine organisierte Müllabfuhr. Jedoch haben sich in einigen Orten Initiativen gegründet, die sortierten Müll sammeln und einer Wiederverwertung zuführen. In vielen Straßendörfern sind Mülltonnen aufgestellt, wenn auch noch nicht klar ist, wie und wohin der Müll dann transportiert wird. Der Gesundheitsinspektor in unserem Team organisiert regelmäßig Säuberungsaktionen und hat sich für den Bau von Mülldeponien eingesetzt. Wir konnten in der Regionalverwaltung die Planung von Mülldeponien für die Ortschaften Oshikango, Eenhana und Ohangwena vorantreiben und hoffen, dass diese Projekte als Teil des regio-

nen Entwicklungsplans im nächsten Jahr realisiert werden. Der politische Wille der Regionalverwaltung und der Gemeinden, solchen Projekten in der Planung neben Straßenbau und Elektrifizierung einen hohen Stellenwert einzuräumen, ist Voraussetzung dafür, dass die Zusammenhänge zwischen Umwelt und Gesundheit zukünftig stärker berücksichtigt werden.

## Die Lösung von Umweltproblemen gehört zur Gesundheitsvorsorge

In der Arbeit des *Regional health management team* der Region Ohangwena wird deutlich, dass Armutsbekämpfung eine Voraussetzung für jegliche Entwicklung ist. Dabei muss der Bereich der Gesundheitsversorgung und -planung sehr weit gefasst werden. So sind Ernährungssicherung, Wasserversorgung und Latrinenaufbau sowie der Aufbau von Kleingewerbe, z. B. zur Produktion von Mosquitonetzen, Teilbereiche der Gesundheitsversorgung. Die Zusammenarbeit mit Gemeinden und Behörden zur gemeinsamen Lösung lokaler oder regionaler umweltrelevanter Probleme gehört ebenfalls dazu. Nur mit solchen integrierten Ansätzen ist die Umsetzung des vor mehr als 20 Jahren in Alma Ata von der Weltgesundheitsorganisation (WHO) proklamierten Konzepts der Basisgesundheitsversorgung möglich.

Namibia befindet sich neun Jahre nach der Unabhängigkeit noch weit entfernt davon, dieses Konzept in die Realität umzusetzen. Das zwingt die Gesundheitsplaner auf Distrikt- und Regionalebene, sowohl am Aufbau von Kooperationsmöglichkeiten als auch an der Vernetzung aller Beteiligten aktiv mitzuwirken. Kooperationspartner sind dabei die lokalen und regionalen Behörden, politische Entscheidungsträger, Gemeindevertreter, Interessenvertreter und Nichtregierungsorganisationen.

Die Dezentralisierung in Namibia, die mit einer Umstrukturierung des Gesundheitswesens einhergeht, bietet mannigfaltige Möglichkeiten, den Aspekt Gesundheitsversorgung in die Ministerien und Gemeinde- oder Regionalräte einzubringen und zu verankern. Gleichzeitig ist es eine enorme Herausforderung, den Beteiligten deutlich zu machen, dass

Prävention und vorbeugende Maßnahmen im Gesundheitsbereich nicht allein im Verantwortungsbereich des Gesundheitsministeriums liegen können. Dazu ist auch der politische Wille der Machthaber, die Bereitschaft von allen Beteiligten zur Übernahme von

Foto: Michael Sturm



Wilde Müllkippen sind ein Gesundheitsrisiko.

neuen Aufgaben und die Bereitstellung der notwendigen Mittel nötig.

Es bleibt festzuhalten, dass Armut, Umwelt und Gesundheit ebenso wie das soziale, kulturelle und politische Umfeld nicht voneinander zu trennen sind und sich gegenseitig beeinflussen. Umweltgerechtes Handeln und Basisgesundheitsversorgung sind jedoch auch unmittelbar abhängig von der Einsicht und dem Verhalten der Bevölkerung. Somit lohnt es sich, die lokale Bevölkerung in die Entscheidungsprozesse bei der regionalen Entwicklungsplanung einzubeziehen und die gemeinsame Verantwortlichkeit für Umwelt und Gesundheit zu fördern.

Dr. Klaus Peter Schmitz ist Chirurg und Umwelt-Ingenieur und seit 1997 Entwicklungshelfer des DED in Namibia

# Ruanda **Kriegsfolgen** und **Ressourcenschutz**

Rémy Nsengiyumva

Politische Unruhen, Krieg und Vertreibung tragen in hohem Maße dazu bei, dass Wälder, Acker- und Weideland zerstört werden. Dabei gehen lokal angepasste Kulturpflanzen und die damit verbundenen Produktionsweisen verloren. Auch die kleinbäuerliche Subsistenzlandwirtschaft Ruandas ist von den Kriegsfolgen schwer gezeichnet. Das Ressourcenschutzprogramm des DED, in dem der Autor und die Übersetzerin arbeiten, unterstützt zehn ruandische Gemeinden bei der Rehabilitierung der zerstörten Böden.

gestellt, weil ihre Männer ins Gefängnis kamen oder abwanderten. Sie mussten nun die Rolle des Haushaltsvorstands übernehmen, die traditionell den Männern vorbehalten war. Heute sind sie für das Überleben der Familien und für die Erziehung der Kinder alleine verantwortlich. Viele Frauen kümmern sich neben ihren leiblichen Kinder auch noch um Waisenkinder von Verwandten oder aus anderen Familien.

Besonders die ländliche Bevölkerung Ruandas lebt seit dem Krieg in großer Armut. In einigen Regionen des Landes sind die Ernten derzeit so schlecht, dass die Erlöse aus der Landwirtschaft kaum ausreichen, um die Grundbedürfnisse der Menschen nach Nahrung, Gesundheitsversorgung, Wohnraum und Kleidung zu befriedigen und das Schulgeld für die Kinder zu bezahlen.

Diese Armut zu bekämpfen, steht im Mittelpunkt des Ressourcenschutzprogramms, das der DED gemeinsam mit der Kreditanstalt für Wiederaufbau (KfW) und dem ruandischen Ministerium für kommunale Entwicklung in zehn ruandischen Gemeinden umgesetzt. In der Gemeinde Cymbogo wird zur Zeit eine Maßnahme zur Hügelbewirtschaftung unterstützt. Sie schließt baumgestützte Terrassierung und Erosionsschutz ein. Verschiedene Frauengruppen, die meist aus Witwen bestehen, werden an der Planung und Ausführung des Projekts beteiligt. Sie sind für das Pflanzen von Baumarten wie *Grevillea* und *Calliandra* zuständig. Dafür dürfen sie Teile des Hügels für ihren privaten Gewinn bewirtschaften.

*Remy Nsengiyumva ist Agraringenieur und arbeitet seit 1999 als Entwicklungshelfer des DED im Ressourcenschutzprogramm in Ruanda.*

*Mandy Unsöld hat den Beitrag aus dem Französischen übersetzt. Sie ist Ethnologin und seit 1998 Entwicklungshelferin des DED in Ruanda.*



Foto: Birgit Betzelt

Vom Krieg zu Almosenempfängern gemacht

Ruanda, das „Land der tausend Hügel“, ist mit seinen nahezu acht Millionen Einwohnern und einer Bevölkerungsdichte von ca. 300 Einwohnern pro km<sup>2</sup> eines der dichtest besiedelten Länder Afrikas. Gut 90 Prozent der Bevölkerung arbeiten in der Landwirtschaft; die Mehrheit betreibt mit einfachsten Mitteln Subsistenzwirtschaft. Land ist knapp im bevölkerungsreichen Ruanda und viele Böden sind übernutzt. Das hat schon vor dem Krieg zu verminderter Bodenfruchtbarkeit mit schlechten

Erntergebnissen geführt. Auch Waldflächen sind, z. B. durch Überkultivierung und Nutzung für die Viehzucht, verloren gegangen. Der Krieg zwischen 1990 und 1994 verschärfte diese Situation noch. Die

Massaker während des Krieges forderten schätzungsweise eine Million Menschenleben. Ebenso viele Menschen sind entwurzelt und leben als Migranten im eigenen Land. Etwa zwei Millionen Menschen flohen in die Nachbarländer. Mehr als eineinhalb Millionen Flüchtlinge kehrten 1966 wieder nach Ruanda zurück, gefolgt von Zehntausenden, die vor dem Krieg in der benachbarten Demokratischen Republik Kongo geflohen waren.

Der Krieg und die Wanderungsbewegungen blieben nicht ohne Auswirkungen auf die Umwelt: Landwirtschaftliche Flächen wurden verlassen und vernachlässigt, Vorräte und Saatgut aufgebraucht. Das Klein- und Großvieh, das als Einkommensquelle für die Bevölkerung dient und Dung für die Felder liefert, wurde geschlachtet oder ging in den Kriegswirren zu Grunde. Große Waldgebiete und Teile der Nationalparks wurden während des Krieges abgebrannt oder später abgeholzt, um Häuser für die zurückkehrenden Flüchtlinge zu bauen und die Menschen mit Feuerholz zu versorgen.

## Frauen tragen die Folgen des Krieges

Krieg und Genozid machten Tausende ruandischer Frauen zu Witwen. Viele waren plötzlich auch auf sich selbst

# Die Erde ist alles, was wir haben

Interview von Rémy Nsengiyumva  
mit zwei Landfrauen aus Ruanda

Krieg und Genozid machten Tausende von ruandischen Frauen zu Witwen, andere waren plötzlich auf sich selbst gestellt, weil ihre Männer ins Gefängnis kamen oder in fruchtbare, vom Krieg unversehrte Regionen abwanderten. Die beiden Bäuerinnen Ancilla Mukamurasira und Anastasie Mukarutako müssen seit dem Krieg allein die Feldarbeit verrichten und für das Überleben ihrer Familien sorgen.

*Was bedeutet für Sie das Wort Umwelt?*

**Ancilla Mukamurasira:** Für mich ist die Umwelt die Erde, der Boden – auch wenn er unproduktiv geworden ist – mit allem, was darauf wächst. Wenn es keinen Krieg gegeben hätte, wäre die Erde unser Reichtum. Wir brauchen sie, um unsere Pflanzen und Bäume anzubauen, unsere Kühe auf ihr zu weiden und ernähren auf diese Weise unsere Kinder.

*Was sind Ihrer Meinung nach die wichtigsten Ursachen dafür, dass der Boden unproduktiv geworden ist?*

**Ancilla Mukamurasira:** Die wichtigste Ursache ist, dass uns mit dem Genozid unsere Männer weggenommen wurden und wir von unserem Land verjagt worden sind. Auch unsere Kaffeefelder und Wälder wurden im Krieg abgebrannt. Vor dem Genozid 1994 haben wir hier in Cyimbogo viel produziert. Wir bauten Bohnen und Mais an, und von dem Gewinn aus unseren Kaffee- und Bananefeldern konnten wir unsere Kinder in die Schule schicken und die Bedürfnisse unserer Familien befriedigen. Jetzt sind wir arm und haben nichts mehr.

**Anastasie Mukarutako:** Ich bin alleine mit meinen sieben Kindern; mein Mann ist seit vier Jahren im Gefängnis. Jeden Tag gehe ich zu ihm, um ihm etwas zu essen zu bringen. Ich habe keine Zeit mehr, um mich um unseren kleinen Acker zu kümmern. Vor dem Krieg half mir mein Mann, für das Wohlergehen der Familie zu

Kinder krank wird und wir Medikamente kaufen müssen.

**Ancilla Mukamurasira:** Schauen Sie sich einmal hier in unserer Siedlung um. Wir leben wie in einer Wüste. Kein Baum, kein Strauch weit und breit. Sobald nur ein bisschen Wind aufkommt, fliegt das Dach weg. Früher lebten wir geschützt auf unserem Stückchen Land; wir hatten unsere Bananfelder und waren nicht dem Wind ausgesetzt. Wir mussten alles für Brennholz abholzen, um das Essen zubereiten zu können.



Foto: Birgit Betzelt

Lebensmittel für die Überlebenden des Genozids

sorgen. Wir hatten ein kleines Stück Land geerbt, und mein Mann hatte auch noch Parzellen hinzugepachtet. Jetzt haben wir Frauen Mühe, das Schulgeld für unsere Kinder aufzubringen, und um einen Stoff für ein Kleid zu kaufen, müssen wir uns zu Gruppen zusammenschließen. Reihum bekommt jede Frau eine Geldsumme für den Stoffkauf, sonst könnten wir uns auch das nicht leisten. Genauso anstrengend ist es, wenn eines der

*Nachdem der Genozid nun vorbei ist, wie versorgen Sie sich und Ihre Kinder?*

**Ancilla Mukamurasira:** Wir hatten uns fast sieben Monate versteckt. Als wir aus unserem Versteck herauskamen, mussten wir feststellen, dass unsere Heimat zerstört war. Wir haben uns dann mit 20 Frauen zu einer Gruppe zusammengeschlossen, um uns gegenseitig zu helfen. Wir haben unsere Häuser aufgebaut und uns gegenseitig bei den Feldarbeiten unter-

stützt. Die Männer, die überlebt hatten, haben uns bei den Arbeiten geholfen, die zu schwer für uns waren. Allgemein geht es uns aber schlecht. Mir fehlt zum Beispiel der Dünger, also baue ich nur Maniok und Süßkartoffeln an; die Bohnen lasse ich sein. Die Ernte verkaufe ich, um mir Bohnen zu kaufen.

*Und Sie, Anastasie?*

**Anastasie Mukurutako:** Mein Mann hat mir eine Kuh gelassen, so kann ich wenigstens zwei Liter Milch am Tag verkaufen. Damit verdiene ich 4.000 Ruandische Franc im Monat (etwa 20 DM, Anm. d. A.), mit denen ich meine Kinder versorge. Mit dem Dung von der Kuh kann ich Bohnen anbauen, auch Mais und Gemüse für meine Kinder. Von Zeit zu Zeit pachte ich Land von meinen Nachbarn, um Maniok zu pflanzen. Ansonsten gehen hier in Cyimbogo die Männer, die kräftig und gesund sind, jeden Morgen nach Kamembe (Kamembe ist das kleine nahegelegene Handelszentrum, Anm. d. A.), um nach Gelegenheitsarbeiten zu suchen.

*Welche Möglichkeiten sehen Sie, die Bodenfruchtbarkeit zu erhöhen und damit die Erträge für sich zu verbessern?*

**Anastasie Mukurutako:** Unsere Gruppe hat, wie viele andere Witwen-Gruppen auch, Kontakt zu Ihrem Projekt aufgenommen. Der Agronom dort berät uns in der Landwirtschaft und gibt uns Werkzeuge. Seit drei Jahren beliefert uns das Projekt mit Dünger und Saatgut für Bohnen, Soja und Mais. Wenn uns nicht manchmal das Klima einen Strich durch die Rechnung machen würde, könnten wir genug ernten.

*Was denken Sie, können arme Leute überhaupt tun, um die Umwelt zu schützen?*

**Anastasie Mukurutako:** Auch ein armer Mensch, besonders eine alleinstehende Frau will die Umwelt schützen. Sie hat aber weder die Mittel noch die Zeit dazu. Wir Frauen sind vollauf damit beschäftigt, Pflanzen anzubauen, die schnell wachsen, damit unsere Kinder etwas zu essen haben. Das ist arbeitsintensiv und teuer. Da bleibt keine Zeit, sich um Umweltschutz zu kümmern.

**Ancilla Mukamurasira:** Auch sind wir manche Arbeiten nicht gewohnt, denn das war früher die Aufgabe der Männer. Sie haben sich um die Baumpflanzungen und die Pflege des Viehs gekümmert. Wir wissen zu wenig darüber.

*Welche Art der Unterstützung würden Sie sich denn wünschen, um den Boden besser zu schützen und gleichzeitig Ihre Familie zu ernähren?*

**Ancilla Mukamurasira:** Wenn wir die Möglichkeit hätten, unser Vieh zu vermehren, um auf Dauer Dünger zu haben, und mit dem Gewinn die Schulgebühren zu bezahlen ... Sie können sich nicht vorstellen, wie weh es tut, wenn Sie nach Hause kommen und die Schule hat Ihr Kind zurückgeschickt, weil das Schulgeld nicht bezahlt worden ist. Dann beginnt man zu zweifeln, dass es gut war, den Genozid überlebt zu haben.

*Anastasie und Ancilla, ich danke für das Gespräch.*

*Rémy Nsengiyumva interviewte die Frauen in seiner Muttersprache Kinyarwanda-Kirundi*

*Remy Nsengiyumva ist Agraringenieur und arbeitet seit 1999 als Entwicklungshelfer des DED im Ressourcenschutzprogramm in Ruanda.*

*Mandy Unsöld hat den Beitrag aus dem Französischen übersetzt. Sie ist Ethnologin und seit 1998 Entwicklungshelferin des DED in Ruanda.*

Foto: Birgit Betzelt



# Philippinen Hoffnung für ein zerstörtes Paradies



Foto: Archiv

Kai-Jens Kühlmann

Die Korallenriffe, fragile Lebensräume für ungezählte Meeresorganismen, befinden sich weltweit in besorgniserregendem Zustand. Klimaveränderungen, die Verschmutzung der Meere und rücksichtsloser Tourismus haben irreparable Schäden an diesen tropischen Ökosystemen angerichtet. In der philippinischen Inselregion Eastern Samar zerstören zudem Einheimische mit Dynamit- und Gifffischerei die fischreichen Riffe und entziehen damit der verarmten Bevölkerung ihre Lebensgrundlage. Der Autor unterstützt einheimische Organisationen dabei, gemeinsam mit den Fischern vor Ort Auswege zu schaffen.

Wer in diesen Monaten in Deutschland, wo es ungemütlich kalt wird und die Tage kurz sind, im warmen Zimmer sitzt, träumt möglicherweise von fernen Ländern mit einladend weißen Stränden, wogender Brandung und Tauchabenteuern in einer farbenprächtigen Unterwasserwelt. Vielleicht führt die Traumreise auch ins Tropenparadies der Philippinen, das aus mehr als 7.100 Inseln besteht, vor deren Küsten sich rund 27.000 km<sup>2</sup> Korallenriffe ausdehnen. Dicht besiedelt mit über 400 Korallenarten vielfältigster Wuchs- und Farbvariationen zählten sie noch vor zwei Jahrzehnten zu den kostbarsten und reizvoll-

sten Ökosystemen, die unser Planet zu bieten hat.

## Einst fischreiche Riffe gleichen heute Unterwasserfriedhöfen

Doch die touristische Sicht auf diese Welt verliert schnell, wer auf den philippinischen Inseln im Küstenschutz arbeitet. Seit gut zwei Jahren berate ich in Eastern Samar, der südlichsten Provinz der Samar-Hauptinsel zwischen dem Leyte Golf im Westen und der Philippinischen See im Osten,

eine lokale Nichtregierungsorganisation (NRO) im Küstenschutz. Heute gehört die Region im Landesvergleich zu den am wenigsten entwickelten. Bei der Urbanisierung und Industrialisierung in jüngster Vergangenheit wurden die Waray-Waray sprechenden Samarons vernachlässigt. Ihre zwei hauptsächlichen Einkommensquellen sind die extensive Landwirtschaft mit der Gewinnung von getrocknetem Kokosnussfleisch, dem Anbau von Süßkartoffeln und von Reis sowie der Fischfang.

Da mit der Fischerei im Vergleich zur Landwirtschaft schneller Geld zu verdienen ist, siedelte die Bevölke-

rung hauptsächlich an der Küste. Jahrzehntelange intensive, unkontrollierte Fänge führten zur Überfischung der einst fischreichen Korallenbänke.

Inzwischen sind bei Tauch- und Schnorchelgängen nur noch selten Fische zu finden. Die Sicht unter Wasser ist milchig-trübe. In der leichten Strömung treibende Schlamm- und Siltpartikel wirken wie ein Schneetreiben, aus dem leblos graue Felsbrocken und -wände emporragen. In Jahrzehnten gewachsene Korallenblöcke sind zerbombt worden. Anstelle der einst lebendigen Fischgründe ragen nun metertiefe versilte und versandete Krater auf – ein endloser Unterwasserfriedhof der Natur.

## Der Verlockung des schnellen Geldes können nur wenige widerstehen

Natürliche Riffzerstörung kann durch starke Taifune auftreten, die in Abständen mehrerer Jahre über die Riffdächer hinwegorgeln und sie dabei abrasieren. Taifune solcher Heftigkeit treten in Samar jedoch nur etwa alle zehn Jahre auf, so dass sich die Riffe in der Zwischenzeit wieder regenerieren können.

Verursacher der massiven Zerstörungen der Riffe in jüngster Zeit ist der Fischfang mit Sprengstoff. Dazu werden Sprengkörper aller Art, etwa mit Dynamit gefüllte Metallhülsen, verwendet. Die Fischer werfen diese Dynamitbomben von ihren Booten aus über einer Korallenbank ab. Durch die Detonation unter Wasser werden mit den Korallen auch die darin wohnenden Fische weggesprengt. Mit aufgerissenen Leibern liegen sie danach am Meeresboden und werden von den Dynamitfischern eingesammelt. Heute wird anstelle von Dynamit als Sprengstoff vielfach auch landwirtschaftlicher Dünger in Bierflaschen gefüllt, mit Wasser vermischt und über Korallenbänken abgeworfen. Der Effekt ist der gleiche, die Verletzungsgefahr ebenfalls. Denn häufig zündet der Sprengstoff vorzeitig und verstümmelt die Fischer an Händen und Armen. Auch Todesfälle sind nicht selten.

In den letzten drei Jahrzehnten hat die Dynamitfischerei die Unterwasserlandschaft auf 70 Kilometern Küstenlinie entlang des Leyte Golfes teilweise völlig zerstört. Zu groß war die Verlockung des Geldes, als dass die verarmte Küstenbevölkerung ein Verantwortungsbewusstsein für die sie umgebende Natur entwickeln konnte. Zwar gibt es Gesetze für Fischerei und Umweltmanagement, doch werden sie selten in die Praxis umgesetzt.

Nicht nur mit Dynamitfischerei zerstören die Menschen vor der Küste von Eastern Samar die Riffe. Auch der weltweite Handel mit Zierfischen fördert den Raubbau an den Meerestieren. Um die Nachfrage nach farbenprächtigen Riffischen zu bedienen, spritzen die Fischer Zyanid in die Korallenstöcke. Die so betäubten Fische werden in Wassertanks an Land „ausgenüchert“ und später an den Zierfischhandel für Meerwasseraquarien verkauft. Zurück bleiben abgestorbene, zyanidvergiftete Korallenstöcke.

All diese Einwirkungen auf die Riffe schwächen sie in ihrer Schutzfunktion als Wellenbrecher für bewohntes und bewirtschaftetes Land. Überflutete Küstenstreifen, Misserten, weggerissene Häuser und Hütten, Obdachlosigkeit und die Ausbreitung von Krankheiten sind die Folgen. Um der zunehmenden Armut zu entrinnen, konkurriert die lokale Küstenbevölkerung in Samar untereinander mit zerstörenden Fischereimethoden und verwüstet dabei ihre Umwelt. Letztlich gefährdet sie dabei auch ihre zukünftige Existenzgrundlage.

In dieser ausweglos erscheinenden Situation will die lokale Nichtregierungsorganisation *Guiuan Development Foundation Inc.* (GDFI) in Eastern Samar der Umweltzerstörung und wachsenden Verarmung Einhalt

Wellenbrecher aus alten Autoreifen sollen die zerbombten Riffe ersetzen.



Foto: Archiv

gebieten. Schon in früheren Jahren waren in der Region 60 Fischer- und Farmergruppen organisiert worden.

## Fischer- und Farmergruppen werden aktiv

Doch weil sie nicht ausreichend betreut wurden, lösten sich die meisten kurz nach ihrer Gründung wieder auf. Heute sind noch knapp 20 Gruppen in sieben Gemeinden aktiv. Gemeinsam mit ihnen sollen Einkommensalternativen geschaffen werden, die sie eigenverantwortlich weiterführen können, ohne dabei ihre Umwelt zu zerstören.

Meine Aufgabe war es zunächst, jene Küstenabschnitte ökologisch zu bewerten, die von den Fischer- und Farmergruppen vor der zerstörerischen Dynamitfischerei geschützt wurden. Die gewonnenen Ergebnisse sollten dazu beitragen, bestehende Einkommensalternativen zu verbessern und neue zu entwickeln.

Gemeinsam mit dem Vorstandsmitglied Jaime Salazar und mit Cathy Capanang von der GDFI, die für die Organisation der Gemeinden zuständig ist, besuchte ich die noch aktiven Fischer- und Farmergruppen in unserem Projektgebiet. Wir betauchten elf Riffgebiete im Leyte Golf, analysierten und bewerteten die erhobenen Daten. Es zeigte sich, dass die Riffe bis zu drei Vierteln abgestorben waren. Auffallend wenige und nur kleine Fische bevölkerten die noch lebenden Teile der Riffe. Lebende Schnecken, Muscheln oder Würmer fehlten völlig. Gehäuse, Schalen und Kalkröhren abgestorbener Organismen verwittrten an Korallenfelsen oder lagen auf dem sandigen Siltgrund.

In monatelangen Gesprächsrunden diskutierten wir die erhobenen Umweltdaten; die beteiligten Fischer wurden sich mehr und mehr des Teufelskreises bewusst, in dem sie steckten, fassten aber auch zunehmend Vertrauen in die Beratungstätigkeit von GDFI.

## Aus Fischern werden Reisbauern

Die Fischer in der Gemeinde Lawaan beschlossen am Ende eines wochenlangen partizipativen Beratungsprozesses, ihren Beruf zu wechseln und Reisbauern zu werden. Die Riffe vor ihrer Küste waren von Fischern benachbarter Inseln über Jahre mit

Dynamit zerstört worden, so dass sie nicht mehr genug fingen. Damit die Riffe sich über die nächsten Jahre hinweg regenerieren können, sollten sie nicht mehr befischt werden. So wurde also ein Projektantrag zum Reisanbau gestellt und der DED um finanzielle Unterstützung für die einfache, mit Diesel betriebene Pflüge- und Erntetechnik gebeten. Mit Hilfe der neuen Technik können die Farmer die dreifache Fläche an Reisland bestellen als zuvor mit Wasserbüffel und Pflug. 1999 brachten sie auch tatsächlich die dreifache Menge an Reis ein. Die Gemeinden bewachen das zerstörte Riff vor weiteren Schäden durch Dynamitfischerei und hoffen, nach erfolgter Regeneration wieder fischen gehen zu können.

Das Beispiel von Lawaan hat Schule gemacht. Seither ist auch die Lokalregierung für umweltschützende und einkommenfördernde Aktivitäten aufgeschlossen. Bewusstseinsbildende Umweltseminare fanden in Schulen unseres Projektgebietes in Lawaan, Quinapondan und Guiuan statt. Dabei stellten wir die gegenwärtige Umweltsituation anhand der Küstenbewertungen dar und erläuterten mögliche Auswege für die einzelnen Dörfer.

Ein großes Ereignis ist auch der alljährlich unter der Leitung der GDFI im September stattfindende „Küstenreinigungstag“. An einem 30 Kilometer langen Küstenabschnitt am südlichen Leyte Golf säubern Schüler, Lehrer und Anwohner die Strände und den nahen Küstenbereich. Über 30 Dorfgemeinden halfen mit, erstaunliche Mengen von altem Hausrat aus



In einer gemeinsamen Aktion reinigen Dorfbewohner die Küstengewässer.

Metall und Plastik, verrottetes Holz und Bootsleinen aus dem Wasser zu bergen und so das Wasser unter den Pfahlhütten von ihren Müllschichten zu befreien. Unterstützt werden derartige Umweltaktionen auch von lokalen Radiosendern und Zeitungen. Die Fischer- und Farmerfamilien, Schülerinnen und Schüler haben rasch erkannt, dass sie selbst zur Erhaltung und zur verantwortungsbewussten Gestaltung ihrer Umwelt beitragen können.

*Kai-Jens Kühlmann ist Fischereingenieur und seit 1997 Entwicklungshelfer des DED auf den Philippinen.*

Foto: Kai-Jens Kühlmann



Die älteren Frauen beraten über Dorfangelegenheiten.

Foto: Dietmar Falk

# Nepal Bhujung – ein Dorf handelt

Dietmar Falk

**In den Bergregionen Nepals schreitet die Entwaldung voran. Der Autor besuchte im Mai 1999 ein Dorf, in dem mit deutscher Unterstützung Maßnahmen zur Familienplanung, Umweltbildung und eine nachhaltige Nutzung des Waldes gefördert werden.**

Das nepalische Bergdorf Bhujung liegt in der Region um den 8.091 Meter hohen Annapurna. Von Katmandu über Pokhara ist man elf Stunden per Bus und Jeep bis nach Besisahar unterwegs, von wo ein neunständiger Fußmarsch nach Bhujung fährt. So bleibt ausreichend Zeit, sich auf das Gebiet und seine Bewohner, die Gurung, einzustellen.

Unser Weg führt vorbei an endlosen Terrassen, die mit Reis und Mais bestellt sind. Auf den engen Pfaden werden wir immer wieder von Lastpferden abgedrängt. Frauen und Männer, die uns begegnen, schwitzen unter den Packen, die sie an Stirnbändern auf ihren Rücken schleppen. In den Dörfern wimmelt es von Hühnern und Ziegen, in den Wäldern suchen Rinder und Büffel nach Nahrung.

Es fällt auf, dass viele Bäume zwar belaubt sind, ihre Äste aber bis auf Stummel abgeschnitten wurden. Die Bergbewohner nutzen die Bäume sehr intensiv, jedoch nur so weit, dass sie sich wieder regenerieren können. Dicke Äste werden verfeuert, Zweige und Blätter an die Tiere verfüttert. Diese nachhaltige Nutzung funktio-

nierte allerdings nur, solange die Bevölkerungszahl überschaubar war. Doch heute leben 120.000 Menschen in der Annapurna-Region und dicke Äste gibt es immer weniger.

Bhujung liegt abseits der üblichen Trekking-Routen. Hier kommen weniger Touristen als vielmehr Journalisten und Lobbyisten vorbei, seit das Dorf von der Nichtregierungsorganisation ACAP und seinen ausländischen Geldgebern entdeckt wurde. Seit 1986 führt die Organisation *Annapurna Conservation Area Project* (ACAP) unter Teilnahme der Bevölkerung in der gut 7.500 km<sup>2</sup> großen Region mit ihren 55 Dörfern integrierte Naturschutzprojekte durch. Die Aktivitäten gehen auf eine private Initiative zurück und sind Teil des nepalischen *King Mahendra Trust for Nature Conservation*, dessen Vorsitzender Nepals Kronprinz ist. Im Mittelpunkt der Projekte steht eine Bildungskampagne, mit der die Menschen für die Umweltproblematik in ihrer Region, für öko-

logische Waldwirtschaft, Wiederaufforstung und die Nutzung alternativer Energien gewonnen werden sollen. Die Analphabetenrate, die in Nepal bei über 60 Prozent liegt, soll gesenkt und die medizinische Versorgung verbessert werden: Im Durchschnitt werden 100.000 Einwohner von fünf Ärzten versorgt.

Diese Ausgangssituation war für die Deutsche Stiftung Weltbevölkerung (DSW) und den Verein „GEO schützt den Regenwald“ Anlass, Bhujung in einem auf drei Jahre angelegten Modell-Projekt finanziell zu unterstützen. In dem Projekt werden erstmalig Maßnahmen zur Ressourcensicherung und zur Familienplanung sowie Hygiene als gleichrangige und miteinander verknüpfte Aufgabenfelder bewertet. Das Know-how zur Durchführung des Projektes kommt von ACAP und den Dorfbewohnern. Das Konzept wurde als internationales Projekt der EXPO 2000 in Hannover anerkannt.

Roshan Sherchan, der für Bhujung zuständige ACAP-Officer, führt uns zur Hebamme Nami Gu-

## In Bhujung entscheiden Müttergruppen über Projektmaßnahmen

rung, die ihren neuen Hebammenkoffer mit seinem steril verpackten Inhalt präsentiert. Die 60jährige erzählt, dass die Frauen früher ihre Kinder während der Feldarbeit zur Welt brachten. Mit einer großen Sichel in

ihrer Hand verdeutlicht Nami, wie die Nabelschnur durchtrennt wurde. Wir schlucken, denn auch für sie war eine solche Sichel einst ein wichtiges Werkzeug bei der Geburtshilfe. Seitdem nun Seife, heißes Wasser und Schere bereitstehen, ist die Säuglingssterblichkeit deutlich zurückgegangen.

Nami Gurung ist Mitglied der Müttergruppe, deren Treffen wir am nächsten Tag besuchen. Längst ist die Gruppe als wichtiges Entscheidungsgremium in Bhujung akzeptiert. Die durchweg älteren Frauen besprechen regelmäßig die Belange des Dorfes. Dabei reichen die Themen vom Wegebau über Probleme mit den Ehemännern bis zum Bau öffentlicher Toiletten. Heute geht es um das mit japanischen Geldern finanzierte kleine Wasserkraftwerk, das eine Stunde Fußmarsch entfernt liegt und demnächst in Betrieb gehen soll. Wie wird es das Leben im Dorf verändern? Schon jetzt sind an den Wegen und in den Häusern die Kabel verlegt. Wenn auf die mit Batterien betriebenen Radios der erste Fernseher folgt, wenn Glühbirnen Licht in die bisher von Kerosinlampen erhellte Dunkelheit bringen, wird eine neue Zeit anbrechen. Dann sollen auch die täglich von einer sechsköpfigen Familie verbrauchten 18 Kilogramm Holz auf 10 Kilogramm reduziert werden.

Hikali Gurung gehört ebenfalls zur Müttergruppe; sie lädt uns am nächsten Morgen zu Tee und Reisknabberien in ihre Küche ein.

Der Kessel kocht auf dem - offenen Holzfeuer.

Nachdem sich unsere Augen in dem fenster- und abzuglosen Gewölbe an die Dunkelheit und den Qualm gewöhnt haben, fällt uns ein energiesparender Boiler auf. Als eine der ersten Dorfbewohnerinnen nutzte Hikali die von ACAP zur Verfügung gestellten

Kleinkredite und hat in ihre bescheidene Herberge investiert, in der auch Mitarbeiter von ACAP übernachten, wenn sie in Bhujung zu tun haben. Sie hat sich eine Büffelkuh zur Milchversorgung gekauft und einen Kräutergarten als neue Verdienstmöglichkeit angelegt.

Hikalis Kräutergarten zählt zu den neuen Ansätzen in der Land- und Forstwirtschaft, mit denen Einkommen erwirtschaftet oder der weiteren Bodenerosion entgegengewirkt werden soll. Die Folgen der Bodenerosion zeigt uns Roshan Sherchan am nächsten Tag in der Umgebung von Bhujung: Durch die intensive landwirtschaftliche Nutzung und die fortgeschrittene Rodung des Waldes sind die Böden so geschädigt, dass es nur einiger starker Regenfälle während der Monsunzeit bedarf, um das fruchtbare Land wegzuschwemmen und ganze Hänge abrutschen zu lassen. Um dem entgegenzuwirken, sollen in dem ehrgeizigen Modellprojekt 100.000 neue Bäume gepflanzt werden, von denen bereits 60.000 stehen.

Auch hier ist die Müttergruppe aktiv: In Gewächshäusern ziehen die Frauen Setzlinge heran. Wenn es darum geht, Demonstrationsflächen zur Pflanzung vorzubereiten, sind sie die treibende Kraft. Als erstes wurde die schnellwüchsige Erlenart *Alnus nepalensis* gepflanzt, die vor allem Feuerholz liefern soll aber auch für Bauholz genutzt wird. Teil der Bildungsoffensive im Dorf sind regelmäßige Pflanzschulungen, bei denen Jugendliche den richtigen Umgang mit den Setzlingen lernen.

Die sichtbaren Erfolge in Bhujung tragen dazu bei, dass neue Vorhaben schnell-

er als zuvor akzeptiert werden. So entstand erst im Mai die Idee zu einer eigenen Teeplantzung.

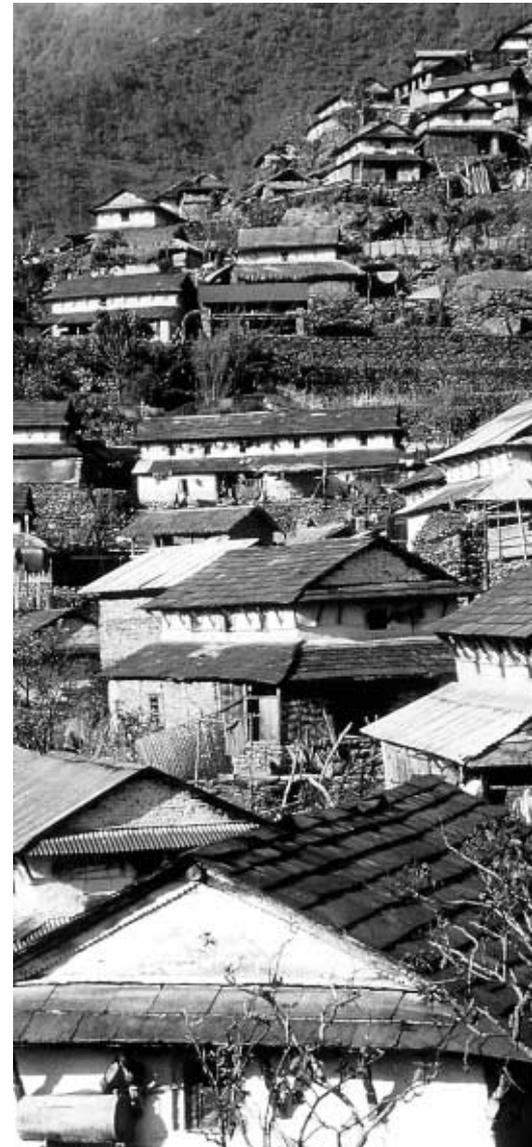
## Die sichtbaren Erfolge in Bhujung motivieren zu neuen Vorhaben

Damit will das Dorf sich von Angebot, Preis und Transport des Tees aus der einen Tagesmarsch entfernten Provinzstadt Besisahar unabhängig machen. Klimatisch spricht nichts gegen Teeplantagen in der Annapurna-Region. Und so packte die gesamte Dorfbevölkerung an und hatte bis Juli schon 26.000 Teepflanzen gesetzt.

Auch die umliegenden Dörfer werden von diesem Tatendrang angesteckt und fragen bei ACAP um Unterstützung an. Die bekommen sie in der Regel dann, wenn die Bevölkerung genug Eigeninitiative bei der Umsetzung ihres Vorhabens zeigt. Allerdings sind die Ressourcen der Organisation knapp; ACAP ist selbst auf zumeist ausländische Geldgeber angewiesen.

Für Bhujung wird die eigentliche Herausforderung kommen, wenn sich die deutschen Geldgeber aus dem Projekt zurückziehen. Dann muss die Dorfbevölkerung in der Lage sein, ihre Ideen auch ohne große finanzielle Unterstützung aus dem Ausland zu verwirklichen. Das Engagement der Mitarbeiter von ACAP und der Menschen von Bhujung lässt hoffen, dass dies möglich ist.

Dietmar Falk ist Diplom-Geograph und Redakteur der Fachzeitschrift „Praxis Geographie“.



Bhujung

Lesotho

# Eine Chance für die Bäume

Johannes Thiery

Im ländlichen Lesotho gibt es keine Kultur der Baumpflege. In Forstprojekten muss deshalb mehr als das technisch Machbare geleistet werden. Sollen neue Ideen fruchten, sind soziale Forstwirtschaft und ein langer Atem gefragt. Der Autor plädiert dafür, die beteiligten Bauern gezielt zu fördern und ihnen mehr Verantwortung zu überlassen.

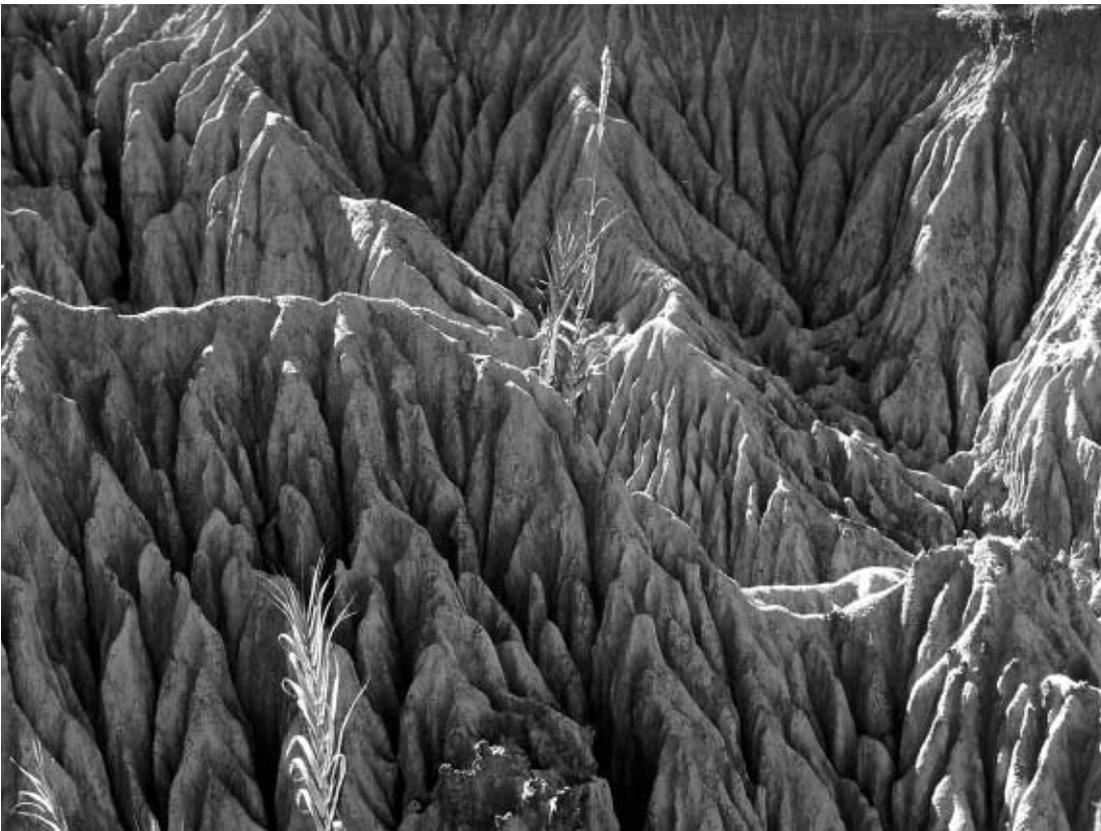


Foto: Johannes Thiery

## Lebensfeindliche Umweltbedingungen

Beeindruckende Berglandschaften, klare Flüsse und malerische Dörfer lassen Lesotho auf den ersten Blick als ländliche Idylle erscheinen. Tatsächlich aber gingen seit den 50er Jahren allein durch Erosion etwa 20 Prozent der Ackerbaufläche des Landes verloren. Viehdung, der die Böden verbessern könnte, wird allorten als Brennstoff verheizt. Die schleichende Verarmung der Böden lässt die landwirtschaftliche Selbstversorgungsrate von Jahr zu Jahr fallen.

Bereits seit der Besiedlung des heutigen Lesotho durch die Basotho im 18. Jahrhundert wurden die wenigen natürlichen Wälder durch die vornehmlich auf Viehzucht konzentrierte, halbnomadisch lebende Bevöl-

kerung abgeholzt und durch Beweidung zurückgedrängt. Überreste dieser verarmten Wälder findet man heute nur noch an schwer zugänglichen Stellen, an die Weidewirtschaft und Holznutzung nicht vorgedrungen sind.

Waldpflege dagegen wird vor allem in der Umgebung christlicher Missionsstationen praktiziert. Hier begann man vor rund 100 Jahren, Bäume zu pflanzen. Ein „Waldgedanke“, der eine nachhaltige Nutzung oder eine Pflege der Bäume beinhaltet, war und ist kein Bestandteil der allgemeinen Landeskultur. Selbst die einfache Nutzung der Bäume ist in vielen Gebieten unbekannt, da seit Generationen große Teile der Landschaft baumlos

sind. Forstprojekte, die nur Setzlinge bereitstellen, ohne Kenntnisse über Nutzwert und Pflege der Bäume zu vermitteln, müssen hier scheitern. Langfristig können Erfolge nur durch eine Änderung der kulturellen Gewohnheiten erzielt werden.

## Forstwirtschaft in kleinen Schritten

Das seit 1993 von der lesothischen Forstverwaltung in Kooperation mit GTZ, KfW und DED durchgeführte Projekt der „sozialen Forstwirtschaft“ ist ein Versuch, die nachhaltige Waldnutzung in die traditionelle Nutzungsweise zu integrieren. Durch intensive Beratung und kostenlose Bereitstellung von Setzlingen will man Bauern im ländlichen Raum für die Aufforstung kleiner Flächen gewinnen. Der erste Schritt dazu sind Dorfversammlungen, die den Bauern den Nutzen der Bäume nahebringen. Bei früheren Projekten wurde dies klein geschrieben, was die heutige Skepsis der Bauern verständlich macht. Dann folgen Fortbildungskurse in Pflanzung, Pflege und Ernte der Bäume. Vor der Lieferung der Setzlinge muss die langfristige Landzuweisung durch den jeweiligen *Chief* geklärt werden. Zwar existiert bereits seit 20 Jahren ein Gesetz, das sowohl die Nutzung des Landes regelt als auch den verantwortungsbewussten Umgang damit fördert. Die Bewohner der Dörfer erfahren jedoch oftmals erst durch das Forstprojekt von diesem Gesetz.

Wie schnell sich die Umweltsituation mit geänderter Landnutzung dann verbessern kann, zeigt sich sechs Jahre nach Projektbeginn in einigen Dörfern des Projektgebietes: Mit nachlassender Beweidung schließt sich die Vegetationsdecke innerhalb weniger Jahren wieder. Die Durchwur-

zung lockert den verhärteten Boden auf, das Regenwasser kann wieder eindringen. Das Kronendach der jungen Bäume mildert das bodennahe Klima, wodurch die Bodenfeuchtigkeit steigt. Während der Trockenphasen trocknet der Boden weniger stark aus. Selbst die Stickstoffwerte und der Humusgehalt der Oberböden verbessern sich deutlich. Die erhöhte Bodenfruchtbarkeit macht sich nicht nur in schnellerem Baumwuchs, sondern auch wirtschaftlich bemerkbar. Hochwüchsiges Gras wird geerntet und als begehrtes Material zur Dachbedeckung verkauft oder für den Eigenbedarf verwendet.

Auch die Biodiversität in der Pflanzenwelt dieser Flächen hat sich verändert. Während auf benachbarten, herkömmlich beweideten Flächen wenige gegen Viehverbiss resistente Grasarten wachsen, zeigt sich auf den nunmehr bewaldeten Flächen fast die doppelte Anzahl von Arten. Und nicht zuletzt ist die Bodenerosion durch die geänderte Landnutzung in einigen Fällen gestoppt, in anderen deutlich vermindert worden. Technisch ist es also machbar, innerhalb weniger Jahre den Teufelskreis von Brennstoffnot, Dungverheizung, Verwüstung und Erosion der Felder mit abnehmenden Erträgen zu stoppen.

## Die ersten Jahre entscheiden

Schwieriger zu lösen ist die sozio-kulturelle Seite des Vorhabens. Mangels eigener Erfahrung im Umgang mit Bäumen sind die Bauern völlig auf den Rat der Förster angewiesen. Nur wenn zwischen den Bauern und dem beratenden Förster Vertrauen herrscht, und wenn auch die Nachbarn im Gebiet das Projekt unterstützen, werden die einzelnen Bauern die Kraft aufbringen, die lange „Durststrecke“ von etwa fünf Jahren bis zur ersten Ernte der Bäume durchzuhalten. Doch oftmals scheint der Erlös zu ungewiss, die Zeitspanne zu lang und der Wandel in der Landnutzung zu abrupt.

Der Misserfolg der Anpflanzung wird fast immer durch die erneute Beweidung eingeleitet. Ist erst das Vieh auf der Fläche, erübrigt sich die Pflege der Bäume ohnehin. So entscheiden die ersten beiden Jahre über den Erfolg oder den Misserfolg einer Baumpflanzung. Ist diese kritische Phase überstanden, wächst die Hoffnung auf eine baldige Ernte mit der



Foto: Werner Gartung

### Brennholz ist Mangelware in Lesotho.

Höhe der Bäumchen. Stellt sich erst einmal der wirtschaftlichen Nutzen ein, ist die weitere Pflege der Bäume aus Eigeninteresse gesichert.

Hier liegt denn auch der wesentliche Punkt der sozialen Forstwirtschaft. Der Erfolg der Aufforstung ist maßgeblich von der Überzeugungskraft und der Ausdauer der Förster abhängig. Gibt es Rückschläge, verliert der Bauer bald den Glauben an die profitablen Bäume. Dabei kann ein Misserfolg auf einer Fläche demotivierend für ein ganzes Dorf wirken. Die während der ersten Jahre so notwendigen Schutzmaßnahmen lassen dann rasch nach und die Aussicht auf einen profitablen Wald schwindet dahin. So lässt es sich auch erklären, warum in dem einem Dorf gute Erfolge erzielt werden, während in anderen Dörfern – und diese sind leider in der Mehrzahl – die Bäume nie das Erntestadium erreichen.

## Mehr Verantwortung für die Bauern

Abhilfe könnte hier ein finanzieller Anreiz – etwa ein Zuschuss bald nach der Anpflanzung – schaffen, der den Bauern hilft, die Durststrecke der ersten Jahre zu überwinden. Hat die Anpflanzung die entscheidenden ersten Jahre überdauert, sollte der Bauer eine vertraglich zugesicherte finanzielle Unterstützung erhalten. Eine solche direkte Privatwaldförderung könnte sowohl als Anreiz für die Pflege der Baumpflanzung als auch zur direkten Abdeckung der Pflanzkosten eingesetzt werden. Das hieße auch, dass der Bauer für Anschaffung und Transport der Setzlinge verantwortlich wäre. Das wird bislang sehr

kostenintensiv durch die staatliche Forstverwaltung durchgeführt. Der Bauer würde somit eine deutlich aktivere Rolle einnehmen als bisher.

Bislang scheinen allerdings die Bedenken der Forstverwaltung gegenüber finanziellen Anreizen zu überwiegen. Eines der vorgebrachten Argumente lautet, dass durch einen solchen Anreiz die passive „Nehmermentalität“ der Bevölkerung gefördert würde. Dabei würde durch einen finanziellen Anreiz der Erfolg der Aufforstung erheblich unterstützt und nicht, wie beispielsweise in den Food for work-Programmen die Arbeitszeit entlohnt. Auch die vielfach geäußerten Bedenken, ein finanzieller Anreiz treibe die Projektkosten in die Höhe, sind unbegründet, da die jetzige Form der Projektförderung durch kostenlose Bereitstellung von Setzlingen und Transport entfallen würde. Tatsächlich würden finanzielle Anreize zu einer Reduzierung und gezielteren Steuerung der Fördermittel führen.

Die bisherigen Ergebnisse der sozialen Forstwirtschaft haben gezeigt, wo die Möglichkeiten und die Grenzen des Verfahrens liegen. Wenn es gelingt, mit einem finanziellen Anreiz die Motivation der Bauern zu erhöhen und damit auch die Überlebensrate der Bäume zu steigern, könnte eine bessere Breitenwirkung erzielt werden. Die mit dieser Form von Waldförderung entstehenden Fragen müssen erörtert und Lösungen gefunden werden. Erst dann können neue Wege in der Waldwirtschaft Lesothos Früchte tragen.

Johannes Thiery ist Diplom Forstingenieur und arbeitet seit 1998 als Entwicklungshelfer des DED in Lesotho.



# Nachhaltige Ecuador Tropenwaldbewirtschaftung – Traum oder Wirklichkeit

Thorsten Jolitz

Wenn die Abholzung der tropischen Regenwälder im Nordwesten Ecuadors weiterhin in so rasantem Tempo voranschreitet wie bisher, wird es in 20 Jahren keine Naturwälder in dieser Region der Erde mehr geben. Die Einführung und dauerhafte Förderung einer schonenden Tropenwaldbewirtschaftung kann diese Entwicklung eindämmen. Der Autor schildert die Erfahrungen, die das Projekt SUBIR seit 1991 mit der Einführung nachhaltiger Bewirtschaftungsformen in den Regenwäldern Nordwest-Ecuadors macht.

grierter Gemeindeentwicklungsplan festgeschrieben, der sowohl die landwirtschaftlichen und handwerklich-unternehmerischen Aktivitäten als auch den mittelfristigen forstlichen Wirtschaftsplan mit einschließt. Jedes Jahr werden die Aktivitäten mit den Gemeinden neu ausgehandelt und in einem Abkommen festgelegt; die Holzernte eines Jahres wird einmal jährlich im forstlichen Wirtschaftsplan festgeschrieben. Doch auch diese sorgfältige Planung kann Misserfolge nicht verhindern: So mussten in zwei Gemeinden die Ökotourismus-Projekte nach einer Laufzeit von sieben Jahren eingestellt werden. Zu geringe Touristenzahlen und die mangelnde Bereitschaft und Fähigkeit der Gemeinden zur Selbstverwaltung ließen die Projekte scheitern.

Um Rechtssicherheit und Kontinuität zu gewährleisten, stellte SUBIR den eigentlichen Projektaktivitäten zur schonenden Waldbewirtschaftung und besseren Landnutzung Maßnahmen zur Legalisierung des Landbesitzes und zur Stärkung der Organisationsfähigkeit der Partnergemeinden voran. Eine weitere Projektkomponente – das Monitoring der Biodiversität – untersucht mit wissenschaftlichen Methoden, inwieweit auch die nachhaltige Waldbewirtschaftung die seltenen und zum Teil nur in dieser Region vorkommenden Tier- und Pflanzenarten des Tropenwaldes bedroht, bzw. um wieviel weniger bedrohlich nachhaltige Bewirtschaftung im Vergleich zur unregulierten Bewirtschaftung ist.

## Einkommen schaffen durch schonende Waldbewirtschaftung

Die verbesserte Waldbewirtschaftung versucht, die noch relativ vorratsreichen Naturwälder in ihrer Flächenaus-



Foto: Uwe Rau

Nur regelmäßig nachwachsendes Holz wird geerntet.

Projekt SUBIR verfolgt eine zweigleisige Strategie um die Erhaltung naturnaher Wälder zu gewährleisten: Einerseits soll die Waldbewirtschaftung verbessert werden, andererseits soll die Selbstversorgungswirtschaft der einheimischen Bevölkerung intensiviert und durch marktfähige Agrarprodukte bereichert werden. Integrierte Anbausysteme land- und forstwirtschaftlicher Kulturen und Mini-

plantagen mit Wertholzbaumarten, Kleintierhaltung, Fischzucht, Tischlerei sowie die Vermarktung von Kunsthandwerk sollen der Bevölkerung Einkommen garantieren und dadurch den Einschlagsdruck auf den Wald vermindern. Zugleich dienen diese Aktivitäten dazu, das Vertrauen und Interesse der Bevölkerung für die nachhaltige Waldbewirtschaftung zu gewinnen.

Für jede Gemeinde wird ein inte-

dehnung zu erhalten, indem nach der Abschöpfung der im Urwald akkumulierten Vorräte nur noch das regelmäßig nachwachsende Holz geerntet wird. Die Holzernte wird dabei in Anlehnung an natürliche Prozesse der Waldverjüngung auf einzelne große und alte Bäume beschränkt, damit die naturnahe Struktur des Waldes erhalten bleibt. Der Holzeinschlag wird möglichst schonend durchgeführt, damit der Waldboden und der verbleibende Baumbestand auch in Zukunft weitere Holzernten ermöglichen.

Eine wichtige Voraussetzung für den Erfolg des Projektes SUBIR ist, dass die Partnergemeinden des Projektes diese schonende, d. h. aber auch reglementierte und limitierte Nutzung ihrer Wälder als eigene Form der Waldnutzung durchführen wollen und auch können. Angesichts der exzessiven Nutzung der Tropenwälder in dieser Region Ecuadors durch große Holzfirmen, indigene Bauern und aus anderen Landesteilen einwandernde Siedler stellt sich allerdings die Frage, wie realistisch diese Prämissen sind. *Wollen* die Gemeinden ihren Wald tatsächlich erhalten?

Vor allem die ältere Generation beklagt sich häufig über das Fehlen von Wild und von traditionellen Nutzholzbauarten, weil die Wälder zu intensiv genutzt würden. Trotzdem haben schon viele Gemeinden ihren Wald für eine neue Zugangsstraße oder eine einmalige Geldzahlung an Holzfirmen verschleudert. Jede neue, öffentlich zugängliche Straße im bisher geschlossenen Primärwald verwandelt sich durch die Ansiedlung von Kleinbauern in wenigen Jahren in einen kilometerbreiten Großkahlschlag mit anschließender Nutzungsänderung. Obwohl sich die Bewohner der ökologischen Bedeutung ihres Waldes relativ bewusst sind, ist ihnen der Wunsch nach einer eigenen kleinen Farm, die Aussicht auf kurzfristig erreichbaren Wohlstand und Fortschritt wichtiger als die langfristige Planung und genaue Kalkulation der Ressourcennutzung, wie sie die nachhaltige Waldbewirtschaftung vorsieht. Eine nachhaltige Waldbewirtschaftung erscheint den Gemeinden nur dann lohnenswert, wenn sie „im Paket“ mit attraktiven Leistungen im landwirtschaftlichen Bereich, mit einkommenschaffenden Aktivitäten oder mit der Bezahlung für erbrachte „landwirtschaftspflegerische Leistungen“ angeboten wird.

Dass die Gemeinden ihren Wald in absehbarer Zeit ohne Hilfe von außen

nachhaltig bewirtschaften *können*, erscheint ebenfalls wenig realistisch. Waldbewirtschaftung hat heutzutage viel mit mittel- und langfristiger Planung und der dazu notwendigen Mathematik zu tun. Der Tropenwald mit seinem großen Reichtum an Baumarten auf kleinstem Raum bereitet selbst ausgebildeten Förstern viel Kopfzerbrechen bei ihren Planungen. Obwohl die Zielgruppen durchaus zur selbstständigen Ausführung einzelner Arbeitsschritte der Waldbewirtschaftung fähig sind, erscheint eine eigenverantwortliche nachhaltige Waldbewirtschaftung doch als Überforderung. Traditionelles Wissen über komplexe und nachhaltige Bewirtschaftungssysteme, wie in anderen Regionen und Kulturen, steht den Gemeinden im Nordwesten Ecuadors nicht zur Verfügung. Ohne eine dauerhafte technische Beratung und Hilfestellung durch professionelle Förster werden sie deshalb kaum in der Lage sein, die Arbeit eines Entwicklungshilfeprojektes fortzuführen. Daher ist es wichtig, dass auch nach der Beendigung von SUBIR die Weiterfinanzierung jener ecuadorianischen Nichtregierungsorganisationen gewährleistet ist, die mit der Durchführung einzelner Projektkomponenten ausreichende und langjährige Erfahrungen auf dem Gebiet sammeln konnten.

## Welche Chancen hat der Tropenwald?

Die Voraussetzungen für einen Wandel in Ecuador waren nie besser als heute. Eine für Veränderungen offene Regierung, eine reformierte staatliche Forstbehörde und ein neues Forstgesetz geben Anlass zu Hoffnungen, die allerdings nicht zu groß sein sollten. Wie in anderen Wirtschaftszweigen auch, spielt in der Forstwirtschaft das Geld eine entscheidende Rolle. Die Rentabilität der Waldbewirtschaftung ergibt sich aus dem Verhältnis von Aufwand, Ertrag und Subventionen. Der Aufwand für eine planvolle Waldbewirtschaftung ist (nicht nur) in Ecuador deutlich höher als für die unregelmäßige Ausbeutung des Waldes. Dem stehen die extrem niedrigen Holzpreise in Ecuador gegenüber: Augenblicklich decken die Erlöse aus dem Holzverkauf gerade mal die Kosten für die Holzernte. Alle für eine nachhaltige Waldbewirtschaftung notwendigen zusätzlichen Aktivitäten – von der Waldinventur und Kartenerstellung über die Wald-

## Das Projekt SUBIR

Das von der nordamerikanischen Entwicklungsagentur USAID finanzierte und von CARE-USA verwaltete Projekt SUBIR (Sustainable Use of Biological Resources) begann seine Arbeit 1991 im Umfeld von drei großen Naturschutzgebieten im Norden Ecuadors.

Seit Beginn der zweiten Projektphase im Jahr 1995 werden die Projektmittel auf die Pufferzone des Waldschutzgebietes Reserva Ecológica Cotacachi – Cayapas konzentriert, das sich nahe der Grenze zu Kolumbien von den Hochanden bis zum tropischen Tiefland der Küste erstreckt. In der Pufferzone leben mehrheitlich Afro-Ecuadorianer und Chachi-Indianer sowie Siedler, die aus anderen Landesteilen zugewandert sind.

Ziel des Projektes ist es, in Zusammenarbeit mit der lokalen Bevölkerung – insbesondere mit den schwarzen und indianischen Gemeinden – die biologischen Ressourcen nachhaltig zu nutzen. Dies soll mit einem interdisziplinären Projektansatz erreicht werden, der fünf Komponenten umfasst: Legalisierung des Landbesitzes, Organisationsförderung, Verbesserung der Landnutzung sowie Monitoring der Biodiversität und Kommerzialisierung der Wald- und landwirtschaftlichen Produkte. Seit 1995 haben nacheinander zwei Förster als Entwicklungshelfer des DED in dem Projekt gearbeitet. Sie haben SUBIR technische Hilfestellung bei der Planung und Umsetzung der Waldbewirtschaftung gegeben aber auch unmittelbar mit den Zielgruppen zusammengearbeitet.

erschließung und mittelfristige und jährliche Planung bis hin zur Vorbereitung und Kontrolle des Holzeinschlages sowie waldbauliche Maßnahmen – müssen subventioniert werden, entweder durch die ecuadorianische Regierung oder über Entwicklungsprojekte wie SUBIR. Da sich der Staat in chronischer Geldnot befindet, hängt die Zukunft des Tropenwaldes im Nordwesten des Landes entscheidend davon ab, ob internationale Geber und Entwicklungsagenturen auch langfristig in eine planvolle Waldbewirtschaftung in Ecuador investieren wollen.

Die Zertifizierung des Holzes aus nachhaltig wirtschaftenden Gemeinden ist eine Möglichkeit, ohne Subventionen konkurrenzfähiger zu werden. Auch wenn nicht zu erwarten ist, dass eine (voraussichtlich teure) Zertifizierung auf Antrieb finanziell messbare Vorteile mit sich bringt, will das Projekt SUBIR das Experiment wagen. Verhandlungen mit der US-amerikanischen Zertifizierungsorganisation Smartwood sind bereits aufgenommen.

*Thorsten Jolitz ist Förster und seit 1998 Entwicklungshelfer des DED in Ecuador.*

Papua-Neuguinea

# Vom Kahlschlag zur Koexistenz



Andrea Winterer  
und Adrian Schuhbeck

**Wie kann ein wirksames Naturschutzkonzept in einem Land umgesetzt werden, dessen Bewohner mehrheitlich noch keine Erfahrung mit der Begrenztheit der Naturressourcen gemacht haben? Ein Verbot von Ausfuhr und Handel geschützter Arten ist hier keine Lösung, meinen die Autoren. Sinnvoller ist es, den wirtschaftlichen Nutzen des Naturschutzes in den Vordergrund zu rücken.**

„Früher, da ist alles viel besser gewesen“, klagt der alte Mann. Die Gärten hätten höhere Erträge gebracht, mit Taroknollen, doppelt so groß wie eine Kokosnuss. Heute müssten sie vor der

Zeit geerntet werden, denn sonst würde nur der Tarokäfer satt. Viele Insekten seien zum Problem geworden, die man früher nur sporadisch gesehen hätte. Und überhaupt seien alle Bäche verschmutzt, aus denen man noch vor wenigen Jahren unbesorgt habe Trinkwasser schöpfen können. Heute bekämen die Kinder Durchfall und die Erwachsenen Würmer.

Wir sind unterwegs in Pomio, einem der entlegensten Distrikte Papua Neuguineas an der Südküste der Insel Neubritannien im Bismarck Archipel. Wir, das ist eine Gruppe von einheimischen Landwirtschaftsberatern und ein DED-Entwicklungshelfer, sind in einer Aufklärungskampagne in Sachen Quarantäne unterwegs. Entlang der Küsten von Papua-Neuguinea wird seit einigen Jahren von malayischen, japanischen und koreanischen Firmen Holzeinschlag im großen Stil betrieben. Wo immer die Küste das Anlanden mit Überseeschiffen erlaubt, schießen Siedlungen aus Fertigcontainern wie Pilze aus dem Boden. Schnell ist eine Fläche mit Kettensäge und Bulldozer freigeräumt, um das Stammholz nach Baumarten und Güte zu klassifizieren und bis zum Abtransport zu lagern. Sog. *logging roads* erschließen die umliegenden Waldgebiete und in zwei bis drei Jahren steht dann kein Baum mehr.

Bereits der erste Eindruck bestätigt die Darstellung des Dorfältesten. Hier im Einschlagsgebiet *Owen Point* ist man offenbar besonders skrupellos vorgegangen. Bei den Erdarbeiten hat man weder auf die Kokoshaine des Dorfes Pulpul, noch auf andere Ressourcen der Menschen Rücksicht genommen. In der Lagune schwimmt ein Ölteppich, wahrscheinlich ist er beim Ablassen des Ballastwassers entstanden. Der für Fischerei zuständige Beamte unseres Teams sammelt die Fischkadaver eimerweise am Strand auf. Die Bäche sind durch die Erdarbeiten für den Straßenbau von Dämmen durchtrennt und teilweise verschüttet worden. Das Wasser fließt deshalb nicht mehr ab und wird zu ei-

ner Brutstätte für Malaria mücken. Vor allem aber hat der großflächige Holzeinschlag das Kleinklima verändert: Schon als wir in der Bucht ankamen, fiel uns die verdorrte Vegetation auf. Während außerhalb des Einschlaggebietes der Dschungel grün und üppig wuchert, ist rund um Pulpul alles verdorrt. Die Gärten sind verödet und den wenigen noch vor sich hinkümmernden Nutzpflanzen macht gerade eine Armada von Insekten den Garaus. Die *logging company* verteilt derweil Reissäcke und Instantnudeln an die Dorfbevölkerung.

## Am Geschäft mit dem Tropenholz sind alle beteiligt

Ein Beispiel wie aus dem Bilderbuch über industriellen Umweltfrevl, so will es scheinen: Der böse multinationale Konzern – hier mit Sitz in Kuala Lumpur – macht skrupellos auf dem Rücken der indigenen Bevölkerung seine Geschäfte mit Tropenholz. Doch wie so oft ist die Realität komplizierter. Denn am großen Geschäft haben alle ihren Anteil: Die nationale Regierung, die Provinzen, korrupte Politiker oder Regierungsbeamte und schließlich auch die Landbesitzer selbst. Ohne die Zustimmung und finanzielle Beteiligung der traditionellen Landbesitzer würde in Papua Neuguinea nicht ein Baum gefällt. Der alte Mann und mit ihm alle männlichen Bewohner des Dorfes haben erst am Vortag ihre *logging royalty*, ihre Tantiemen für den Holzeinschlag, eingestrichen. Ob er unseren Erklärungen geglaubt hat, dass die Dürre etwas mit der Abholzung zu tun hat?

Ein Blick in die Fachliteratur zeigt: Der Waldverlust in Papua-Neuguinea findet vor allem in den Mittelgebirgs- und Tieflandregenwäldern statt, die hier die dominante Vegetationsform sind. Das Land ist neben einigen Regionen Indonesiens das einzige in Südostasien, das noch flächen-

deckend von Regenwäldern bedeckt ist. Schätzungsweise zwei Drittel der Waldverluste sind auf Kahlschläge zur Anlage von Gärten zurückzuführen, nur etwa 17 Prozent gehen auf Kosten der Holzwirtschaft. Die Flora vieler Gebiete ist durch wiederholte Brandrodungen derartig verarmt, das sich nur noch monotone Hochgrasbestände ausbilden. Mutwillig angelegte Waldbrände und die Plünderung der Holzbestände für Feuerholz und Baumaterial sind weitere Übel. Lokal spielen Bodenerosion durch unsachgemäßen Ackerbau in Hanglagen, Bautätigkeiten und der Bergbau eine Rolle. Bis auf letzteres gehen die vielen Nadelstiche also vor allem auf das Konto der ländlichen Bevölkerung.

## Vielfalt im Überfluss

Auf der „Haben“-Seite gibt es kaum irgendwo auf der Welt mehr Diversität auf engstem Raum als in Papua Neuguinea. Das beginnt schon mit den Menschen selbst. Das *land of the thousand tribes* hat vier Millionen Einwohner, die in 800 Sprachgruppen und mindestens ebenso viele Stammeskulturen zersplittert sind. Die Artenfülle ist ebenso atemberaubend: Der Prozentsatz der endemischen, also nur auf Neuguinea vorkommenden Arten ist in fast allen Tiergruppen exorbitant. Beispielsweise liegt allein die Anzahl der Froscharten bei 115. Eine Vielzahl von Absonderlichkeiten gibt es nur in Papua-Neuguinea: z. B. eierlegende Säugetiere oder auf Bäumen wohnende Känguruhs, wandelnde Blätter und weitere Tiere, die selbst Zoologen nur mit Mühe einordnen können. Und auch die Flora ist in gleicher Weise vielfältig. Etwa 18.000 Gefäßpflanzen wurden bis dato beschrieben, davon allein etwa 3.000 Orchideen.

Die Natur hat praktisch alles Lebensnotwendige im Angebot. Der ländlichen Bevölkerung liefern intakte Wälder Material für nahezu jeden Bereich des Lebens: Bauholz,



Foto: Christian Wengler

### Exzessiver Holzeinschlag durch japanische und malaysische Firmen

Nahrung, Medizin, kultische Gegenstände und vieles mehr. Kein Wunder also, dass die Melanesier nicht unsere Art der intensiven Landnutzung und Vorratswirtschaft entwickelt haben, sondern „primitive“ Jäger- und Sammlerkulturen geblieben sind, die allenfalls noch Wanderfeldbau betreiben. Genau diese Naturnähe wird heute zunehmend zum Fluch. Menschen, denen nie die Endlichkeit von Ressourcen vor Augen geführt wurde, können sich nicht vorstellen, dass ihnen ihr eigenes Handeln die Lebensgrundlage entziehen kann. Seitdem Kaurimuscheln als Zahlungsmittel von den Münzen verdrängt wurden, verlangen die Menschen dieser Region wie auch anderswo nach westlichen Konsumgütern. Dieses Verlangen setzt einen Kasten Bier oft höher in Wert, als einen Hektar Regenwald.

## Alternative zum Wanderfeldbau

Ist die Realität also doch zum Verzweifeln, wie Öko-Apokalyptiker und Kulturpessimisten uns weismachen wollen? Und: Was kann eine Handvoll gutwilliger Entwicklungshelfer des DED in solch einer Situation schon erreichen? Einiges, so meinen wir, wenn man mit Augenmaß, Realitätssinn und langem Atem an die Sache herangeht.

Im landwirtschaftlichen Bereich der DED-Arbeit in Papua-Neuguinea

wurden in den vergangenen Jahren verstärkt Projekte angepackt, mit denen die Produktion stabilisiert und gleichzeitig die natürlichen Ressourcen geschont werden sollen. Fernziel dieser sog. *Biocontrol*-Projekte ist es, standorttreue Pflanzenbautechnologien als Gegenmodell zum Wanderfeldbau zu entwickeln. Diese Anbaumethode ist nämlich nur solange nachhaltig, wie bei sehr geringer Bevölkerungsdichte nicht öfter als alle 15 bis 20 Jahre auf denselben Flächen Gartenbau betrieben wird und generell nicht mehr als 80 Prozent der Gesamtfläche landwirtschaftlich genutzt werden. Angesichts des Bevölkerungswachstums sind langfristig genutzte ortsstabile Gärten eine ökologisch und ökonomisch nachhaltigere Alternative. Anders als im traditionellen Wanderfeldbau ist dabei die Nutzung von Agrartechniken wie Bodenbearbeitung, Düngung, Wassermanagement, Unkrautkontrolle und Pflanzenschutz unumgänglich. Werden hier biologische Methoden integriert, kann das einen sinnvollen Ansatz zur Ressourcenschonung bieten.

## Gesetze allein garantieren keinen Artenschutz

Dass auch im Artenschutz neue Wege beschritten werden müssen, mag eine Alltagsbegebenheit verdeutlichen:



Foto: Roland Stein

In den Tropen gezüchtete Schmetterlinge sind auf dem internationalen Markt begehrt.

Eines Tages bietet uns ein Mann ein Baumkänguruh-Baby zum Kauf an. Wir fragen nach der Herkunft des Tieres. Es ist die übliche Geschichte: Die Mutter wurde bei der Jagd erlegt, das proteinhaltige Fleisch verzehrt, Fell und Zähne für die traditionelle Stammstracht verarbeitet. Der Verkauf des Jungtiers soll das fehlende Bargeld einbringen. Wir stehen vor einem Dilemma: Sollen wir den Kauf ablehnen und damit das Jungtier einer ungewissen Zukunft überlassen oder es kaufen und damit zu weiterem Handel mit Baumkänguruhs ermutigen? Wir entschließen uns zum Kauf, um das Tier später dem Gehege des *Rainforest Habitat* zu überlassen. Dieser kleine Zoo in der Provinzhauptstadt Lae hat sich dem Erhalt und der Nachzucht gefährdeter einheimischer Tierarten verschrieben.

Viele Wildtierarten sind bereits vom Aussterben bedroht, da durch die gestiegene Bevölkerungszahl auch der Jagddruck kontinuierlich zugenommen hat, und gleichzeitig der Lebensraum der Tiere durch die Rodung von Primärwald zerstört wird. Von den sechs in Papua-Neuguinea vorkommenden Baumkänguruh-Arten ist mindestens eine sehr stark gefährdet. Die Gesamtpopulation scheint auf unter zweihundert Tiere geschrumpft zu sein. Um den Schutz seltener Arten zu gewährleisten, will das Umweltministerium (*Department of Environment and Conservation*) die Bedin-

gungen für den Handel mit geschützten Arten verschärfen und die Ausfuhr von Wildtieren und Teilen dieser Tiere, bis auf wenige Ausnahmen, verbieten. Für lebende Wildtiere wird schon jetzt praktisch keine Export-erlaubnis mehr erteilt. Ein Ansatz, der gut gemeint ist, aber das Problem nicht an der Wurzel packt. Notwendig ist vielmehr, der Bevölkerung die Endlichkeit der Natur bewusst zu machen. Ansätze dazu sind vorhanden.

So erhalten Schulklassen kostenlos Eintritt in das *Rainforest Habitat*. Die Tierpfleger bieten Führungen an, um den Menschen einheimische Wildtierarten näherzubringen und sie mit deren Gefährdung vertraut zu machen. Einmal jährlich findet zudem eine zweiwöchige Fortbildung für Lehrer aus *Primary Schools* statt. Das Interesse daran ist besonders in ländlichen Gebieten groß. Über die Lehrer hofft man, die Kinder zu erreichen. Denn die nächste Generation wird lernen müssen, mit der Begrenztheit der natürlichen Ressourcen umzugehen. Je früher dies vermittelt wird, desto selbstverständlicher wird für die Kinder der Naturschutzgedanke sein. Denn erhaltenswert ist nur, was man liebt. Geliebt wird nur, was man kennt, und kennen bedeutet sehen und erleben.

## Schmetterlingsgärten zum Schutz der Natur

In Bulolo, gut zwei Autostunden von der Provinzhauptstadt entfernt, liegt die *Insect Farming and Trading Agency* (IFTA), eine Partnerorganisation des *Rainforest Habitat*, die sich dem nachhaltigen Umweltschutz widmet. Hier werden die von sog. *Butterfly Farmers* angelieferten Schmetterlinge und Käfer präpariert, gerahmt und für den Export fertiggestellt. Als eine von zwei Organisationen verfügt IFTA über eine Ausfuhrgenehmigung für Insekten. Sammler in der ganzen Welt schätzen die mannigfaltige Schmetterlingsfauna von Papua-Neuguinea, die 958 Arten beheimatet. Im sechsten so großen Europa kommen nur 380 Arten vor.

Das Prinzip des *Butterfly Farming* ist relativ einfach: Bei IFTA werden beispielsweise Kleinbauern von Insektenkundlern im Umgang mit den Insekten geschult. Sie lernen Grundsätzliches über deren Biologie, und welche Futterpflanzen sie für die verschiedenen Schmetterlinge in ihrem Garten anbauen müssen, wie sie scho-

nend getötet und in der geforderten Qualität zur IFTA gebracht werden. Bei unserem Aufenthalt in der Partnerorganisation treffen wir einige *Butterfly Farmer*, die gerade ihre sorgsam in Papiertütchen verpackten Schmetterlinge abgeben. Sie erzählen uns, dass ihr *Business* nicht besonders arbeitsintensiv sei, denn bis zur „Ernte“ würden sich die Schmetterlinge praktisch allein versorgen. Wir erfahren, dass sie für ihre Schmetterlinge einen guten Preis erhalten und bei der IFTA immer ein offenes Ohr für Fragen finden.

Ist die Beratung sichergestellt, so bietet das *Butterfly Farming* offenbar ein Potential zur nachhaltigen Nutzung natürlicher Ressourcen, das besonders Menschen in abgelegenen Gegenden ein Einkommen verschaffen kann. Richtig angelegt erhöhen Schmetterlingsgärten zudem die natürliche Reproduktion seltener Arten. So können wirtschaftliche Nutzung und Naturschutz miteinander in Einklang gebracht werden. Tatsächlich können die nachhaltige Nutzung und der Handel mit Tieren oder Teilen und Erzeugnissen von Tieren und Pflanzen ein ernstzunehmendes Naturschutzkonzept sein. Denn der Schutz und die Erhaltung der Natur stößt oftmals auf größeres Interesse, wenn damit eine ökonomische Wertschöpfung verbunden ist. Das mag ernüchternd klingen, entspricht aber der Realität.

Die meisten Tier- und Pflanzenarten, die im Anhang der *CITES*-Konvention über den Handel mit gefährdeten Arten aufgeführt sind, stammen aus Entwicklungsländern, wo für viele Menschen die Befriedigung einfacher Bedürfnisse oberste Priorität hat. Deshalb kann der Schutz der frei lebenden Flora und Fauna hier nicht ein Ziel an sich sein – was ja auch in Industrienationen nur schwer durchsetzbar ist. Das Überleben von Wildtieren und ihrer Lebensräume ist – in Papua-Neuguinea wie überall auf der Welt – auf lange Sicht nur möglich, wenn die Menschen eine Form der Koexistenz mit ihnen finden. Tiere lassen sich nur mit der lokalen Bevölkerung schützen, nicht vor ihr oder gegen sie.

Dr. Andrea Winterer ist Zoologin und Tierärztin und seit 1998 Entwicklungshelferin des DED in Papua-Neuguinea.

Dr. Adrian Schuhbeck ist Biologe und seit 1996 Entwicklungshelfer des DED in Papua-Neuguinea.

# Kenia Ausverkauf der biologischen Vielfalt

Martina Backes

Im Ressourcenschutz gewinnen agrarbiologische Vielfalt und entsprechendes Umweltwissen an Bedeutung. Gleichzeitig wird beides als industrieller „Rohstoff“ zunehmend interessant. Damit kommen rechtliche Fragen über die Nutzung und den Schutz der Biodiversität zum Tragen, um die im Rahmen internationaler Konventionen und des Welthandelsabkommens gestritten wird. Die Autorin skizziert die Konfliktlinien und warnt vor einem allzu engen Blickwinkel in Projekten der Entwicklungszusammenarbeit.



Foto: Martina Backes

Auf den kenianischen Dorfmärkten wird eine Vielfalt an Gemüse verkauft.

Der Dorfmarkt in Chwele war für meine kenianischen Kolleginnen immer ein besonders begehrtter Einkaufsplatz. Denn neben den Körben mit Kartoffeln und Zwiebeln, den häufchenweise gestapelten Tomaten, den Bohnen und dem Mais gibt es hier ein außergewöhnliches Angebot an Gemüsesorten, Pflanzensäften und seltenen Wildfrüchten.

Seitdem eine Asphaltstraße den kleinen Markt mit der Distrikthauptstadt Bungoma im Westen Kenias verbindet, wird der fruchtbare Boden am Vulkan Mount Elgon bis in die steilsten Höhenlagen mit Hybridmais bepflanzt. Infolge dessen ist der Boden erodiert und die natürliche Vegetation verschwunden. Dennoch halten die Marktfrauen eine Vielfalt an essbaren Pflanzen bereit, die in kleinen Gemüsegärten rund um die Hütten, in den spärlichen Restbeständen ehemaliger Savannenwälder oder im dorni-

gen Gestrüpp der Felshügel wachsen.

Das allgemeine Marktangebot in Chwele verweist allerdings auf eine Landwirtschaftspolitik mit kolonialer Vergangenheit. Mais wurde im ersten Jahrzehnt dieses Jahrhunderts in Ostafrika eingeführt und war damals primär für den Exportmarkt bestimmt, später auch für die Versorgung der kenianischen Bevölkerung. Aufgrund hoher Hektarerträge wurde Mais immer großflächiger angebaut. Sonnenblumen, Zuckerrohr, Kartoffeln und Tomaten hatten ähnliche Funktionen und verdrängten die einheimische Agrarkultur auf kleine Restflächen. Bungoma ist als Maiskammer und Zuckerrohranbaugesamt ein Distrikt, der als Musterbeispiel für die Mechanismen der grünen Revolution stehen kann: Mit der Verbreitung von *Cash Crops* und Hochertragsorten und der damit notwendigen Verwendung von Kunstdüngern und synthetischen

Pestiziden wurden nicht nur Wälder, Gewässer und Böden ruiniert, sondern insbesondere die Bauern in einen finanziellen Teufelskreis und damit in große Abhängigkeit und Armut getrieben. Aufgrund des ausgedehnten Anbaus von Exportkulturen gilt die Ernährung der Landbevölkerung in Bungoma heute als problematisch.

## Das ethnobotanische Wissen der Bäuerinnen ist wichtig für den Ressourcenschutz

Im Rahmen des *Bungoma Women Agroforestry Project* des DED-Partnerprojektes *Council for Human Ecology of Kenya* gehörte der Ressourcenschutz, die Verbreitung agroforstli-

cher Anbaumethoden und partizipativer Beratungsansätze zu unseren Aufgaben. Doch erwies es sich während der Arbeit als notwendig und wirkungsvoll, die Kenntnisse der Bäuerinnen über Anbauverfahren seltener Nahrungspflanzen und über Gehölze zu dokumentieren. Das Besinnen auf das Wissen der Vorfahren und dessen Anerkennung machte die gemeinsame Suche nach einfachen, aber wirkungsvollen Lösungsansätzen für eine ressourcenschonende Landnutzung erst möglich. Indem der traditionellen Landnutzung und dem lokalen Wissen über die agrarbiologische Vielfalt ein mindestens ebenso großer Stellenwert zugemessen wurde wie den zumeist vorgefertigten agroforstlichen Methodenpaketen, wurden die Voraussetzungen für einen partizipativen Ansatz geschaffen.

Bei der Projektarbeit verbanden wir unsere Feld- und Hausbesuche bei Frauengruppen mit Gesprächen über

erzählten über die kulturelle oder mystische Bedeutung der Pflanzen und ihre vielseitige Verwendung. So erwies sich das ethnobotanische Wissen als eine Fundgrube und überdies als sinnvolle Ergänzung zum geplanten Programm.

Wie sich herausstellte, wachsen in Bungoma noch 33 verschiedene Wildfruchtbäume, 46 Baumarten für die Bienenweide und 51 Gehölzarten, die als Viehfutter genutzt werden. Insgesamt 214 essbare Wildpflanzen kommen in Hecken und den Resten ehemals ausgedehnter Savannenwälder vor, davon werden nachweislich 155 Arten als Nahrung verwendet. Von den 98 Blattgemüsearten wird den wenigen, die näher untersucht wurden, ein besonderer Reichtum an Mineralien und Vitaminen zugeschrieben. Viele finden in der traditionellen Medizin Anwendung. Das Wissen um den Nutzen vieler Pflanzen scheint wie ein Relikt aus vergangenen Zeiten

Das Dokumentieren des lokalen Wissens über die einheimischen Pflanzen wurde mit großem Enthusiasmus von den Kleinbäuerinnen verfolgt. Es bildete sich ein Netz von Interessierten und Pflanzenkundigen, das schließlich in der Gründung des *Bungoma Indigenous Tree Conservation Club (BITCC)* mündete. In eigens angelegten Baumschulen ziehen die Mitglieder des Clubs einheimische Gehölze und erwerben damit zugleich neue Kenntnisse. In einem Buch über die Bäume in Bungoma wurde das gesammelte Wissen in Form eines Feldführers Schülern, Studierenden und Lehrern, aber auch den Mitarbeitern der Forstämter und den Landwirtschaftsberatern zugänglich gemacht. Die Anerkennung der ethnobotanischen Kenntnisse und deren Dokumentation ist lokal betrachtet also ganz gewiss eine sinnvolle Strategie. Doch wie ist das neuerliche Bemühen um alte Kenntnisse angesichts international und global wirkender Kräfte zu bewerten?

Nach dem Fehlschlagen modernisierungstheoretischer Entwicklungsmodelle in der Landwirtschaft, die mit hochtechnisierten Verfahren eine nachholende Entwicklung in den Ländern der Dritten Welt initiieren wollten, wird nun in der Entwicklungszusammenarbeit eher standortgerechten und mehr oder weniger ökologisierten Praktiken der Vorzug gegeben. Seit nunmehr zwei Jahrzehnten werden, parallel mit der Debatte um partizipative Modelle, die traditionellen einheimischen Landbaumethoden und das lokale Wissen der Bevölkerung gegenüber den westlich-modernen Agrartechnologien rehabilitiert.

Geleitet von der Hoffnung, ökologische und ökonomische Verträglichkeit bei gleichzeitiger sozio-kultureller Gerechtigkeit in einem Konzept vereinen zu können, werden „indigene Wissenssysteme“ in der Entwicklungstheorie als potentielle Lösungskonzepte hochgehalten. Nachhaltigkeit ist das neue Schlagwort in der Entwicklungszusammenarbeit, in dessen Kontext auch die Dokumentation des einheimischen Wissens als Instrument zur Umwelterziehung an Bedeutung gewonnen hat. Auch die Agrarforschung, Mittler zwischen der Agrarindustrie und der staatlichen Entwicklungspolitik, interessiert sich neuerdings für das, was vor einigen Jahren noch als rückständig und minderwertig galt, seien es spezielle Anbauverfahren einer großen Sortenvielfalt oder der Einsatz von natürli-



Foto: Martina Backes

Über 150 Wildpflanzen werden in Bungoma als Nahrungspflanzen verwendet.

einheimische Pflanzen. Wir begannen systematisch damit, die *Bukusu*-Namen der essbaren Pflanzen aufzuschreiben und lernten mit der Zeit Frauen kennen, die sich als Heilerinnen und Hebammen besonders gut auskannten. Sie halfen beim Sammeln und Identifizieren von Früchten, Gräsern, Bäumen und Kräutern,

in den Köpfen meist älterer Menschen zu schlummern. Die Zubereitung einiger Pflanzen, deren Namen viele junge Leute schon nicht mehr kennen, erfordert spezielles Wissen. Selbst Nahrungspflanzen wie Hirse und Maniok, die ehemals in großer Sortenvielfalt angepflanzt wurden, geraten in Vergessenheit.

chen Insektiziden und die Gewinnung von Pflanzenstoffen.

Dabei wird der Stellenwert, den das Wissen lokaler Gemeinschaften um die Nutzung und Erhaltung biologischer Ressourcen im internationalen Kontext häufig falsch eingeschätzt. Gerade international tätige Organisationen der Entwicklungszusammenarbeit ignorieren oft den globalen Kontext.

## Nutzer in Nord und Süd ringen um die Rechte am Biorohstoff

Einen besonderen Auftrieb erfuhr die Anerkennung des lokalen Umweltwissens durch die *Biodiversitätskonvention (CBD)*, die 1992 auf der Konferenz für Umwelt und Entwicklung in Rio de Janeiro beschlossen wurde. Das Vertragswerk benennt neben dem Schutz der biologischen Vielfalt – von der genetischen Varietät über die Vielfalt der Arten bis hin zu ganzen Ökosystemen – die nachhaltige Nutzung der biologischen Ressourcen und die gerechte Verteilung der Gewinne als übergeordnete Ziele.

Das einheimische Wissen über die Nutzung biologischer Ressourcen gewinnt angesichts einer weiteren Vertragsklausel der Biodiversitätskonvention an entwicklungspolitischer Brisanz. Denn in dieser Klausel werden die Industrienationen aufgefordert, die Länder der Dritten Welt bei der Verwirklichung von Schutz und Nutzung der im Süden vorkommenden Vielfalt finanziell und technisch zu unterstützen. Projekte und Maßnahmen sollen gefördert werden, die Schutz und Erhalt der natürlichen Ressourcen ermöglichen. Dazu gehört auch die Dokumentation des bislang in vielen Gesellschaften von Mund zu Mund weitergegebenen Wissens.

Global gedacht erscheinen diese seit Rio entwickelten Ansätze sinnvoll und notwendig. Übersehen wird dabei zumeist, mit welch ungleichen Mitteln die verschiedenen Akteure aus Nord und Süd im Kampf zwischen Nutzung und Erhaltung der biologischen Ressourcen um ihre Rechte ringen. Zwar erkennt die CBD die „besondere Bedeutung der indigenen Bevölkerung für den Schutz und die nachhaltige Nutzung der biologischen Ressourcen“ an. Auch die Landrechte, die eine Nutzung der natürlichen Ressourcen einschließen, werden grund-

sätzlich gewährt. Allerdings verbleibt der „Besitz“ an der biologischen Vielfalt laut CBD in der Souveränität der Nationalstaaten. Zudem befassen sich neben der Biodiversitätskonvention auch eine ganze Reihe weiterer internationaler Konventionen und Abkom-

indigene und bäuerliche Gemeinschaften substantielle kollektive Besitzsystem mittels privatrechtlicher Besitz- und Urheberrechte ausgehebelt. Auch der Zugang zu Patenten wird verwehrt, indem traditionelles Wissen zur nicht patentier-



Foto: Werner Gartung

Mais-Monokulturen verdrängen einheimische Nahrungspflanzen.

men damit, den Zugang zum Biorohstoff zu regeln. So will die Welthandelsorganisation (WTO) im *Abkommen über die handelsbezogenen Aspekte des geistigen Eigentums (TRIPs)* das Wissen um die Nutzung der biologischen Vielfalt mit einer Art gewerblicher Schutzrechte belegen. Rechte zur Nutzung und Vermarktung genetischer Ressourcen werden demnach ausschließlich über Patente festgeschrieben.

Insbesondere biotechnologische und pharmazeutische Unternehmen, die mit einer „grünen Gentechnik“, also dem Einsatz der Gentechnik in der Landwirtschaft, für die Ernährung und Gesundheit der Weltbevölkerung werben, nutzen das TRIPs-Abkommen, um ihre Rechte an der Verwertung genetischer Ressourcen zu stärken. Auf diese Art wird das für viele

baren „Entdeckung“ degradiert und der industriellen Aneignung überlassen wird. Auf diese Art lassen sich Unternehmen jahrhundertealtes Wissen als eigene, neue „Erfindung“ patentieren.

## Ohne Aufklärung über Besitzrechte ist eine gerechte Nutzung der biologischen Vielfalt nicht möglich

Das Recht lokaler Gemeinschaften – etwa der Frauen aus Chwele – an der Nutzung der lokalen Ressourcen, das geistige Eigentumsrecht eingeschlossen, gerät damit ins Kreuzfeuer nationalstaatlicher und unternehmerischer Interessen aus Nord und Süd. Auch das gut gemeinte Dokumentieren einheimischen Umweltwissens und die Förderung von Umweltbildungsprogrammen in Entwicklungsprojekten rücken in ein vollkommen anderes Licht, sobald die lokale Ebene verlassen wird.

Denn die Biodiversitätskonvention, die von vielen mit der konservativ-



Foto: Martina Backes

Hebammen geben ihr Wissen über einheimische Baumarten an jüngere Frauen weiter.

grünen Idee von der Erhaltung der Arten und der Natur assoziiert wird, hält nicht, was ihr Name verspricht: In zahlreichen Beispielen ist dokumentiert, wie die pharmazeutische Verwertung von Pflanzen einerseits Pflanzenbestände ruiniert hat und andererseits ohne jegliche Gewinnbeteiligung der lokalen Gemeinden vorstatten geht. So hat die internationale Nichtregierungsorganisation *Rural Advancement Foundation International (RAFI)* 174 Fälle illegaler Aneignung genetischer Ressourcen dokumentiert. Die industrielle Patentierung von Sorten kann Kleinbauern von der Wiederverwendung des eigenen Saatguts ausschließen und zum Kauf von Saatgut oder Lizenzen zwingen. Selbst die gentechnische Veränderung von Saatgut, die in der nächsten Generation

das Keimen der Saat verhindert oder von der Verwendung bestimmter Zusatzstoffe wie Düngemitteln und Pestiziden abhängig macht, ist nach der Biodiversitätskonvention nicht ausgeschlossen. Ein Vergleich der internationalen Verträge, die sich mit den Besitzrechten rund um die Biodiversität befassen, zeigt, dass sich die geistigen Urheberrechte am Umweltwissen und die Strategien zur Nutzung der biologischen Ressourcen derzeit in vielen Ländern in einem rechtlichen Vakuum befinden.

Um nicht zum Vehikel für Patentjäger der Biotech-Unternehmen zu werden, die mit der gezielten Verwertung der biologischen Ressourcen aus dem Süden neue Abhängigkeiten zwischen Agrarindustrie und Kleinbauern schaffen, sollten

Entwicklungsprojekte rechtliche Vorsichtsmaßnahmen erwägen. Umweltbildungsprogramme ohne eine umfassende Informationsstrategie über Besitzrechte laufen Gefahr, eine eigenständige Entwicklung der betroffenen Gemeinschaften und insbesondere die gerechte Verteilung der Gewinne aus der Nutzung der biologischen Vielfalt zu verhindern.

Wenn das Wissen über die Baumarten aus Bungoma oder die Gemüsesorten der Frauen auf dem Markt in Chwele zuallererst den Menschen zugute kommen soll, die ihr Land und ihre Ressourcen ei-

ner für den Weltmarkt produzierenden Landwirtschaft zur Verfügung stellen, reichen lokal gedachte Ansätze nicht aus. Sollen Eigenständigkeit und selbstbestimmte Entwicklung das Ziel von Umweltbildungsprogrammen sein, so liegt es auch in der Verantwortung der Organisationen der Entwicklungszusammenarbeit, die Wahrnehmung der Rechte über die biologischen Ressourcen zu stärken.

Unterstützung beim Aufbau von Informationsnetzen in den Gastländern könnte eine sinnvolle Ergänzung zu den eher pragmatischen und am Einzelfall ansetzenden Entwicklungskonzepten darstellen. In bestehenden Netzwerken und NRO-Foren, die Bildungs- und Öffentlichkeitsarbeit organisieren oder Politikprozesse rund um die Debatte der biologischen Vielfalt begleiten und eigene Positionen vertreten, ist der Süden deutlich unterrepräsentiert. Im Bemühen um den Schutz und eine gerechte Nutzung der biologischen Vielfalt wäre hier über Kooperationsmöglichkeiten nachzudenken.

*Martina Backes ist Biologin und war von 1991 bis 1995 Entwicklungshelferin des DED in Kenia.*

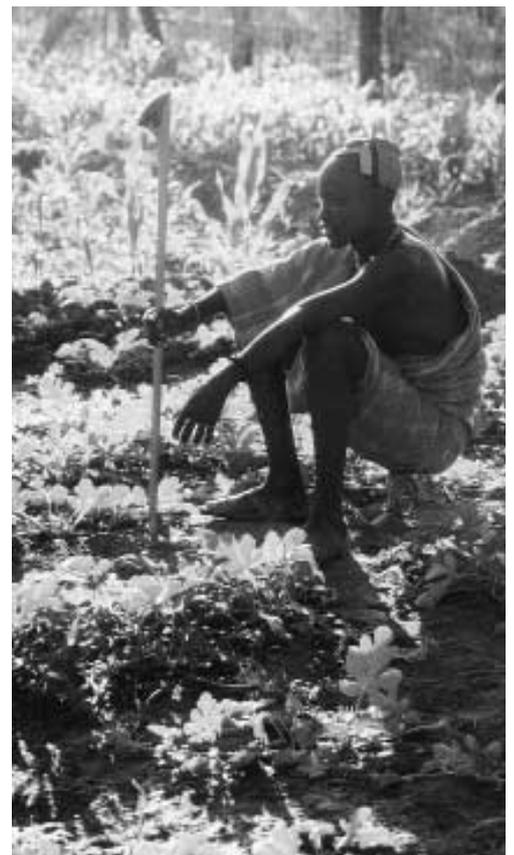


Foto: Werner Gartung

Ein Turkana bewacht die Pflanzen in einem Versuchsgarten.

# Lesotho Jugendliche im Einsatz gegen Erosionsschäden

Petra Brandes

Umweltprojekte müssen einen Nutzen haben für die Beteiligten, wenn sie von Erfolg gekrönt sein sollen. In Lesotho arbeitet der DED in einem Entwicklungsprojekt mit, das versucht, die Bodenerosion zu bekämpfen und dabei Jugendlichen eine Einkommensperspektive zu verschaffen. Die Autorin berichtet über die Schwierigkeiten während der Pilotphase des Projektes.

Das von Südafrika umschlossene Bergkönigreich Lesotho ist ein agrarisch geprägter Staat von einer Fläche halb so groß wie Nordrhein-Westfalen. Zwar trägt die Landwirtschaft nur 21 Prozent zum Bruttosozialprodukt bei, doch leben etwa 60 Prozent der Bevölkerung als Subsistenzbauern; die meisten Familien betreiben Viehzucht und Ackerbau.

Das traditionelle Bodennutzungsrecht, das sog. *Chieftainship*, sieht vor, dass die *Chiefs* als Treuhänder des Königs das Land an die Bewohner des jeweiligen Dorfes verteilen. Rechtlich verbleibt der Boden im Staatsbesitz. Die Weideflächen werden kommunal bewirtschaftet, d. h., dass jeder Hirtenjunge seine Kühe, Schafe, Ziegen, Esel und Pferde auf den gemeinschaftlichen Weideflächen grasen lassen kann. Eine starke Übernutzung ist die Folge.

Auf den Feldern werden hauptsächlich Mais, Hirse und Weizen angebaut, oft über Jahre hinweg ohne Fruchtwechsel. Die kurzen und heftigen Regen, die überwiegend im Sommer fallen, kann der verdichtete, ungeschützte Boden kaum aufneh-



Foto: Werner Gartung

men. Das Wasser läuft oberflächlich ab und wird zu reißenden Flüssen, die das Erdreich und mit ihm die fruchtbare Humusschicht in Schlammlawinen bergabwärts schwemmt. „Dongas“ heißen die so entstehenden Erosionsrinnen, die sich durch Felder, Dörfer und Gärten graben, dabei Anbauflächen zerstören und sogar Straßen unterhöhlen können. Immer weiter fressen sie sich in den Boden und können dabei bis zu zehn Meter tief werden.

Auf ihrem Schulweg müssen viele Kinder die Dongas überqueren. Da es keine Brücken gibt, müssen sie die Gräben entweder durchqueren, darüber hinwegspringen oder sie umgehen. Bei Regen unterspülen die Fluten mitunter die Ränder der Rillen, wobei ganze Seitenwände abbrechen können. Jedes Jahr fallen Kinder den Schlammassen zum Opfer.

Eine 1996 von der Regierung Lesothos und dem Entwicklungsprogramm der Vereinten Nationen (UNDP) gegründete Umweltinitiative, das *National Enviroment Youth Corps* (NEYC),

will Jugendliche dazu animieren, sich über die Mitarbeit an einem Programm zur Rehabilitation von Land neue Arbeitsmöglichkeiten zu erschließen. Sie sollen u. a. Mauern in die Erosionsgräben bauen, um so die Fließgeschwindigkeit des Wassers zu verringern und die Ablagerung des Erdreichs zu fördern.

Das Pilotprojekt richtet sich an arbeitslose Jugendliche im Alter von 15–24 Jahren, von denen viele weder lesen noch schreiben können und keine Chance haben, jemals einen Job auf dem formalen Arbeitsmarkt zu bekommen. Mehr als 1.600 Jugendliche sind seit Projektbeginn im ganzen Land in dieser Umweltinitiative engagiert. Neben dem Verbau von Gräben ziehen sie Bäume heran, die später einmal in die Dongas gepflanzt werden oder Hänge sichern sollen. Außerdem bauen sie Gemüse für den Markt an und lernen, in Gruppen zu arbeiten.

Für ihre Arbeit bekommen die Jugendlichen Geld: im ersten Jahr 200 Rand im Monat, im zweiten 100 Rand



Foto: Werner Gartung

### Schutzwälle gegen Bodenerosion

und im dritten Arbeitsjahr nur noch 50 Rand monatlich, da parallel einkommenschaffende Maßnahmen greifen sollten: Die Jugendlichen, die im Laufe der Projektarbeit im Dongaverbau ausgebildet wurden, sollten ihr Wissen und ihre Fertigkeiten in den Nachbargemeinden gegen Bezahlung anbieten und dadurch eigenes Einkommen erwirtschaften.

### Neid und Unverständnis behindern die Projektarbeit

Das Projekt lief zunächst gut an: Die *Chiefs* ausgewählter Dörfer stellten gemeinsam mit den demokratisch gewählten Ortsräten (*Village Development Councils*) die Jugendgruppen für das Projekt zusammen und gaben ihnen Land für Baumschulen und -pflanzungen. Unter Anleitung von Ausbildern begannen die Jugendlichen mit der Arbeit: Es wurden Steine geschleppt und behauen, Mauern gebaut, Steilhänge abgeschrägt und eingeebnet. Jetzt, drei Jahre nach Projektbeginn sind einige Baumschulen eingezäunt und die ersten Bäume sichern den Boden. Deutlich zeigen sich jetzt allerdings auch die Schwierigkeiten, mit denen das Projekt zu kämpfen hat.

So wird die Arbeit der Jugendlichen nicht von allen Bewohnern in den Gemeinden geschätzt: Über Nacht treiben neidische Hirtenjungen ihre Tiere in die Baumschulen und in die frisch bepflanzten Gebiete. Die Umzäunung wird zerstört, die Triebe werden bis auf den Grund abgefressen, so dass nur wenige Pflanzen

überleben. Aus den Baumschulen werden die Setzlinge gestohlen und in den Dongagebieten Bäume herausgerissen, weil die Hirtenjungen darin eine Konkurrenz zum Weidegras sehen. Die Jugendlichen können nur frustriert zuschauen, wie ihre Arbeit zerstört wird. In den zur Lösung des Problems anberaumten Dorfversammlungen wird rasch deutlich, dass die *Chiefs* als traditionelle Oberhäupter der Gemeinden uneins sind mit den Ortsräten, die als politische Gremien gewählt werden. Ihre Macht gegenüber den Dorfbewohnern reicht offensichtlich nicht aus, um den Diebstahl und die Zerstörungen zu beenden.

Die ungeklärte Frage der Landnutzung stiftet zusätzlich Verwirrung. Da beackerbares Land knapp ist und die Besitzverhältnisse unklar sind, stellen die *Chiefs* den Jugendlichen nur stark degradierte Gebiete zur Verfügung, die mit viel Kraft und Zeitaufwand renaturiert werden müssen. Ist das Land wieder beackerbar, kann es der *Chief* an andere Personen verpachten. Häufig liegt dieses Land nach der Renaturierung auch brach, da niemand weiß, wer das Land nun eigentlich dauerhaft nutzen darf.

Auch die Idee, die Entlohnung für die Arbeitsleistung der Jugendlichen im zweiten und dritten Jahr zu verringern und allmählich durch einkommenschaffende Aktivitäten zu ersetzen, ist den meisten Jugendgruppen unverständlich geblieben. Die Jungen und Mädchen haben sich von Anfang an als Angestellte des Projekts und die monatlichen Zuwendungen als Gehaltszahlung betrachtet. Als sie nach dem ersten Jahr weniger Geld bekamen, waren sie enttäuscht, denn eigentlich hatten sie erwartet, nach der Ausbildung im Dongaverbau als

„Fachkräfte“ mehr Geld zu verdienen. Einige verließen daher das Projekt, um sich nach anderen Jobs umzuschauen. Neue Mitglieder mussten in die Jugendgruppen aufgenommen und trainiert werden. Dadurch ging Wissen verloren und erworbene Fähigkeiten konnten nicht weiter entwickelt werden.

### Traditionelle Strukturen werden auf den Kopf gestellt

Die Tatsache, dass den Jugendlichen Geld ausgehändigt wurde schuf unerwartete Probleme. In den traditionell strukturierten Dorfgemeinschaften Lesothos werden die Kinder erst mit der Hochzeit aus dem Elternhaus entlassen. Bis dahin haben sie sich in die Familienhierarchie einzufügen, die ihnen soziale Sicherheit bietet. Nun aber verdienen einige der Jugendlichen plötzlich mehr als ihre Väter als Familienoberhäupter. Während viele Jugendliche das Geld abgeben mussten, verließ die Arbeit anderen eine neue finanzielle Sicherheit. Ihr Selbstwertgefühl stieg und sie entwickelten eine völlig neue Eigenverantwortung für ihr Handeln. Damit hatte das Projekt in vorher nicht bedachtem Ausmaß in die traditionellen Strukturen eingegriffen.

Nach dem dritten Jahr geht nun die Pilotphase und damit die Finanzierung durch die UN zu Ende. Die Regierung überlegt augenblicklich, ob und wie das Projekt fortgeführt werden soll. Dabei stellt sich die Frage, was das Pilotprojekt letztendlich gebracht hat. – Feststellen lässt sich vorerst, dass viele einheimische Kräfte in den drei Jahren im Projekt einen Arbeitgeber gefunden haben. Arbeitslose Jugendliche konnten etwas lernen und dabei auch Geld verdienen. Die Dörfer erhielten kostenlosen Dongaverbau und Bäume, die sie später für Brennholz nutzen können. Wie nachhaltig der Dongaverbau und die Renaturierung der bereitgestellten Gebiete tatsächlich ist, bleibt abzuwarten. Zu beobachten ist vorerst nur, dass sich die ersten Gärten wieder in Grasland verwandelt haben und einige Mauern in den Erosionsgräben erneut vom Wasser umflossen werden.

Petra Brandes ist Forstassessorin und seit 1998 Entwicklungshelferin des DED in Lesotho.

# Simbabwe Zwischen Kochkiste und Organisationsförderung

Christian Conradi

Wie verbreitet man die Idee einer energiesparenden Kochkiste in der Bevölkerung, und welches Wissen brauchen einheimische Partner in Simbabwe, um eine funktionierende Umweltorganisation aufzubauen? Diese und andere Fragen beschäftigen die zehn Entwicklungshelferinnen und Entwicklungshelfer, die im Umwelt- und Aktionsprogramm des DED in Simbabwe arbeiten. In seinem Beitrag stellt der Autor Schwerpunkte des Programms vor.

„Das gibt es doch gar nicht! Wie kann man denn morgens um 6.00 Uhr einen Topf mit heißem Maisbrei haben, ohne ein Feuer angemacht zu haben?“, ruft Tambudzai Mushonga erstaunt. Zusammen mit ihrer Mutter und der jüngeren Schwester Maruwa steht die zwölfjährige Tambudzai jeden Morgen um 5.00 Uhr auf und kümmert sich um das Frühstück der fünfköpfigen Familie. „Wenn die Idee der Kochkiste zu Hause wirklich funktioniert, dann können wir ja jeden Morgen eine ganze Stunde länger unter der Decke liegen bleiben!“, lacht ihre Freundin Shingirai.

Die Mädchen freuen sich, dass sie nicht mehr mühsam in der klammen Kochhütte ein Feuer mit nassem Feuerholz entfachen müssen. Außerdem sparen sie mit der Kochkiste bis zu 30 Prozent Feuerholz je Familie. So wird auch der mittlerweile sehr kärglich gewordene Baumbestand rund um die Hütten der Familien ein klein wenig mehr geschont. Gemeinsam mit 15 anderen Jugendlichen, nehmen die beiden Mädchen an einem dreitägigen Buschcamp einer simbabwischen Umweltorganisation teil. Hier lernen sie, mit einfachen Mitteln umweltschonend zu wirtschaften und sich ihre morgendliche Routine ein bisschen angenehmer zu gestalten.

Die Kochkiste ist nur eine von vielen Ideen, die Umweltorganisationen in Simbabwe nutzen, um das Umweltbewusstsein und die Handlungsfähigkeit bei der Bevölkerung in ländlichen Gebieten und in den *Townships* große-

rer Städte zu stärken. Der DED unterstützt diese Bemühungen seit 1991 durch Entsendung von Entwicklungshelferinnen und Entwicklungshelfern. Ein Kommunikations- und Aktionsprogramm für den Umweltbereich wurde entwickelt, das durch eine schonende Nutzung natürlicher Ressourcen dazu beitragen will, die Lebensbedingungen benachteiligter Bevölkerungsgruppen zu verbessern.

## Wie Naturprodukte zu barer Münze werden

Ein Schwerpunkt dieses DED-Programms sind Projekte, die zur Einkommensverbesserung beitragen, gleichzeitig aber die langfristige Nutzung der natürlichen Ressourcen Boden, Vegetation, Wasser und Luft gewährleisten. Tonderai Mashava und seine Kameraden aus der 5. Klasse der Schule im *Township* der Stadt Kariba haben solch ein Projekt auf die Beine gestellt. Als sie die Schule vor einem Jahr verließen, gründeten sie einen Club und wurden Mitglied im lokalen Umweltprogramm der *Wildlife Society of Zimbabwe*. Hier lernten sie, einheimische Bäume und Sträucher besser zu nutzen. Schon immer hatten sie das süßsaure Pulver der Baobab-Früchte mit Wasser zu einer erfrischenden Limonade verrührt. Jetzt begannen sie, die Samen in selbst gemachte Tütchen zu verpacken, sie mit Pflanzanweisungen und überlieferten Bräuchen zu beschriften und am

Foto: Christian Conradi



Straßenrand an Touristen zu verkaufen. Durch Besuche anderer Umweltprojekte gelang es ihnen, eine ganze Reihe von traditionellen und neuen Ideen zur Nutzung des Affenbrotbaumes zusammenzutragen. Sie lernten, die Fruchtschale zu Trinkbehältern, Schalen, Salzstreuern oder Aschenbechern zu verarbeiten, die Rinde zu Fußabstreifern und Teppichen zu knüpfen, trockene Äste und Wurzeln in Lampenhalter zu verwandeln. Heute betreiben die ehemals arbeitslosen Schulabgänger einen kleinen Souvenirladen mit mehr als 30 verschiedenen Produkten aus Naturmaterialien und verwertbarem Abfall. Auch Kenntnisse zur schonenden Feuerholzernte von Bäumen und Sträuchern oder zur Anlage kleiner Baumschulen werden den Jugendlichen vermittelt.

Die Umweltprogramme haben sicher nicht das Potential, landesweit die Einkommensmöglichkeiten für arbeitslose Schulabgänger zu verbessern. Die wenigen erfolgreichen Jugendlichen können aber ein positives Beispiel setzen. Einerseits verdienen

Energiesparendes Kochen in der Kochkiste

sie als Kleinstunternehmer Geld, andererseits sorgen sie dafür, dass durch Abholzung bedrohte Bäume und Sträucher produktiv genutzt werden und erhalten bleiben. Tonderai und seine Freunde gehen sogar noch ein Stückchen weiter und behaupten stolz: „Wir sind die Bewacher und Beschützer unserer Bäume!“

Einige der Umweltprogramme unserer Partner konzentrieren sich auch

## Ehrenamtliches Umweltengagement hat Grenzen

„Es macht Spaß, zu sehen, wie unser Umweltprogramm langsam Erfolg hat“, meint der Vorsitzende eines Naturschutzvereins mit 50 Mitgliedern im Süden von Simbabwe. „Doch jetzt brauchen wir Ideen, wie wir professionelle Strukturen innerhalb unserer Organisation entwickeln und unsere Programme langfristig absichern können.“ Hierbei unterstützend zu wirken, ist ein weiteres Ziel des DED-Umweltprogramms.

Wie generell in der Beratungsarbeit des DED für Nichtregierungsorganisationen (NRO), so spielt auch für die Umweltorganisationen die Vermittlung von Kontakten zu internationalen Gebern eine wichtige Rolle. Gemeinsam werden schlüssige Konzepte zur Antragstellung und Durchführung von Umweltprojekten entwickelt und betreut. Das ermöglicht den Partnern, finanzielle Unterstützung für größere Projekte mit einer Laufzeit von drei bis fünf Jahren zu erhalten. Die Mitarbeiter der Umweltorganisationen wissen oft nicht, wie sie an Gelder der zahlreichen Geber im Umweltsektor gelangen und dann auch noch den Nachweis über deren ordentliche Verwendung erbringen sollen. Der formellen wie auch informellen Ausbildung und Beratung der lokalen Mitarbeiter in Verwaltungsfragen und in der Umsetzung ihrer Vorhaben mit den Zielgruppen kommt daher eine besondere Bedeutung zu.

Oft ist es schwierig, die ehrenamtlichen Mitglieder von Umweltgruppen und -organisationen in Entscheidungen einzubeziehen, die das Management der Umweltprogramme betreffen. Einmal lud eine unserer Partnerorganisationen ihren gesamten ehrenamtlichen Vorstand ein, darunter hoch angesehene Personen aus der Politik und Geschäftswelt, um über die zukünftige Strategie der Organisation zu entscheiden. Von zehn Geladenen kamen jedoch nur drei, die wenig Interesse an der Diskussion hatten. Der Plan wurde einfach abgeknickt, obwohl sich die hauptberuflichen Mitarbeiter mehr Führungskompetenz von ihren Aufsichtsgremien gewünscht hatten.

Eine andere Umweltorganisation bemüht sich, die gewählten Vertreter der Mitglieder sehr umfangreich zu informieren und sie in Entscheidungen einzubeziehen in der Hoffnung,

dass diese dann auch Verantwortung für die Vorhaben der Organisation übernehmen. Da dies nicht geschieht, ist die Organisation zwischen den Dreimonatstreffen wie gelähmt; wichtige Entscheidungen werden nicht getroffen und manche Mitarbeiter verlassen frustriert die Organisation.

Wenn wir unsere Arbeit ein wenig selbstkritisch beleuchten, so fällt auf, dass wir uns nur allzu leicht Projekte aneignen und übers Ziel hinaus schießen. Vielfach lassen uns die simbabwischen Partner einfach loslegen, denn wir sind die „Profis“ und man nimmt an, dass wir sowieso vieles besser wissen. Aus den Erfahrungen unserer Mitarbeit haben wir im Umweltbereich die Konsequenz gezogen, sehr genau zu prüfen, welche Ziele die Kooperation mit dem DED hat und wie diese erreicht werden sollen. Dabei wird vor allem geklärt, was genau ein Entwicklungshelfer machen oder nicht machen soll, wann und wie einheimische Fachkräfte die Arbeit von Entwicklungshelfern übernehmen oder wann und wie die DED-Kooperation auslaufen soll.

Ein positives Beispiel eigenverantwortlicher Projektführung erlebten wir in der neuen Zweigstelle unseres Partners Environment 2000: Der Manager dieser Zweigstelle fing schon vor der Einreise des Entwicklungshelfers mit seiner Arbeit an. Zwei Monate später traf der Entwicklungshelfer als Berater und Unterstützer ein. Da waren die grundlegenden Strukturen bereits gelegt und der lokale Kollege hatte die Verantwortung für das Projekt übernommen. Der Ausklang der DED-Mitarbeit zu einem späteren Zeitpunkt wird unter diesen Umständen sehr erleichtert.

Die Einführung von PME-Elementen (Planung, Monitoring und Evaluierung) sowohl auf Programm- als auch auf Arbeitsplatzebene hilft den Entwicklungshelfern und den Partnern, der Zusammenarbeit einen klaren Rahmen zu geben. In der Mitte und zu Ende eines Kalenderjahres prüfen und bewerten Entwicklungshelfer, ihre Partnerorganisationen und der DED den Stand der Zusammenarbeit. Auf diese Art wird für Transparenz und Zuverlässigkeit gesorgt, ohne dass dabei die wichtige Flexibilität vernachlässigt wird.

*Christian Conradi arbeitet seit 1995 als Entwicklungshelfer und seit 1997 als Koordinator im Umweltprogramm des DED in Simbabwe.*



Foto: Christian Conradi

**Recyclingprodukte aus Kariba: Mützen aus Getränkedosen und Perlhühner aus Kiefernzapfen, Fensterkitt, Draht und etwas Farbe**

auf das Abfallprogramm mit den drei R's: *Reduce, Re-use, Recycle*. Für Materialien, die von der simbabwischen Industrie wiederverwertet werden, wie z. B. Kartonagen, Schreibpapier, Zeitungen, Plastik und Blech- bzw. Aludosen gibt es zwar wenig, dafür aber sofort bares Geld. Schnell haben die arbeitslosen Bewohner der *Townships* festgestellt, dass da Geld buchstäblich auf dem Boden herumliegt. Nun wird landesweit in kleineren Städten ein Netz von „Abfallsammelern“ aufgebaut, die im großen Stil eigenverantwortlich tätig werden sollen. Das schafft Einkommen und säubert die Umwelt. Mittlerweile erweitern erfindungsreiche Tüftler fast täglich die Wiederverwertungsmöglichkeiten von Getränkedosen und Plastik. Im Angebot sind inzwischen Mützen, Aschenbecher, Kerzenständer, Bilderrahmen, Applikationen für T-Shirts und Hosen, Spielzeugautos und kleine Skulpturen.

# Bolivien Ein Recyclingbetrieb weckt Umweltbewusstsein

Elke Löbel

In den Städten Lateinamerikas wachsen die Müllberge, ohne dass Konzepte für ihre umweltverträgliche Behandlung bereitstehen. Häufig mangelt es einfach an Information und Aufklärung über Recycling und Müllvermeidung, wie beispielsweise in der bolivianischen Stadt Sta. Cruz. Die Autorin berichtet, wie über praxisbezogene Umweltarbeit und Kleingewerbeförderung das Interesse an Müllrecycling geweckt wird.

Wie macht man Umwelterziehung in einer Stadt, die boomt und der Motor für die Wirtschaft des Landes ist? Die Umweltproblematik in Sta. Cruz de la Sierra in Bolivien ist vergleichbar mit der anderer großer Städte in Lateinamerika. Mit der Einschränkung, dass Sta. Cruz mit etwa einer Million Einwohnern eine eher kleine Metropole ist. Mit Zuwachsraten von bis zu 17 Prozent jährlich in den Stadtrandgebieten ist die Stadt ein Magnet für Migranten aus ganz Bolivien. Ein Umweltkonzept ist notwendig, das auch Müllrecycling und -Wiederverwertung umfasst. In Kombination mit der ausgezeichneten Umweltgesetzgebung, die in Bolivien seit einigen Jahren existiert aber nicht angewendet wird, könnte es die Stadt vor dem Schicksal anderer Metropolen Lateinamerikas bewahren. Doch gibt es hier Interessenkonflikte, denn Bolivien steht weit oben auf der Liste der korruptesten Länder. Und wen kümmert schon die Umwelt, wenn wirtschaftliche Einnahmen winken und Umweltschutzaufgaben mit Geldzahlungen umgangen werden können? So können Industriebetriebe wie Gerbereien, Zuckerrefinerien oder Sojaölproduzenten ihre Abwässer ungehindert in die Flüsse entsorgen.

Mit dem Müll wird ähnlich verfahren: Er wird einfach vergraben, in der Hoffnung, dass damit das Problem erledigt ist. Die einzige Müllkippe der Stadt verfügt erst seit etwa fünf Jahren über Deponien, die zum Grundwasser hin abgedichtet sind. Allerdings hat man seinerzeit versäumt,

eine Entgasungsvorrichtung einzubauen. Das bedeutet, dass die entstehenden Gase nicht abgepackelt werden. Eine Sondermülltrennung gibt es ohnehin nicht, so dass sich Altöl, Chemiereste, verbrauchte Batterien neben organischem und anorganischem Hausmüll finden und die Mülldeponie zu einer Zeitbombe machen.

Von Journalisten auf diese Missstände hingewiesen, erklärte die zuständige Umweltabteilung der Stadtverwaltung, man habe einen Untervertrag mit einem privaten Müllentsorger und somit die technische Seite im Griff. Die Müllabfuhr funktioniert aber nur innerhalb des asphaltierten Teils der Stadt. Die gesamten Außenbezirke, in denen der größte Teil der Bevölkerung lebt, verfügen über keinerlei Entsorgung. Der Müll, ob Pappe, alte Autoreifen oder Farb- und Lösungsmittel, wird direkt in den Stadtvierteln verbrannt oder vergraben.

Immer wenn wir – das Umweltteam der DED-Partnerorganisation *Casa de la Mujer* – die Stadtrandviertel besuchten, konnten wir das Abfakeln dieser Müllcocktails hautnah miterleben. Die Anwohner räumten auf Nachfrage Gesundheitsprobleme ein. Natürlich hätten die Kinder Husten. Aber das wäre halt die Grippe, die habe hier jeder. Und natürlich hätten sie Durchfall, das käme von den Fliegen. Ein Zusammenhang zwischen dem Unrat und den Erkrankungen wurde nicht hergestellt.

Umwelterziehung tut Not, so dachten wir. Doch wo fängt man damit an? Zwar beschwerte sich bald jeder im



Foto: Markus Sterr

Stadtviertel über die mangelhafte Müllentsorgung. Aber selbst etwas tun, beispielsweise Müll vermeiden oder separieren, das war kein Thema. Wir hatten es mit Menschen zu tun, deren Alltag von der Suche nach Arbeit bestimmt ist. Die Sorge um das tägliche Überleben lässt ihnen wenig Platz für die Frage nach der Umweltverträglichkeit der gekauften Produkte.

So boten wir praxisorientierte Kurse zu Themen wie Kompostierung oder zum Umgang mit Giftmüll an. Das Interesse daran hielt jedoch nicht lange an. Offensichtlich entsprach

unsere Umwelterziehung nicht dem, was von der Bevölkerung als dringlich empfunden wurde. Umweltschutz musste hier an andere Themen geknüpft werden und sich, wie jedes gute Bildungsangebot, an den Bedürfnissen der Menschen orientieren. Vor allem musste deutlich werden, dass es lohnend sein kann, sich für eine gesunde Umwelt einzusetzen – sowohl in materieller Hinsicht als auch im Hinblick auf die Verbesserung der Lebensqualität. Im Dezember 1997



Fotos: Elke Löbel

Das Recyclingpapier wurde mit Naturfarben eingefärbt.



Das Vorprodukt ist ein Brei aus Altpapier.

## Erfolgreiches Papierrecycling in der Frauenwerkstatt

gründete die *Casa de la Mujer* deshalb den ersten Recyclingbetrieb für handgeschöpftes Papier in Sta. Cruz. Erfahrungen mit solchen Projekten gab es schon in Lima und in São Paulo; davon konnten wir profitieren. Wir machten uns also fit: Wirtschaftlichkeitsstudien aus Peru und Brasilien gehörten fortan ebenso zu unserer Lektüre wie Bücher zur Herstellung von handgeschöpften Papierprodukten. Parallel dazu führten wir eine kleine Marktstudie durch, um den Geschmack potentieller Käufer und Käuferinnen, ihre Konsumgewohnheiten und die Nachfrage nach Recyclingpapier festzustellen. Unser Traum war es, die Erfahrungen aus diesem Pilotprojekt später auch für weitere Projekte zu nutzen.

Der schwierigste Schritt war es, die Frauen aus den Stadtvierteln für eine selbstständige Arbeit zu begeistern. Von anfänglich 20 Frauen waren nach gut fünf Monaten noch sieben übrig. Sie arbeiten mittlerweile in ihrem eigenen Kleinbetrieb namens *El Trébol* (Das Kleeblatt). Nachdem die Anlaufschwierigkeiten überwunden sind, produziert die kleine Frauenwerkstatt inzwischen 40 verschiedene Schmuckkarten aus Recyclingpapier und Naturmaterialien, wie z. B. Kokosfasern und getrockneten Bananenblättern, die mit Naturstoffen gefärbt werden.

Etwa 4.000 Geschenkkarten werden jährlich hergestellt und in Deutschland und den USA vertrieben. In Bolivien ist der Absatz noch nicht so gut, da man dort nicht bereit ist, für handgearbeitete Produkte auch entsprechende Preise zu zahlen. Presse und Fernsehen haben den Recyclingbetrieb und sein umweltpädagogisches Anliegen inzwischen auch über die Grenzen von Sta. Cruz hinaus bekannt gemacht. Die Familien im Stadtviertel, in dem die Frauen arbeiten, interessieren sich inzwischen für das Unternehmen und einige Familien sammeln sogar Papier für *El Trébol*. Eine vom Umweltteam der *Casa de la Mujer* erstellte Studie mit Adressen von den in der Stadt vorhandenen Recyclingbetrieben und mit Informationen zur Problematik der einzelnen Müllkomponenten wurde im Januar 1999 fertiggestellt. Ein weiteres Unternehmen für die Herstellung von Knöpfen aus Horn und Knochen sowie ein handwerklicher Glasrecyclingbetrieb sind geplant.

## Der Recyclingbetrieb weckt öffentliches Interesse

Ob es in Sta. Cruz eine Wende bei der Müllbehandlung und Entsorgung geben wird, ist schwer zu sagen. Kurzfristig ist sicherlich keine Verbesserung in Sicht. Aber es gibt bereits verschiedene Akteure, die sich für Veränderungen einsetzen. Dazu zählen nicht-staatliche Umweltorgani-

sationen, die Bürgervereinigungen in den Stadtvierteln, eine Handvoll sensibilisierter Politiker und einige Geschäftsleute, die Informationen zur Wirtschaftlichkeit von Recycling einholen. Hier müssen Umweltbildungskonzepte und praxisbezogene Umweltschutzmaßnahmen ansetzen. Der Recyclingbetrieb *El Trébol* weckte immer dann großes Interesse, wenn Exportmöglichkeiten und die Erwirtschaftung von Einkommen trotz oder gerade wegen der umweltverträglichen Produktion thematisiert wurden.

Dass Informationen und Aufklärung zum Thema Müll in der Stadt tatsächlich auf allen Ebenen fehlen, wurde deutlich, als nach der Veröffentlichung der Studie über Recycling in der *Casa de la Mujer* die Telefone nicht mehr stillstanden. Selbst die für die Abfallentsorgung zuständige Behörde EMDELU, welche die Müllpolitik von Sta. Cruz bestimmt, informierte sich bei uns über die Wirtschaftlichkeit und Umweltverträglichkeit von Glasrecycling.

Noch ist es ein Zukunftstraum, dass Sta. Cruz von den Erfahrungen in Mexico, São Paulo und Lima lernt und vor dem neuen Jahrtausend ein angepasstes Müllkonzept entwickelt. Aber Träume können manchmal wahr werden, und die Fähigkeit zu träumen kann große Kräfte freisetzen, wie uns das Beispiel der Frauen aus der Papierwerkstatt „El Trébol“ zeigt.

Dr. Elke Löbel ist Wirtschaftsgeographin und war von 1996 bis 1999 Entwicklungshelferin des DED in Bolivien.

# Ecuador Abfallwirtschaft mit Hindernissen

Markus Sterr

Die ersten Jahre seiner Mitarbeit im Bereich Umweltsanierung und Abfallwirtschaft sind für den DED in Ecuador von Rückschlägen gekennzeichnet. Interessenkonflikte, überhöhte Ansprüche, mangelndes Geld und Kompetenzstreitigkeiten brachten die Projektarbeit immer wieder ins Stocken. Für die Zukunft ist ein klareres Konzept erforderlich.

Mai 1995, die Arbeitsplatzprüfung des Recyclingprojektes *Nueva Vida* in Quito ist abgeschlossen und für die Mitarbeit im ersten Umweltprojekt des Deutschen Entwicklungsdienstes in Ecuador wird nun das Multitalent gesucht: Eine Fachkraft mit unternehmerischer und sozialer Kompetenz, die nicht nur organisatorisch versiert, sondern auch technisch qualifiziert sein soll.

So schwer das Anforderungsprofil der Fachkraft zu definieren war, so vielschichtig war auch die im Prüfbericht beschriebene Problemstellung: „Eine Gruppe Menschen, in der Mehrzahl Analphabeten, vergessen von der Gesellschaft, sollen integriert werden in einen regelmäßigen produktiven Prozess, in dem sie Nutznießer eines lukrativen Geschäftes werden. Es sind Menschen, die heute noch von der Hand in den Mund leben, kein morgen, sondern nur ihren Müllplatz kennen. Es sind überwiegend Frauen, die von dem leben, was der Rest der Gesellschaft wegschmeißt.“ Einkommen soll also geschaffen werden für eine marginalisierte Bevölkerungsgruppe, die weder Zugang zu Bildung hat, noch über das nötige Kapital verfügt, um irgendeine Form von Unternehmen zu gründen. Der einzige Rohstoff, mit dem sie Kapital erwirtschaften können, ist wiederverwertbarer Müll, der auf die Straßen gestellt und von städtischen Reinigungsbetrieben gesammelt und zentral deponiert wird.

## Müllrecycling als Geldquelle für die Armen

Im Zuge des wachsenden Umweltbewusstseins ist Müllrecycling auch in Ecuadors Städten zum Thema geworden. Eine Vorstufe, nämlich die Abfalltrennung, Lagerung und der Verkauf des Wertmülls an Weiterverarbeiter bietet

der ärmsten Bevölkerungsschicht ein nicht geringes informell erwirtschaftetes Einkommen. Es bedarf keiner beruflichen Bildung, keiner betrieblichen Investition und keiner Produktionsmittel. Da die Nachfrage nach Altpapier, Altkarton, verschiedenen Plastisorten und Glas recht groß ist, ist auch eine existenzsichernde Gewinnspanne gewährleistet.

Derzeit durchsuchen alleine in der Hauptstadt Quito Nacht für Nacht über tausend Menschen den Hausmüll nach Wiederverwertbarem, bevor im Morgengrauen die Müllabfuhr naht. In der nördlichen Stadtdeponie Zambiza wird von weiteren 300 Personen das getrennt, was in der Nacht zuvor übersehen oder direkt bei Firmen und von Märkten abgeholt wurde. Diese informellen „Müllsammelner“ haben das denkbar schlechteste Ansehen in der Öffentlichkeit. Sie befinden sich am untersten Ende der sozialen Skala, behaftet mit den Attributen arm, schmutzig und ungebildet. Ihnen bleibt nichts anderes übrig, als sich zu organisieren, um

sich als Kooperative oder Verband besser gegen soziale Diskriminierung wehren zu können. Das Sammeln und Verkaufen von Wertmüll schafft eine kleine wirtschaftliche Grundlage und die Möglichkeit, als organisierte Gruppe von der Gesellschaft wahrgenommen zu werden.

Die Tatsache, dass dadurch die anfallende Müllmenge verringert, Ressourcen geschont und eine umweltbewusste Einstellung gefördert wird, ist in diesem Zusammenhang eher zweitrangig für den DED. Entsprechend ist in der Zusammenarbeit mit diesen Gruppen weniger die technische Beratung gefragt, vielmehr sollen Informationen und Erfahrungen zum Aufbau von Organisationsstrukturen vermittelt und gezeigt werden, wie mit Hilfe von Planungsmethoden



Foto: Markus Sterr

Recyclebarer Müll wird abgeladen

gemeinsame Ziele definiert und gangbare Wege gefunden werden können. Es gilt, bewusst zu machen, welche Vorteile eine organisierte Struktur bringen, um so Umdenkungsprozesse einzuleiten, die eine dauerhafte Projektarbeit ermöglichen. Kommunikations- und Informationsarbeit (Sozialpromotion) sowie Konflikt- und Projektmanagement sind die wichtigsten Komponenten dieser Art von Organisationsentwicklung.

## Schweinemast auf der Mülldeponie

Für den DED ist es bisweilen nicht möglich, die vielen verschiedenen Problemstellungen und Interessen, die an ihn im Bereich der umweltschützenden Maßnahmen herangetragen werden, unter einen Hut zu brin-



Foto: Markus Sterr

In der Küstenstadt Manta werden Schweine mit dem täglich angelieferten Abfall gemästet.

gen. Der Abfallwirtschaft in Quito mangelt es z. B. an Planung und Umsetzung einer kostengünstigen Müllabfuhr. Außerdem gilt es, einen offenen, unkontrolliert genutzten Müllplatz in eine unter umwelthygienischen Gesichtspunkten operierende Deponie zu verwandeln. Giftgase müssen gefiltert abgeführt und toxische Sickerwasser umweltschonend entsorgt werden.

Andererseits verlangt die in Ecuadors Städten rasant steigende Arbeitslosigkeit von den Kommunen, ihrer sozialen Verantwortung nachzukommen und auch in der Stadtreinigung systematisch Arbeitsplätze für die marginalisierten Bevölkerungsgruppen zu schaffen. Doch liegt hier ein Konfliktbereich: der Anspruch, Abfall effizient und umweltgerecht zu entsorgen, verträgt sich nicht damit, dass die Müllsammler den nach Wertstoffen durchwühlten Hausmüll verstreut auf den Straßen zurücklassen oder die Bemühungen städtischer Deponien blockieren, mit ihren Lager- und Sammelstellen umweltgerecht zu arbeiten.

Ein anderes Beispiel: Auf der Deponie der Küstenstadt Manta mästen 70 Familien ihre rund 1.000 Schweine mit dem täglich angelieferten Abfall. Die Zucht und der Verkauf dieses hochgradig kontaminierten Schweinefleisches sind ihre wichtigste Einkommensquelle. Sollte die Stadtverwaltung zum Wohle der öffentlichen Gesundheit versuchen, die Familien samt ihrer Schweine gewaltsam von

der Deponie zu vertreiben, würde dies zu einem Politikum mit sozialem Zündstoff.

Weitere Probleme im Bereich der Abfallwirtschaft ergeben sich für den DED durch den chronischen Finanzmangel der Stadtverwaltungen und ihrer verknöcherten Bürokratie. Auch Korruption und die Zweckentfremdung von Geldern behindern die Ar-

beit oder führen gar – wie im Falle der Stadt Coca im Tiefland Amazoniens – zur Einstellung der Zusammenarbeit mit dem DED. Hier konnten aus Geldmangel nicht einmal mehr die notwendigsten Arbeiten auf der Deponie durchgeführt werden.

## Kompetenzstreitigkeiten beeinflussen die Projektarbeit

Bereits die Prüfung des ersten Umweltprojektes *Nueva Vida* ließ die Problematik und Komplexität des zukünftigen Arbeitsfeldes Umweltsanierung und Abfallwirtschaft erahnen. Folgerichtig wurde die Mitarbeit des DED damals in vier Bereichen empfohlen: in der Organisationsberatung, in der betriebswirtschaftlichen Aus- und Fortbildung, in der technische Beratung und in der Investitionsförderung. Hinzugekommen ist inzwischen noch der Bereich Umwelterziehung. Darüber hinaus fallen Aufgaben aus der Gemeinwesenarbeit, dem Ressourcenschutz, der Kleingewerbeförderung, sowie der technischen Aus- und Fortbildung an. Das Schlagwort „Umwelt“ ist lediglich das gemeinsame Dach, unter dem sich dieses multidisziplinäre Arbeitsfeld zuordnet, wobei die verschiedenen Arbeitsbereiche häufig auch von verschiedenen Trägern betreut werden.

Konkurrenz- und Kompetenzstreitigkeiten unter den verschiedenen internationalen und nationalen Organisationen, die Umweltprojekte unterstützen, behinderten bisweilen die Projektarbeit. Anstatt projektspezifische Erfahrungen häufiger über Arbeitstreffen auszutauschen, gibt es Kompetenzgerangel. CARE, GTZ, USAID oder DED haben alle ähnliche Zielsetzungen; doch die Vorgehensweisen, wie sie ihre Projektziele erreichen wollen, sind oft uneinheitlich. Außerdem verhinderten unterschiedliche Projektlaufzeiten und die Wahrung organisationsinterner Erfolgsinteressen koordinierte Aktionen zur Verbesserung der Planung und Umsetzung der Projekte.

In der inzwischen vierjährigen Mitarbeit des DED in der Umweltsanierung und Abfallwirtschaft Ecuadors sind vorerst nur Teilerfolge zu verzeichnen. Noch sind die Erwartungen der an der Umsetzung der Projekte beteiligten Gruppen zu unterschiedlich. Einheitliche Konzepte fehlten bislang und die Projektplanung war unzureichend. Mangelnde Transparenz aufgrund eingeschränkter Kommunikation zwischen Zielgruppe, Projektträgern und Beratungsorganisationen führte zu Fehlentscheidungen, die wiederum einen Vertrauensverlust zur Folge hatten. Viele der genannten Faktoren, welche die Projektarbeit behindern, sind der fehlenden Erfahrung des DED und seiner Partnerorganisationen mit dem neuen Arbeitsfeld geschuldet. Umso stärker muss in Zukunft auf ein klares Konzept geachtet werden, das als Basis für eine gemeinsame Arbeit aller in diesem Bereich tätigen Akteure dienen kann.

Erfreulicherweise gewinnt das Thema Umwelt trotz all dieser Hindernisse auch in Ecuador zunehmend an Bedeutung. Umweltschonender Abfallwirtschaft wird vor allem im öffentlichen Sektor mehr und mehr Platz eingeräumt. Viele neue Projekte werden formuliert, zu deren Umsetzung der Deutsche Entwicklungsdienst wichtige und gewünschte Beratungsarbeit leisten kann, wenn das vorhandene Know-how und die gewonnenen Erfahrungen sinnvoll genutzt werden.

*Markus Sterr ist Schreiner und Betriebswirt und seit 1994 Entwicklungshelfer des DED in Ecuador. Seit 1998 ist er Koordinator für Kleingewerbeförderung und Management.*

Nepal

# Eine Abfalldeponie für Butwal

Sascha Müller

Interessenkonflikte und Kompetenzgerangel ließen in der nepalesischen Stadt Butwal ein wirksames Konzept zum Müllmanagement bislang immer wieder scheitern. Der Autor erwägt die Bedingungen für eine erfolgreiche Strategie zur Sammlung und Deponierung des städtischen Mülls.

Schon seit langem hegt die Stadtverwaltung der knapp 100.000 Einwohner zählenden Stadt Butwal im Tiefland Nepals die Vision einer „sauberen, grünen, gesunden und schönen“ Stadt. Dazu – so erkannte man frühzeitig – bedarf es einer umfassenden Sammlung und Deponierung des Mülls. Bislang werden nur etwa zehn Prozent der rund 30 Tonnen Abfall, die Butwal pro Tag produziert, von der Stadtverwaltung abgeholt und deponiert. Den größten Teil des anfallenden Mülls verbrennen die Bewohner entweder auf dem eigenen Grundstück oder deponieren ihn einfach auf der Straße oder auf irgendeiner anderen freien Fläche in der Stadt. Der restliche Müll wird unkontrolliert in der Nähe des Flusses und im Wald abgelagert. Beim alljährlichen Hochwasser während der Monsunzeit wird dieser Unrat in den Fluss geschwemmt und vergiftet das Wasser.

Ein bereits Anfang der 90er Jahre geplantes Sammelkonzept mit Groß-

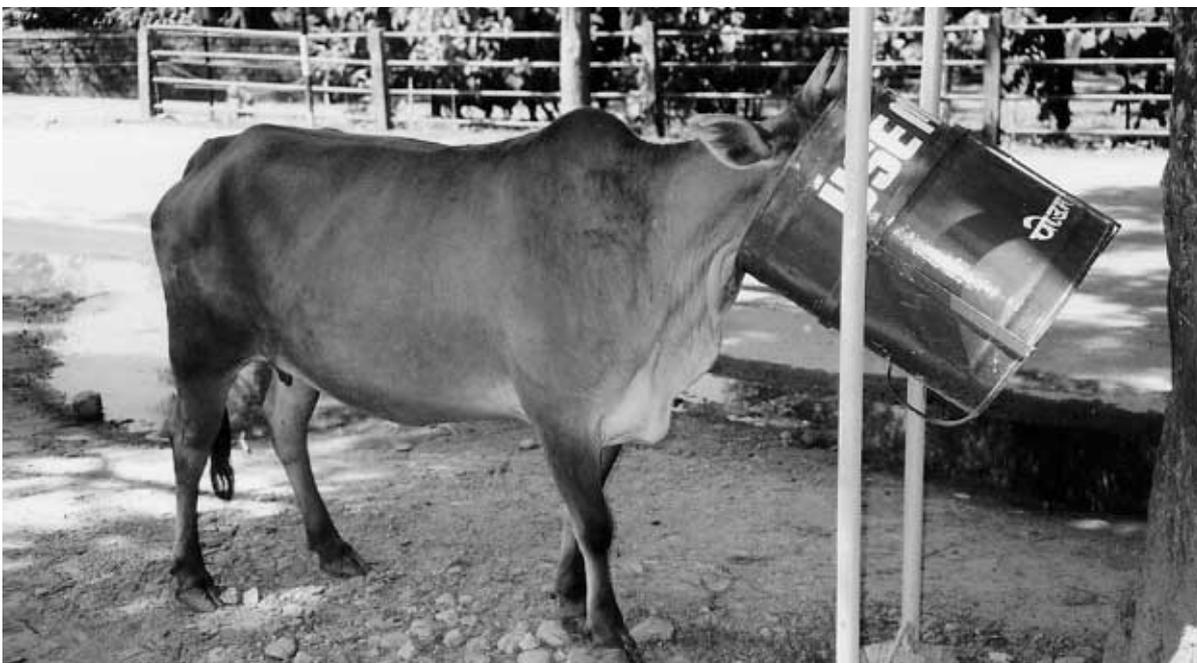
containern scheiterte, weitere konzeptionelle Ansätze zu einem Müllmanagement verliefen im Sande. Das erste und einzige umfassende Konzept wurde von der Deutschen Gesellschaft für Technische Zusammenarbeit (GTZ) 1993 erarbeitet, blieb aber sehr allgemein und wurde nicht einmal in Ansätzen umgesetzt. Auch in den nachfolgenden Planungsdokumenten der Stadtverwaltung nahmen Müllprobleme stets einen breiten Raum ein; es wurden aber keine konkreten Schritte zu ihrer Lösung unternommen.

## Kopferbrechen über den Standort der Mülldeponie

Die Standortfrage für die geplante Mülldeponie erwies sich in der Vergangenheit als besonders problematisch. Mehrere angedachte Standorte wurden von den städtebaulichen Ent-

wicklungen überrollt. In einigen Fällen besiedelten landlose Menschen die vorgesehenen Flächen. Auf dem 1993 in einer Studie vorgesehenen Standort wurde bereits zwei Jahre später ein Krankenhaus gebaut. Weitere vermeintliche Alternativstandorte waren gar nicht verfügbar, da sie nicht der Gemeinde gehörten.

Im Frühjahr 1999 wurde Butwal in ein Programm aufgenommen, das für fünf mittelgroße nepalesische Städte Studien über geeignete Standorte für eine sichere Deponierung erstellen soll. Im Rahmen des GTZ-Programms „udle“ (*urban development through local efforts*) wurde vor einem halben Jahr eine Vorstudie für das potentielle Deponiegelände erarbeitet. Zudem wurde über eine Sortierung und Kompostierung des Mülls diskutiert. Für eine Kompostierung spricht, dass 80 Prozent des Hausmülls der Stadt organisch sind, und dass durch den Gemüsemarkt sehr viel biologischer Abfall anfällt.



Kühe fressen Abfall aus öffentlichen Müllkübeln.



Der Metallhaken wird zum Sammeln von Plastikabfällen benutzt.

Der vorgeschlagene Deponie-Standort wurde in der Vorstudie im Hinblick auf geologische Barrieren, Lage, Erreichbarkeit und Größe für geeignet gehalten. Ein weiterer Pluspunkt war, dass auch langfristig keine Konflikte zu erwarten waren, da keine Siedlungs- und Agrarflächen in der näheren Umgebung liegen. Im Spätsommer 1999 sollte der Deponie-Standort durch genauere Untersuchungen eines Geologenteams bestätigt werden.

Doch es sollte wieder einmal anders kommen: Eine Woche vor diesem Termin wurde vom Wohnungsbau-Ministerium entschieden, dass 50 Me-

ter vom potentiellen Deponie-Standort entfernt eine neue Wohnsiedlung für landlose Familien entstehen sollte. Diese Entscheidung war das Ergebnis eines rein politischen Kräfte-messens zwischen der von der linksgerichteten UML-Partei geführten Stadtverwaltung und den von der konservativen Congress-Partei dominierten nationalen Behörden. Ein Erdbeben während des letzten Monsuns hatte rund 200 Menschen obdachlos gemacht, und nun musste ein neues Siedlungsgebiet gefunden werden, das ausgerechnet neben dem geplanten Deponie-Standort liegen sollte. Aus der Not heraus schlug der Bürgermeister ein anderes Gebiet für die Deponie vor. Wieder reiste ein Geologenteam an, um die Eignung des neuen Standortes zu prüfen. Auch dem neuen Standort wurde eine sehr gute umweltgeologische Eignung bescheinigt, und der Stadtverwaltung von Butwal wurde die schriftliche Zusicherung abgerungen, dass der Standort während der Bearbeitung der Studie nicht wieder durch einen anderen ersetzt wird.

### Vorbereitende Maßnahmen für ein wirksames Müllmanagement

An diesem Beispiel wird deutlich, wie schwierig und auch kurzlebig Standortentscheidungen für derartige Projekte sein können. Dennoch oder gerade deshalb gilt es, vorbereitende

Maßnahmen im Müllmanagement zu treffen. Seit zwei Jahren versucht die GTZ in Butwal, die Öffentlichkeit für die Abfallprobleme und deren Auswirkungen zu sensibilisieren. In Trainingsprogrammen erhält die Bevölkerung Ratschläge zur Abfallvermeidung und Abfallreduzierung durch Wiedernutzung, Recycling und Kompostierung. So soll sie zum sorgsamem Umgang mit Abfall motiviert werden. Außerdem wurde ein Modellprojekt für zwei dezentrale Kompostierungsanlagen beschlossen ebenso wie die regelmäßige Information der Presse über Umweltfragen – ein guter Gedanke, bei immerhin fünf örtlichen Tageszeitungen.

Der DED, der kontinuierlich vor Ort arbeitet, kann bei einer möglichen Integration eines Abfallkonzeptes in bereits bestehende Konzepte, etwa zur Regionalplanung oder zum Tourismus, als Ansprechpartner fungieren; er kann die verschiedenen Beteiligten und deren Ziele und Interessen koordinieren. Außerdem kann er ergänzend zur GTZ Projektmaßnahmen, wie beispielsweise Ausbildungsprogramme, nachbetreuen.

Auch die Stadtverwaltung trifft vorbereitende Maßnahmen für ein wirksames Abfallmanagement: Sie versucht, private Investoren sowie Nichtregierungsorganisationen zu mobilisieren und sie für Projekte im Bereich der Müllsammlung und -entsorgung zu gewinnen. Die Verwaltung sollte mit ihren beschränkten Ressourcen zukünftig eher steuernd und unterstützend eingreifen, anstatt als allein verantwortliche Kraft zu agieren. In diesem Zusammenhang gewinnen nationale aber auch internationale Partnerschaften immer mehr an Gewicht. Durch sie erfahren

die nepalesischen Gemeinden, welche Probleme und Lösungsansätze es in anderen Gemeinden gibt, und ob Konzepte zum Müllmanagement aus anderen Ländern auf Butwal übertragbar sind. Auch die Kooperation mit benachbarten Kommunen ist wichtig, um gegebenenfalls gemeinsam Wertstoffe zu vermarkten oder auch Arbeitsgeräte gemeinsam nutzen zu können.

Erste Schritte zu einer wirksamen Umsetzung der Vision einer sauberen Stadt sind also gemacht. Doch selbst wenn Butwal eines Tages seine Mülldeponie erhält, werden noch viele Fragen zu klären sein: Wird man der Öffentlichkeit vermitteln können, dass es sich nicht um eine wilde Deponie handelt, sondern dass hier bestimmte Umweltstandards eingehalten werden müssen? Wird die Deponie auch tatsächlich gewartet werden, um diese Standards einzuhalten? Wie soll in Zukunft mit Problemmüll beispielsweise aus dem örtlichen Krankenhaus oder mit Schlachtabfällen umgegangen werden? Auch wirtschaftliche und umweltpolitische Rahmenbedingungen werden in Zukunft eine große Rolle spielen. Die Vermarktung von Wertstoffen läuft bei Plastik – anders als bei Papier und Glas – aufgrund einer nationalen Besteuerung noch sehr schleppend. Der Erfolg oder Misserfolg wird letztlich auch vom Umweltbewusstsein der Bevölkerung Butwals abhängen und somit davon, dass der Müll nicht irgendwo und irgendwie abgelagert wird, und dass die Menschen bereit sind, für ein Entsorgungskonzept zu bezahlen.

Sascha Müller ist Raum- und Umweltplaner und seit 1998 Entwicklungshelfer des DED in Nepal.



Abtransport von Altpapier zur Wiederverwertung

# Blickpunkt DED



Fotos: Albrecht Beck

## DED in Berlin

**Gesamtkonferenz.** Qualitäts- und Erfolgsmessung gewinnen angesichts der Legitimitätskrise der Entwicklungszusammenarbeit an Bedeutung. Dies spiegelte sich auch im Thema der DED-Gesamtkonferenz wieder, die vom 20. bis 24. September in der Geschäftsstelle des DED in Berlin tagte und sich mit der Frage nach „Qualität und Wirkung der Arbeit des DED unter besonderer Berücksichtigung der Genderpolitik“ beschäftigte. Teilnehmer des höchsten Partizipationspremiums des DED waren Delegierte der Entwicklungshelfer und hauptamtlichen Mitarbeiter aus den Gastländern und der Geschäftsstelle, Vertreter der Gesellschafter, des Verwaltungsrates und des Managements. In vier Arbeitsgruppen diskutierten sie die Qualitätssicherung in den Gastländern und in der Geschäftsstelle sowie die zukünftige Rolle von Inlands- und Gastlandsvorbereitung. Sie erarbeiteten Positionen zu diesen Fragen sowie zur Rolle der Mitwirkung und der Genderarbeit bzw. Frauenförderung für Qualität und Wirkung des DED.

Qualität im DED wird u. a. gemessen an Kriterien wie Basisnähe und Einwirkung auf strukturelle Veränderungen, am Grad der Partizipation der Partner und der Zielgruppen, an seinem Beitrag zur Demokratieförderung und zur Erreichung von Geschlechtergleichstellung sowie am *capacity-building* in den Gastländern. Es wurde deutlich, dass besonders in Kooperationsvorhaben nicht immer klar ist, wie diese Standards erreicht werden können. Hier gilt es, DED-eigene Monitoring und Evaluations-Systeme mit denen der Kooperationspartner in Einklang zu bringen.

Als Ergebnis der Gesamtkonferenz wurden 18 Beschlüsse formuliert, die bereits in der DED-Geschäftsstelle und in des Gastlandsbüros veröffentlicht

wurden. Das Thema der nächsten Gesamtkonferenz 2001 wird zeitnah vor Konferenzbeginn in Abstimmung zwischen Geschäftsleitung und Gesamtkonferenz-Ausschuss festgelegt.

**Zu Gast beim Bundespräsidenten.** Anlässlich der Gesamtkonferenz des DED empfing Bundespräsident Johannes Rau am 22. September Entwicklungshelferinnen und Entwicklungshelfer sowie Beauftragte des DED aus Asien, Afrika und Lateinamerika im Schloss Bellevue. Der Geschäftsführer des DED, Dr. Jürgen Wilhelm, überreichte bei dieser Gelegenheit ein Foto von der Gründung des Deutschen Entwicklungsdienstes 1963 in Bonn. Bereits die Vorgänger Raus, Richard von Weizsäcker und Roman Herzog, hatten die Bedeutung der Entwicklungszusammenarbeit durch ihren Besuch beim DED 1986 und 1997 unterstrichen.

Auch Bundespräsident Rau sieht die Notwendigkeit, die Anliegen der Entwicklungszusammenarbeit verstärkt in die Öffentlichkeit zu tragen und versprach, hierzu seinen Beitrag zu leisten. Es sei schwer verständlich, sagte Rau, dass der Begriff des Entwicklungshelfers in der deutschen Gesellschaft zwar positiv besetzt sei, dennoch aber ehemalige Entwicklungshelfer bei der Arbeitsuche mit einem schlechten Image zu kämpfen hätten. Gerade Auslandserfahrung und damit verbundene Sprachkenntnisse hätten in anderen Ländern, wie beispielsweise in den USA, einen viel höheren Stellenwert.

**Ausbau des Gesundheitsbereiches.** Krankheiten gehören zu den wichtigsten Ursachen von Armut, ihre Bekämpfung dient deshalb immer auch der Armutsbekämpfung. Aus dieser Erkenntnis heraus bemüht sich der DED, sein in den letzten Jahren stark zurückgegangenes Engagement im Gesundheitsbereich wieder auszu-

bauen – allerdings unter veränderten Vorzeichen. Ein Konzept, das Dr. Winfried Zacher, der Leiter des Fachreferats Gesundheit des DED bereits im September vorgelegt hatte und das sich nun in der Umsetzung befindet, umreißt mögliche Arbeitsschwerpunkte des zukünftigen Gesundheitsbereiches.

Neue Arbeitsfelder erschliessen sich z. B. bei der Bekämpfung der HIV/AIDS-Epidemie, die in vielen Gastländern des DED droht, die gelei-



Dr. Jürgen Wilhelm überreicht Johannes Rau ein Foto von der Gründung des DED.

stete Entwicklungsarbeit wieder zu nichte zu machen. Auch im Bereich der reproduktiven Gesundheit könnte der DED stärker mitarbeiten, etwa bei der Aufklärung von Jugendlichen und bei der Verfügbarmachung von Empfängnisverhütungsmitteln sowie bei der Bekämpfung von Geschlechtskrankheiten. Schließlich könnte der DED zukünftig auch einen Beitrag zur Rehabilitation und gesellschaftlichen (Re-)Integration von Behinderten leisten, indem er kompetente Therapeuten ausbildet.

Neben der Entsendung von Krankenschwestern, Ärzten, Hebammen und anderem medizinischen Fachpersonal würden dann auch verstärkt

Die Delegation der DED-Gesamtkonferenz zu Besuch beim Bundespräsidenten

Fachkräfte aus anderen Berufen in die Förderung der Gesundheit einbezogen. Warum sollte der DED in den o. g. Bereichen nicht mit Heimleitern und Ökotrophologen, mit Pädagogen und Betriebswirten, mit PR-Leuten und Rundfunktechnikern einen Beitrag zur Reduzierung sozialer Probleme und zur Verbesserung der Gesundheit leisten? Lange hat die Arbeit im Gesundheitsbereich fast ausschließlich im weißen Kittel stattgefunden. In Zukunft soll sie mit einem breiteren Spektrum von Berufsbildern auf mehr und unterschiedlichere Ziele hinarbeiten und damit wieder einen angemessenen Stellenwert im Gesamtspektrum der DED-Arbeit einnehmen.

**Öffentlichkeitsarbeit in der Hauptstadt.** Mit dem Zuzug von Bundestag, Ministerien und zahlreichen anderen Institutionen nach

Berlin-Brandenburg öffnete die Pforten ihres architektonisch beeindruckenden Ludwig-Erhard-Hauses für ein Diskussionsforum zwischen Bildungsexperten, Berufsschullehrern und Auszubildenden, die sich über aktuelle Ausbildungsmöglichkeiten in der Region austauschen wollten. Der DED nutzte die Gelegenheit, um den anwesenden Bildungsreferenten zahlreicher Berufsfachschulen und Institutionen der Privatwirtschaft sein entwicklungspolitisches Bildungsangebot vorzustellen.

## Veranstaltungen

**Symposium zur Biodiversität.** Am 25. Oktober ging in Bonn ein einwöchiges internationales Symposium zum Thema Biodiversität zu

lierung und Aufteilung der Gewinne, die sich aus der Nutzung natürlicher Ressourcen ergeben. Ökotourismus, Schutzgebiets- und Randzonenbewirtschaftung sowie Verfahren zur Umweltverträglichkeitsprüfung waren weitere Themen.

Am Nachmittag diskutierten Vertreter aus BMZ, GTZ und der Kreditanstalt für Wiederaufbau (KfW) am Runden Tisch die Frage „Biodiversität – normales Geschäft oder eine neue Dimension der Kooperation?“. Für den DED nahm Dr. Peter Schwiebert aus dem Fachreferat Land- und Forstwirtschaft/Ressourcenmanagement an der Diskussion teil. Er betonte, dass der DED sich bereits weit vor RIO 92 der nachhaltigen Nutzung natürlicher Ressourcen unter weitgehender Berücksichtigung lokalen traditionellen Wissens zugewandt hatte. Da in der Philosophie des DED der Mensch im Vordergrund der Bemühungen stehe, sei die Erhaltung der Biodiversität zwar eher ein Nebeneffekt, dennoch aber von hoher Tragweite. Die Bedeutung des Bereiches zeige sich auch darin, dass mittlerweile nahezu ein Viertel aller Entwicklungshelferinnen und Entwicklungshelfer dort tätig sind.

**Erfolgskontrolle in der deutschen EZ.** Die Erfolgskontrolle der deutschen Entwicklungszusammenarbeit (EZ) stand am 26. Oktober auf dem Prüfstand. An diesem Tag hatte das Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (BMZ) verschiedene EZ-Organisationen zu einem Workshop eingeladen, um die Ergebnisse eines Gutachtens über die Qualität der Erfolgskontrolle zu diskutieren. Für den DED nahmen die Leiterin der Programmabteilung, Lilli Löbsack und Herr Rössing vom Referat Gutachten und Evaluierung teil.

In dem Gutachten hatte das vom BMZ beauftragte Hamburger Institut für Wirtschaftsforschung den untersuchten EZ-Organisationen Defizite in der Erfolgskontrolle bescheinigt. Dazu gehören u. a. eine nicht auszuschließende Abhängigkeit und Parteilichkeit der beauftragten Gutachter bzw. die organisatorische Einbindung der Evaluierungseinheit in das operative Geschäft. Bemängelt wurde auch die fehlende Partizipation der lokalen Träger und Zielgruppen bei der Erfolgskontrolle sowie eine unzureichende Kontrolle der Nachhaltigkeit.

Mit dem anberaumten Workshop sollte nun ein ständiger Dialog eta-



Foto: Archiv

### Info-Stand des DED beim Kanzlerfest

Berlin häufen sich die Anlässe, in deren Rahmen der DED seine Arbeit in der Hauptstadt präsentieren kann. So gastierte der DED gemeinsam mit DSE und CDG mit einem Informationsstand auf dem Kanzlerfest Unter den Linden, mit dem sich am 12. September die Bundesregierung mit allen Ministerien den Berlinerinnen und Berlinern vorstellte. Die Veranstaltung war aus Sicht der beteiligten Organisationen ein Riesenerfolg. In Anwesenheit einer gutgelaunten Ministerin wurden zahllose Beratungsgespräche geführt und das mitgebrachte Informationsmaterial bis aufs letzte Blatt verteilt.

Knapp zwei Wochen später, am 24. September, war der DED bei der Industrie- und Handelskammer Berlin-Brandenburg eingeladen. Die IHK

Ende, das vom Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (BMZ) und der Deutschen Gesellschaft für Technische Zusammenarbeit (GTZ) gemeinsam veranstaltet wurde. Das Symposium diente dem Erfahrungsaustausch über die Vorhaben der Bundesregierung zur Umsetzung der internationalen Biodiversitätskonvention zum Erhalt der biologischen Vielfalt. Die Konvention wurde 1992 anlässlich der Konferenz für Umwelt und Entwicklung in Rio de Janeiro (RIO 92) erstellt und bislang von 172 Staaten unterzeichnet.

Zentrale Themen des Symposiums, mit denen sich die über 100 Teilnehmer aus aller Welt in Arbeitsgruppen beschäftigten, waren u. a. der Interessenausgleich sowie die Zugangsregu-

bliert werden, um das Lernpotential der eingeladenen Organisationen im Sinne des „horizontalen Lernens“ optimal zu nutzen. In dem Workshop wurden sowohl Erfahrungen mit Methoden der Ex-post-Evaluierung als auch prozessorientierte Evaluierungsmethoden behandelt. Die – auch für die Arbeit des DED – besonders interessante Frage nach spezifischen Methoden zur Evaluierung von Prozessen konnte jedoch nicht befriedigend beantwortet werden. Es wurde vereinbart, den nächsten Workshop Mitte 2000 durchzuführen. Vorab sollen jedoch die Organisationen die sie interessierenden Themen benennen. Offen blieb, wer die nächste Veranstaltung des „horizontalen Lernens“ organisieren wird.

**UNIFEM-Preis.** Am 30. November 1999 wurde im Bonner Zentrum für Entwicklungsforschung (ZEF) der Deutsche UNIFEM-Preis für nachhaltige Selbsthilfeprojekte von Frauen verliehen. Trotz der Anwesenheit der Oberbürgermeisterin Bärbel Dieckmann und einer prägnanten Rede von Bundesentwicklungsministerin Heidemarie Wierczorek-Zeul zu *Empowerment of Women*: Stars des Abends waren drei Frauen aus „dem Süden“, darunter die beiden Sambierinnen Tangu Nyirenda und Eleni Banda. Sie nahmen für die *Eastern Province Women Development Association* (EPWDA) aus Sambia, einer Partnerorganisation des DED, den ersten Preis in Empfang.

Eleni Banda schilderte in der einfachen aber klaren Sprache einer „Frau aus dem Dorf“, wie es die traditionell in der Öffentlichkeit zum Schweigen verurteilten Frauen in den letzten acht Jahren schafften, über die Gründung von *Women's Clubs* auf Dorfebene zu einem schlagkräftigen Netzwerk zuerst auf Distrikt- und dann auf Provinzebene heranzuwachsen.

„Wir haben uns zunächst durch Stricken und später durch andere handwerkliche und landwirtschaftliche Aktivitäten eine solide finanzielle Basis verschafft. Deshalb können wir unsere politischen Ziele furchtlos vertreten.“ Bei den sambischen Parlamentswahlen im Jahr 2001 wird Eleni Banda kandidieren – mit Aussicht auf eine Mehrheit, wie Reinhard Fichtl, der EO-Koordinator des DED in Sambia, und die Entwicklungshelferin Marlen Voges versicherten.

Während ihres Aufenthalts in Deutschland vermittelten die sambischen Frauen den Eindruck, dass sie ihr Schicksal (und das ihrer Kinder)



Foto: Reinhard Fichtl

Eleni Banda und Tangu Nyirenda von der Eastern Province Women Development Association aus Sambia

entschlossen in die eigenen Hände genommen haben, und dass *Empowerment* in diesem Fall keine zu initierende Tätigkeit für Ausländer wie die DED-Entwicklungshelfer sein kann, sondern „nur“ eine behutsame logistische und organisatorische Hilfestellung.

**Fachtagung zur Rolle der EZ in gewalttätigen Konflikten.** Vom 3. bis 5. Dezember veranstalteten die Heinrich Böll Stiftung, die TU Berlin und die *Society for International Development* eine Fachtagung zur „Rolle der Entwicklungszusammenarbeit in gewalttätigen Konflikten“. In drei Arbeitsgruppen wurde den Fragen nachgegangen, ob die EZ in gewalttätigen Konflikten überhaupt intervenieren sollte, ob sie gewaltsame Konflikte vermeiden oder abschwächen kann oder gar selbst Konflikte schafft. Der Landesbeauftragte des DED im Sudan, Theo Riedke, und Matthias Mogge, Programm-Manager der

Welthungerhilfe (DWHH) in Bonn, stellten das Kooperationsprojekt „Ländliche Rehabilitation und zivile Konfliktbearbeitung in Kadugli/ Sudan“ vor.

Es wurde deutlich, dass bei der Planung und Durchführung von Projekten im Bereich der zivilen Konfliktbearbeitung ein hohes Maß an Flexibilität, Transparenz und Geduld notwendig ist und die Kooperation mit anderen Partnern gesucht werden sollte. Auch ist die Verknüpfung zwischen der Projektebene und der staatlichen Politikebene wichtig, wenn die Arbeit vor Ort langfristig Erfolg haben soll. Die Referenten berichteten zum Abschluss von den Risiken der personellen Zusammenarbeit in konfliktiven Regionen. Dazu gehört u. a. die Gefahr, dass Hilfsleistungen von den Konfliktparteien instrumentalisiert und erzielte Ergebnisse durch das Wiederaufflammen von Kriegshandlungen zunichte gemacht werden können.

**Dem Frieden verpflichtet.** Unter diesem Motto fand am 5. Dezember im Alten Rathaus in Bonn die zentrale Veranstaltung der Entwicklungsdienste zum internationalen Tag der Entwicklungshelfer und Entwicklungshelferinnen statt. Von den Vereinten Nationen 1985 ins Leben gerufen, werden an diesem Tag weltweit Beiträge freiwilligen Engagements zur sozialen und ökonomischen Entwicklung gewürdigt.

Ausgerichtet wurde die Veranstaltung in diesem Jahr von der Arbeitsgemeinschaft für Entwicklungshilfe (AGEH), die in diesen Tagen auch ihr 40-jähriges Bestehen feiern konnte. Im Mittelpunkt der Diskussionen stand der Zivile Friedensdienst (ZFD), ein neues Instrument zur Krisenprävention und Konfliktbearbeitung, das von den Entwicklungs- und Friedensdiensten und vom Bundesministerium für wirtschaftliche Zusam-

menarbeit und Entwicklung (BMZ) in diesem Jahr ins Leben gerufen wurde.

Der Geschäftsführer des Deutschen Entwicklungsdienstes, Dr. Jürgen Wilhelm betonte die Notwendigkeit, Partner aus gesellschaftlich relevanten Bereichen zu fördern, die in der Lage seien, Strukturen und Lernverhalten zu entwickeln, mit denen Konflikte gewaltfrei gelöst werden können. Diese Aufgabe sei so groß, dass man gerade in diesem Bereich international zusammenarbeiten sollte, insbesondere mit den UN-Organisationen. Der Geschäftsführer der AGEH, Manfred Sollich, wies auf die unterschiedlichen Rollen und Möglichkeiten der am Zivilen Friedensdienst beteiligten Organisationen hin, die jeweils unterschiedliche Partner und Konfliktparteien erreichen können. Wichtig sei aber auch, dass hier in Deutschland die verschiedenen Träger ihre eigenständigen Potentiale klar

herausstellen. Fachkräfte des Zivilen Friedensdienstes, Vertreterinnen und Vertreter von Initiativgruppen und Organisationen der Entwicklungszusammenarbeit sowie Rückkehrerinnen und Rückkehrer informierten in Talkrunden und an den aufgebauten Info-Ständen über ihre Erfahrungen in der Entwicklungszusammenarbeit und fanden damit große Resonanz beim interessierten Publikum.

## Gremien

**Kooperationsausschuss.** Unter großer Beteiligung des Managements von DED und Deutscher Welthungerhilfe (DWHH) sowie Mitarbeitern der Programmabteilung des DED fand am 24. November 1999 in Berlin die erste Kooperationsausschuss-Sitzung nach der Unterzeichnung der neuen Rahmenvereinbarung im Februar 1999 in Benin/Westafrika statt. Wichtige Punkte auf der Tagesordnung waren der neue konzeptionelle Ansatz für die Vergabe von Kleinprojektfonds, die Landes- und Fachkonzepte der Deutschen Welthungerhilfe und der Zivile Friedensdienst.

In der Sitzung wurden die zahlreichen positiven Aspekte der Zusammenarbeit zwischen DED und DWHH hervorgehoben: So unterstützt die Welthungerhilfe den DED beim Aufbau seiner Mitarbeit in Haiti und Kuba. Betont wurden insbesondere auch die guten Erfahrungen im Gemeinschaftsprojekt von UNDP, Deutscher Welthungerhilfe und DED im Sudan, das dem Zivilen Friedensdienst zuzurechnen ist. Besonderes Interesse bekundete die DWHH an einer Informationsveranstaltung zum Thema Ziviler Friedensdienst, die zu einem noch festzulegenden Zeitpunkt stattfinden soll. Für Juni 2000 ist auf Anregung der DWHH eine gemeinsame Fachkonferenz mit BMZ, GTZ und DSE zum Thema „Ressourcenschutz im Sahel“ als Teil des Rio-Folgeprozesses geplant.

## DED im Ausland

**Bundesverdienstkreuz.** Für die Verdienste, die sich der Landesbeauftragte des DED für Lesotho und Südafrika, Paul Bendix, um die Evaluierung der Entwicklungshelfer und Experten verschiedener Länder aus

Der Landesbeauftragte des DED für Südafrika und Lesotho, Paul Bendix, bekommt das Bundesverdienstkreuz vom deutschen Botschafter in Pretoria, Harald Ganns.



Foto: privat

der Krisensituation in Lesotho erworben hat, wurde ihm am 14. Juli 1999 das Bundesverdienstkreuz verliehen. In seiner bewegenden Ansprache würdigte der deutsche Botschafter in Pretoria, Harald Ganns, das Verhalten des Beauftragten während der Kampfhandlungen nach der SADC-Intervention durch südafrikanische und botschwanische Truppen in Lesotho im September 1998. Die Ehrung fand in Pretoria in Anwesenheit des DED-Geschäftsführers, Dr. Jürgen Wilhelm, sowie der Leiterin der Programmabteilung, Lilli Löbsack statt.

**Mitarbeit des DED in Kuba und Haiti:** Im Jahr 2000 will der DED seine Arbeit in Haiti bzw. Kuba aufnehmen – vorausgesetzt, die Rahmenabkommen können bis dahin unterzeichnet werden. In der Ende November abgeschlossenen gemeinsamen Projektprüfung der Deutschen Gesellschaft für Technische Zusammenarbeit (GTZ), des DED und der kubanischen Partner wurden zwei Möglichkeiten zur Mitarbeit der deutschen TZ in Kuba untersucht. Es handelt sich um ein Projekt der Regionalentwicklung im Osten der Insel sowie um die institutionelle Stärkung und Entwicklung der Ministerien, die am nationalen Programm zur Desertifikationsbekämpfung in den Trockengebieten Kubas beteiligt sind.

Auch in Haiti sind die ersten Arbeitsplatzprüfungen in enger Zusammenarbeit mit der Deutschen Welthungerhilfe (DWHH) bzw. mit der GTZ und den haitianischen Partnern abgeschlossen. Eine Mitarbeit mit zwei Entwicklungshelfern im Rahmen der ländlichen Entwicklung im Norden des Landes erscheint ab Mitte 2000 möglich.

**20 Jahre DED Niger.** Mit einem „Tag der offenen Tür“ feierte der DED am 4. Dezember die 20 Jahre währende Kooperation mit dem westafrikanischen Staat Niger. Nach monatelanger Vorbereitung präsentierten sich rund 25 Partnerprojekte des DED und einheimische Organisationen im Nationalmuseum der Hauptstadt Niamey.

Im Rahmen eines offiziellen Festaktes eröffneten die Landesbeauftragten, Dr. Marlis Lindecke und Jochen Suchantke, die Veranstaltung. Eine Grußbotschaft des DED-Geschäftsführers, Dr. Jürgen Wilhelm, wurde von der Entwicklungshelferin Dr. Iris Schöninger verlesen, die den Tag der offenen Tür organisiert hatte. Gani



Die Rede der Kenianerin Waangari Mathai während der Antikorruptionskonferenz löste stürmischen Beifall aus.

Rabiou, der Koordinator des Zentrums für Lehrlingsausbildung nach dem dualen System (FASD) – eines der ältesten DED-Projekte vor Ort – zog anschließend im Namen aller nigrischen Partner eine kurze Bilanz der bilateralen Kooperation während der vergangenen zwei Jahrzehnte.

In der Öffentlichkeit stieß das breitgefächerte Programm auf große Resonanz. Das Spektrum der dargestellten Aktivitäten reichte von der Umwandlung schädlicher Wasserhyazinthen in küchentaugliches Biogas bis hin zum Verkauf von Möbeln durch behinderte Jugendliche. Dabei kam der kulturelle Aspekt ebenfalls nicht zu kurz: Mit einem in Haussa-Sprache aufgeführten Theaterstück zur Einschulung von Mädchen landete die von GTZ und DED geförderte Gruppe „Radio Club“ aus Zinder einen riesigen Publikumserfolg. Erst in den frühen Morgenstunden klang die Jubiläumsveranstaltung mit einem Abschlussfest aus.

## EZ-News:

**Internationale Antikorruptionskonferenz.** „Globale Integrität“ und die Entwicklung von Antikorruptionsstrategien waren Thema der internationalen Antikorruptionskon-

ferenz, die vom 10. bis 15. Oktober im südafrikanischen Durban stattfand. Es war die erste Konferenz dieser Art in Afrika, an der 1.600 Delegierte aus 135 Ländern teil nahmen, darunter hervorragende Persönlichkeiten aus Politik und Wirtschaft sowie Vertreter der Zivilgesellschaft und von internationalen Organisationen.

In Plenardebatten und zahlreichen Arbeitsgruppen wurden Strategien zur Bekämpfung der Korruption auf allen Ebenen und in allen Lebens- und Wirtschaftsbereichen diskutiert. Grundlage der Diskussion war die anlässlich der vorhergehenden Anti-Korruptionskonferenz von Lima verfasste Deklaration. Sie stellte fest, dass Korruption die Menschheit bedroht, Armut vertieft, gewachsene Strukturen zerstört sowie die Legitimation von Regierungen untergräbt und die Menschenwürde verletzt.

In der abschließenden Erklärung der diesjährigen Konferenz in Durban verpflichteten sich die Delegierten zu effektiven Aktionen gegen Korruption. Dies umfasst u. a. die Verpflichtung, den politischen Willen zur Korruptionsbekämpfung in ihren Ländern zu wecken und zu stärken, praktikable Verfahrensweisen zur Vermeidung und Offenlegung von Korruption zu entwickeln sowie internationale und regionale Kooperationen zur Korruptionsbekämpfung zu

unterstützen. Des weiteren heißt es in der Erklärung, dass Transparenz in öffentlichen Vergabeverfahren herzustellen sei, ethische Grundsätze in der Wirtschaft und in der Zivilgesellschaft ausgebaut werden und der Einfluss des Geldes in der Politik, insbesondere bei Wahlen, zurückgedrängt werden müsse. Angeregt wird außerdem die Einrichtung von Antikorruptionsagenturen, die die Möglichkeit bieten sollen, Korruptionsfälle ohne Angst vor Repression anzuzeigen. Auch das Zivil- und Strafrecht zur Bekämpfung von Korruption soll reformiert werden sowie Zoll und Polizei in ihren Reformbestrebungen zur Korruptionsbekämpfung unterstützt und die Effektivität dieser Reformen auf ihre Wirksamkeit hin überprüft und beobachtet werden.

Der Leiter der Verwaltungsabteilung des DED, Eckhard Kendler, nahm an der Konferenz teil und zeigte sich beeindruckt von der Offenheit, mit der das Thema Korruption in all seinen Facetten und auf allen Ebenen diskutiert wurde. Bemerkenswert war in diesem Zusammenhang die Rede von Wangari Maathai vom *Greenbelt Movement* in Kenia,

rin der Programmabteilung, Lilli Löbsack, und Dr. Volker Kasch, Grundsatzreferent des DED im Stab der Geschäftsleitung, teil. Die Sitzung sollte darüber Klarheit schaffen, ob die deutsche Seite bei der Ende 1999 anstehenden Entscheidung über den Weltbank-Kredit für das Erdölvorhaben zustimmen soll oder nicht. Die Prüfung der Weltbank über eine Beteiligung an diesem Vorhaben ist noch nicht abgeschlossen.

Bedenken wurden bzgl. der Umweltverträglichkeit und des Managements der Einnahmen aus dem Erdölprojekt geäußert, die zu 80 Prozent für Entwicklungsmaßnahmen im Erdölfördergebiet verwendet werden sollen. Auch die Partizipationsmöglichkeiten der betroffenen Bevölkerung sowie die politischen Rahmenbedingungen und die Sicherheitslage im Tschad wurden kritisch beurteilt. Der DED wurde um Stellungnahme zu einem von der Weltbank vorgeschlagenen *Capacity Building*-Programm im Tschad gebeten. Dieses Programm soll den Ausbau tragfähiger staatlicher und nichtstaatlicher Strukturen unterstützen, welche die mit dem Weltbankkredit verbundenen Auflagen

tigen Erdölförderungsmaßnahmen des Zivilen Friedensdienstes durchzuführen, welche die Partizipation der betroffenen Bevölkerung sicherstellen sollen.

**Pressetermin mit Friedensfachkräften** „Ich freue mich, dass ich heute die ersten Friedensfachkräfte begrüßen kann, die wir demnächst mit dem Zivilen Friedensdienst (ZFD) in ihre Einsatzgebiete entsenden werden“. Mit diesen Worten hat am 22. November die Bundesministerin für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (BMZ), Heidemarie Wiecek-Zeul, in Berlin die ersten Friedensfachkräfte der Presse vorgestellt. Darunter befanden sich auch drei Fachkräfte des DED, die für Tätigkeiten in Guatemala, Peru und Simbabwe vorgesehen sind. Drei weitere Friedensfachkräfte werden von Dienste in Übersee (DÜ) an Partnerorganisationen in Palästina, Rumänien und ebenfalls Guatemala vermittelt und eine von der Arbeitsgemeinschaft für Entwicklungshilfe (AGEH) für einen Einsatz im Kosovo.

Das BMZ hat zunächst 18 Projekte für die Durchführung von ersten Maßnahmen des Zivilen Friedensdienstes durch die fünf anerkannten Träger des Entwicklungsdienstes: AGEH, DED, DÜ, EIRENE und den Weltfriedensdienst genehmigt. Weitere beantragte Projekte werden zur Zeit noch geprüft. Der DED hofft daher, dass er neben einem ebenfalls bewilligten Projekt im Sudan weitere Maßnahmen in Ruanda und im Tschad durchführen kann. Gleichzeitig planen alle beteiligten Organisationen weitere Maßnahmen des ZFD, um ihn systematisch aufzubauen. Die Identifizierung der Einsatzländer liegt in der Hand der antragstellenden Organisationen.

Grundlage des Zivilen Friedensdienstes ist ein vom BMZ erstelltes Rahmenkonzept. Der Deutsche Entwicklungsdienst hat vom BMZ zusätzlich eine Sekretariatsfunktion übertragen bekommen. Dies bedeutet, dass der DED die einzelnen Anträge der Entwicklungsdienste sowie der Friedensorganisationen in einen Gesamtantrag zusammenfasst und dann auch gegenüber dem BMZ für die Bewirtschaftung der Finanzmittel verantwortlich ist. Für das Jahr 1999 stehen für Maßnahmen des Zivilen Friedensdienstes 5 Mio. DM zu Verfügung und für das kommende Jahr 2000 ist es gelungen, den Finanzrahmen auf die Summe von 17 Mio. DM zu steigern.



Foto: Kühler

**Bundesentwicklungsministerin Heidemarie Wiecek-Zeul verabschiedet die ersten Friedensfachkräfte.**

die Ursprung und Entwicklung des Übels Korruption insbesondere in Afrika aufzeigte und nicht an Kritik über die Zustände im eigenen Land sparte.

#### **Erdölvorhaben Tschad/Kamerun.**

Am 3. November fand im Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (BMZ) eine Besprechung über das Erdölvorhaben Tschad/Kamerun statt. Von Seiten des DED nahmen die Leite-

nachhalten sollen. Die Stellungnahme wurde vom DED-Beauftragten im Tschad, Kornelius Burghardt, inzwischen erstellt und dem BMZ zugeleitet. Zwischenzeitlich sind allerdings zwei Investoren, die sich mit 60 Prozent an den Kosten beteiligen wollten, aus dem Betreiberkonsortium des Erdölvorhabens ausgestiegen; über neue Investoren wird noch verhandelt. Die Weltbank setzt jedoch ihre Projektprüfung wie geplant fort. Der DED beabsichtigt, im Gebiet der künf-



# Kambodscha Armut im Land der Roten Khmer

Johannes Mayr

**Zu Beginn des Jahres 2000 nimmt der Deutsche Entwicklungsdienst seine Arbeit in Kambodscha auf. Die Herausforderungen, denen sich der DED wie jede andere Organisation der Entwicklungszusammenarbeit in Kambodscha stellen muss, sind groß. Die Verwicklung in den Vietnamkrieg, die Terrorherrschaft Pol Pots und der Zusammenbruch des sozialistischen Wirtschaftsblocks, der die Region in den 80er Jahren wesentlich beeinflusst hat, haben das Land ökonomisch ruiniert und seine sozialen und politischen Strukturen völlig zerstört. Der Autor beschreibt die Schwierigkeit, angesichts einer Lage, in der es an allem mangelt, eine nachhaltige Entwicklungsstrategie zu entwickeln.**

Vom 9. bis 14. Jahrhundert war das Reich der Khmer mit der heiligen Hauptstadt Angkor Thom eine Supermacht in Südostasien, die von ihrem Zentrum im heutigen Kambodscha Teile von Vietnam, Laos und Thailand beherrschte. Heute sind davon nur noch die berühmten Tempel Angkors und einige Mythen und Legenden geblieben. Das Königreich Kambodscha zählt inzwischen zu den ärmsten Ländern der Erde.

Unter König Sihanouk galt Kambodscha noch bis Ende der 60er Jahre als ein relativ wohlhabendes Land, bis es in der ersten Hälfte der 70er Jahre in den Vietnam-Krieg hineingezogen wurde. Bis 1975 starben über 500.000 Menschen in den Kämpfen und im Bombenregen, der auf das Land nie-

derging. Noch größeres Leid erfuhr die Bevölkerung in den nächsten fünf Jahren, als Pol Pot die damals zwei Millionen Menschen zählende Hauptstadt Phnom Penh einnahm und alle Stadtbewohner zur Zwangsarbeit auf das Land trieb. Im Januar 1976 rief er das Demokratische Kampuchea aus. Heute wird angenommen, dass während seines Terrorregimes zwischen 1,5 und 2 Millionen Kambodschanerinnen und Kambodschaner durch Hunger, Krankheit, Folter und Mord umgekommen sind.

Die furchtbaren Geschehnisse dieser Zeit hatten dazu geführt, dass das intellektuelle Potential Kambodschas nahezu verschwunden war: Ärzte, Ingenieure, Juristen, Lehrer und andere Fachleute, von denen viele in Europa

studiert hatten, waren umgekommen; nur wenige konnten ins Ausland flüchten. Lehrten im Schuljahr 1971/72 noch 1.164 Lehrkräfte an den Hochschulen, so waren es 1983/84 nur noch 278; wurden im Jahr 1971 noch 438 Ärzte im Land gezählt, waren es 1979 nur noch dreißig. Auch die Lehrer sozialer, humanistischer und religiöser Werte waren den Roten Khmer zum Opfer gefallen. Die buddhistischen Mönche, die von den Menschen verehrt und in alle wichtigen Entscheidungen einbezogen worden waren, mussten fliehen oder waren ermordet worden. Viele Pagoden wurden in dieser Zeit zerstört.

Die folgenden zehn Jahre reihte sich Kambodscha als Volksrepublik Kampuchea gemeinsam mit Laos und Vietnam in die von der damaligen Sowjetunion wirtschaftlich und politisch dominierte Region ein. Nachdem 1989 die letzten vietnamesischen Truppen aus Kambodscha abgezogen waren, konnten 1993 mit Hilfe der Vereinten Nationen erstmals demokratische Wahlen im nun erneut umbenannten „Königreich von Kambodscha“ stattfinden. Aus ihnen ging eine äußerst zerbrechliche Regierung mit gleichzeitig zwei Ministerpräsidenten hervor. Die Planwirtschaft wurde offiziell auf eine freie Marktwirtschaft umgestellt. Vermehrt kamen nun ausländische Investoren ins Land, um die Infrastruktur, Agroindustrie (Mun- und Sojabohnen, Ölpalmen, aber auch Reis für den Ex-

port), Handel, Tourismus, Textil- und Holzindustrie aufzubauen. Gleichzeitig boten internationale Hilfs- und Geberorganisationen an, Kambodscha beim Auf- und Ausbau des Gesundheits- und Erziehungswesens, der Landwirtschaft und Infrastruktur sowie beim Neuaufbau der Zivilgesellschaft und der staatlichen Strukturen zu unterstützen.

Die vielfältigen Anstrengungen zur Bekämpfung der Armut in Kambodscha wurden mit dem Militärschlag des heutigen Ministerpräsidenten gegen den damaligen Premier Prinz Norodom Ranaridh im Juli 1997 abrupt unterbrochen. Investoren, Geber und viele Hilfsorganisationen setzten die Hilfe aus und zogen ihr Personal ab, bis es nach den Wahlen im Juli 1998 und der offiziellen Amtsübernahme durch den heutigen Ministerpräsidenten Hun Sen an den politischen Fronten wieder ruhiger wurde.

Im Zentrum von Kampong Thom, der Hauptstadt der gleichnamigen Provinz, wurde Anfang 1997 ein großes Marktgebäude eingeweiht, nachdem das alte einem Feuer zum Opfer gefallen war. An den 643 Ständen herrscht reges Treiben; nur knapp

60 sind nicht besetzt. Von Nahrungsmitteln, Obst und Gemüse über Kleidung und Haushaltswaren bis hin zu Schmuck und Buddha-Statuen aus Stein und Holz werden alle nur erdenklichen Produkte feilgeboten.

Die kleinen Geschäfte werden in erster Linie von Frauen betrieben. Sie und ihre Familien gehören sicherlich zu jenem Teil der Bevölkerung, der über der Armutsgrenze lebt. In Kambodscha leben etwa 39 Prozent der Bevölkerung unter der Armutsgrenze; auf dem Land sind es 43 Prozent.

Land für den Reisanbau ist knapp, nicht zuletzt, weil viele ländliche Gegenden noch immer mit Minen verseucht sind. Es gibt zahlreiche Haushalte auf dem Land, deren Bedarf die Ernte nur für weniger als 250 Tage im Jahr deckt. Deshalb

suchen viele Menschen nach einem Nebenerwerb im ländlichen Kambodscha, aber bezahlte Arbeit ist rar und wird meist auch nur tageweise angeboten. Typisch ist beispielsweise die Arbeit in Ziegeleien mit einem Monatslohn von 40.000 Riel, umgerechnet ca. 20 DM, oder Saisonarbeit auf Plantagen oder Baustellen. Um solche Jobs zu finden, senden Dorfbewohner in der Trockenzeit Gruppen von zwei

Personen aus, die in den Provinzhauptstädten oder in Phnom Penh Beschäftigung für eine Arbeitskolonne aus ihrem Heimatdorf ausfindig machen müssen. Wer über etwas Geld verfügt, züchtet zu Hause Gänse, Hühner, Schweine und Vieh, aber auch Frösche, Schlangen oder Krokodile, die von Mittelsleuten für den thailändischen Markt aufgekauft werden. Und wer auch in der Trockenzeit Zugang zu Wasser hat, baut Gemüse oder Wassermelonen für die Distrikt- oder Provinzmärkte an.

Familien, die einen Webstuhl besitzen, stellen die für Kambodscha so typischen rot und blau karierten Schals, die „Krama“ her – für die Landbewohner aus Baumwolle, für die Städter und die wenigen Touristen aus Seide. Auch Gebrauchsartikel wie Schilfmatten, Körbe aus Bambus oder Rattan und Steingut werden meist im Nebenerwerb hergestellt. Das lohnt sich aber in der Regel nur dort, wo regelmäßig Zwischenhändler hinkommen oder ein Markt in der Nähe ist. So wird Steingut aus der Provinz Kampong Chnang tagelang auf Ochsenwagen zum ca. 80 Kilometer entfernten Phnom Penh transportiert. Das Stroh, das die Ware vor Transportschäden schützt, dient dabei gleichzeitig als Futter für die Wasserbüffel, die die Karren ziehen.

### Bauern sind auf der Suche nach einem Nebenerwerb

Phnom Penh ist Anziehungspunkt für zahlreiche Arbeitssuchende



Foto: Christoph Piecha



Foto: Christoph Piecha

Die Nebenbeschäftigungen sollen helfen, die Lebenssituation zu verbessern, bringen aber nur wenigen die erhoffte wirtschaftliche Stabilität und Wohlstand für die Familie. Das Geld reicht in keinem Fall, um alle Kinder in die Schule schicken zu können, zumal dort schlecht bezahlte Lehrer noch zusätzlich Schulgeld fordern. Das Geld reicht auch nicht, um einen Brunnen zu graben oder das Haus zu reparieren. Es ist auch zu wenig, um dringend benötigtes Saatgut oder im Krankheitsfall Medizin zu kaufen. Aber richtig schlimm wird es, wenn die Trockenzeit zu lange anhält und die Bauernfamilien nach Phnom Penh kommen, um nach Arbeit zu suchen. Hunderte von Menschen lagern dann vor dem Königspalast, um – wie schon zu Zeiten der Angkor-Könige – von König Norodom Sihanouk Hilfe zu erbitten.

Angesichts der vielen armen Menschen in Kambodscha ist es nicht einfach, eine wirkungsvolle Strategie zur Armutsbekämpfung zu entwickeln. Welche Zielgruppen sollen für Entwicklungsmaßnahmen ausge-

wählt werden: alleinerziehende Mütter ohne Land, Opfer von Landminen und Behinderte, Analphabeten, Mädchen, die in die Prostitution getrieben wurden, Bauern, die Subsistenzlandwirtschaft betreiben, Kleingewerbetreibende oder die Fischer vom Tonlé Sap? Welcher Weg führt zur Minderung der Armut? Die direkte Förderung von saisonal beschäftigten Klein- und Kleinstunternehmern oder die Förderung von Unternehmen zur Arbeitsplatz- und/oder Einkommenssicherung? Oder soll Armut durch Wachstums- und Wettbewerbsstärkung bekämpft werden?

In Kambodscha ist momentan eigentlich nur klar, dass Maßnahmen zur Armutsbekämpfung im ländlichen Raum anzusiedeln sind und sich immer auch an Frauen richten müssen.

Genau betrachtet sind die meisten Projekte humanitäre Projekte und keine Entwicklungs-

projekte. In der Praxis bedeutet das oft, dass die Geber einen hohen finanziellen Input leisten müssen und die alleinige Verantwortung für das Projekt haben. Staatliche Institutionen

verfügen kaum über die finanziellen Mittel, um die laufenden Kosten für ihre Büros zu zahlen, und die Nichtregierungsorganisationen werden mehrheitlich von außen finanziert. Hinzu kommt, dass in staatlichen Behörden grundlegende Managementkenntnisse fehlen – noch immer eine Folge der Vertreibung und Austilgung der Intellektuellen durch das Pol Pot-Regime.

Das Wort *Ownership* fällt derzeit zwar etwas häufiger; die Ratlosigkeit, wie Maßnahmen mit den knappen lokalen Ressourcen nachhaltig unterhalten werden können, ist jedoch groß. Die politische und wirtschaftliche Instabilität trägt ein Übriges dazu bei, dass Entwicklungsorganisationen und deren Partner und Zielgruppen immer wieder empfindlich bei der Weiterentwicklung der Projekte gestört werden.

*Johannes Mayr ist Maschinenbauingenieur und war von 1996 bis 1999 Auslandsmitarbeiter der GTZ in einem Beschäftigungsförderungsprogramm für benachteiligte Zielgruppen im informellen Sektor in Kambodscha*

**Land für den Reisanbau ist knapp.**

# Namibia Ein Selbsthilfeprojekt auf Umwegen

Bernward Causemann

Ende 1996 hat der DED in Namibia mit der Förderung von Selbsthilfe-Initiativen (SHI) aus eigenen Mitteln begonnen, um ihren Beitrag zur Armutsbekämpfung zu stärken. Der Autor ist Koordinator des Programms zur Förderung einheimischer Organisationen in Namibia und schildert hier seine Erfahrungen mit den bisweilen etwas verschlungenen Pfaden, die ein Selbsthilfeprojekt in eigener Regie der Bevölkerung einschlagen kann.

Wir schrieben also, was wir anbieten können: eine einmalige finanzielle Unterstützung von Gruppen und Selbsthilfe-Initiativen, die einen Dienst an der Gemeinschaft leisten und durch einkommensschaffende Maßnahmen und andere Aktivitäten zur Armutsbekämpfung beitragen. Die Rückmeldung war nicht überwältigend: Viele Anträge kamen von lokalen Mitarbeitern des *Community Development*, einer für kommunale Entwicklung zuständigen Abteilung der Zentralregierung, die ebenfalls kleine Projekte unterstützt aber kaum Mittel zur Verfügung hat.

## Ohne Eigenleistung gibt es keine Fördergelder

Ein Brief aus dem 300 Kilometer von Windhoek entfernten Leonardville erschien mir interessant: Der Dorfsekretär fragte an, ob wir ein Abwassersystem für eine informelle Siedlung finanzieren würden. Ich besuchte also den Dorfsekretär, der mir den Hintergrund seines Anliegens erklärte: In Leonardville gebe es eine Siedlung für Weiße mit einhundert Einwohnern und ein *Township* für Schwarze, in dem 400 Menschen leben. Und dann gebe es noch ein *Squatter Camp* mit weiteren 400 Seelen; alle ehemalige Farmarbeiter, die in den schweren Dürrejahre nach der Unabhängigkeit Namibias von den Farmern der Gegend entlassen wurden, sich am Rand von Leonardville ansiedelten und seitdem von Gelegenheitsjobs und den Renten der Alten lebten. Sie wohnen in Wellblechhütten und teilen sich einen einzigen Wasseranschluss, an dem auch das Vieh getränkt wird. Toiletten – so erklärte der Dorfsekretär – gebe es in der Siedlung nicht.

Auf Bitten der Siedler wollte die Dorfverwaltung Toiletten und Waschgelegenheiten bauen. Ein Komitee oder sonst irgendeine Form von Selbstorganisation der informellen Siedler,

Foto: Werner Gartung



Bei Selbsthilfeprojekten müssen alle mit anfangen.

Am Anfang stellte sich die Frage, wie wir Zugang zu Selbsthilfegruppen im Land bekommen konnten und wer uns bei ihrer Betreuung helfen würde. Teilweise konnten wir mit Entwicklungshelfern und Entwicklungshelferinnen zusammenarbeiten, sofern sie Kontakt zu solchen Gruppen hatten. Der Versuch, über nicht-staatliche Organisationen in der Hauptstadt Selbsthilfe-Initiativen zu erreichen, war dagegen nicht sehr erfolgreich: Schon wegen der enormen Entfernungen haben Nichtregierungsorganisa-

tionen in Windhoek kaum Kontakt zur Basis.

So entstand die Idee, Regionalräte, Stadt- und Dorfverwaltungen anzusprechen und sie um Hilfe zu bitten. Wir dachten, dass dieser Ansatz in die politische Landschaft passt, schließlich ist Namibia gerade dabei, Aufgaben des Zentralstaates an die Regionen und Lokalverwaltungen zu delegieren, und da müsste auf kommunaler Ebene doch eigentlich Interesse an der Förderung von Selbsthilfe-Initiativen bestehen.

um das Projekt zu koordinieren, gab es nicht. Der DED kann zwar auch Lokalverwaltungen direkt unterstützen. In diesem Fall erschien mir das jedoch nicht sinnvoll, da überhaupt nicht absehbar war, ob die Nutznießer dann auch Verantwortung für die Erhaltung der Einrichtungen übernehmen würden. So machte ich die Gründung eines Komitees und die Eigenbeteiligung der Nutzer zur Bedingung für eine finanzielle Unterstützung des Vorhabens durch den DED.

Einige Monate später kam ein Brief aus Leonardville mit Informationen über den Fortgang des Projekts, versehen mit einer genauen Preiskalkulation und mit Angeboten. Unterschrieben war der Brief vom Dorfsekretär und der Vorsitzenden des neu gegründeten Komitees. Als ich daraufhin Leonardville ein zweites Mal besuchte, standen in der Siedlung drei kleine Gebäude mit Toiletten und Duschen, und für jedes gab es einen Verantwortlichen. Finanziert worden war das Ganze von *Community Development* und gebaut von einer Gruppe informeller Siedler, die für ihre Arbeit Lebensmittel bekommen hatten. Die Toiletten waren jedoch noch nicht in Betrieb, weil Wasseranschluss und Abwasserleitung fehlten. Die Gemeinde wollte auf eigene Kosten den Wasseranschluss legen lassen. Beim DED wurde das Geld für die Abwasserleitung beantragt, die ebenfalls in einem *Food for work*-Programm gebaut werden sollte.

Mir erschien es überhaupt nicht sinnvoll, Spültoiletten zu bauen, da es problematisch ist, sie instand zu halten und sie außerdem teurer sind und in einem von Dürre geplagten Land wie Namibia viel zuviel Wasser verbrauchen. Es gibt in Namibia gute Erfahrungen mit Latrinen. Aber nun waren diese Toiletten schon gebaut, und offensichtlich war es das, was die Leute wollten und die Dorfverwaltung für richtig hielt. Schließlich sind die informellen Siedler auch Wähler, deren Wünsche berücksichtigt werden müssen. So bewilligte der DED gut 4.000 DM für den Anschluss der Toiletten an das Abwassernetz des *Townships*.

## Unerwartete Schwierigkeiten tauchen auf

Den nächsten Kontakt mit den Siedlern von Leonardville hatte ich erst wieder wegen der Abrechnung des



Foto: Werner Gartung

Projekts. Sie kam pünktlich zum Ende des Jahres mit einer kurzen Information, dass man beim Graben für die Abwasserleitung auf Felsen gestoßen sei und sich die Fertigstellung des Vorhabens deshalb verzögere. Das erstaunte mich, hatte ich doch zuvor nach Felsen im Grund gefragt und erfahren, dass in Leonardville bereits Abwasserleitungen ohne Schwierigkeiten verlegt worden seien. Wir hatten uns auf diese Aussage verlassen; eine Untersuchung der Bodenbeschaffenheit wäre ohnehin zu teuer gekommen.

Nach diesem Brief wartete ich vergeblich auf die vereinbarte Einladung zur Einweihung. Im April erfuhr ich, dass sich Leonardville inzwischen einen Presslufthammer ausgeliehen hatte, um die Felsen weghauen zu lassen. Doch das ging nur langsam voran. Seitdem sind wieder etliche Wochen vergangen, aber ich habe die Hoffnung nicht aufgegeben, dass die Toiletten eines Tages in Betrieb genommen werden. Offen bleibt jedoch die Frage, ob es sinnvoll war, die Gründung eines Komitees zu fordern. Womöglich sind die Komitee-Mitglieder vom stockenden Fortgang des Projekts so entmutigt, dass sie in Zukunft keine anderen Aufgaben mehr übernehmen wollen. Vielleicht wäre der Hygiene-Sicherung mehr geholfen gewesen, wenn die Sache – besser finanziert – in Händen der Dorfverwaltung geblieben wäre? Ist die Partizipation der Bevölkerung in solchen Vorhaben überhaupt hilfreich? Es gibt

inzwischen genug Literatur, die das in Frage stellt.

Ich kann nur feststellen, dass ich zu Beginn meiner Arbeit in Namibia an die Strategie der geringstmöglichen Intervention geglaubt hatte und davon überzeugt war, dass die Leute ihre Sache selbst in die Hand nehmen sollten. Nun musste ich erkennen, dass dies erhebliche Probleme mit sich bringen kann und die Betroffenen häufig überfordert. Ein ganzheitlicher Ansatz und eine umfassendere Beratung z. B. in sozialen und technischen Fragen sowie in Projektmanagement und Gemeinwesenentwicklung wären hier hilfreicher gewesen.

Immerhin hat die Zusammenarbeit mit der kommunalen Behörde ganz gut funktioniert: so konnte ich den Dorfsekretär von Leonardville darauf aufmerksam machen, dass die Wasserstellen hygienischer gestaltet und gleichzeitig zu sozialen Zentren werden können, wenn sie Sitzgelegenheiten bieten. Die technischen Zeichnungen und Kontakte für solche Wasserstellen habe ich ihm gegeben und erschien auch ganz angetan von dem Vorhaben. Ich werde demnächst einmal nachfragen, was daraus geworden ist. Nach den neuen SHI-Richtlinien des DED dürfen wir jedenfalls erst wieder helfen, wenn das Abwasserprojekt abgeschlossen ist.

Bernward Causemann ist Dipl.-Soziologe und seit 1996 Koordinator für einheimische Organisationen des DED in Namibia.

Ein Wasseranschluss erleichtert das Leben im Squattercamp.

## Die Kultur der Weltbank

Gut elf Jahre nach den Massenprotesten zur Jahrestagung von IWF und Weltbank in Berlin erscheint nun im Schmetterling Verlag eine gründliche und kritische Analyse einer der Bretton Woods Organisationen. Der US-amerikanische Umweltpublizist Bruce Rich untersucht Kultur und soziale und ökologische Verantwortung der Weltbank im vergangenen Jahrzehnt und hinterfragt dabei auch den herrschenden Begriff von moderner Entwicklung.

Rich stützte sich bei seinen Recherchen fast ausschließlich auf Veröffentlichungen der Bank selbst wobei der journalistische Stil dem komplexen Thema außerordentlich gut tut. Rich berichtet anhand von Beispielen, wie Staaten mittels Strukturanpassung dazu veranlasst werden, Geld aus ihrer Umwelt herauszupressen, um die Schuldenlast zu bezahlen, und wie dabei kulturelle und soziale Belange auf der Strecke bleiben. Geradezu dramatisch seine Schilderung, wie der 1995 angetretene Weltbank-Präsident James D. Wolfensohn versuchte, eine neue Kultur von Effizienz und Ergebnisorientierung in der Bank-Bürokratie zu etablieren, deren hauptsächliches Anliegen es scheint, den zügigen Abfluss vorhandener Geldmittel zu organisieren. Folgt man Bruce Rich, dann misslang diese Reform offenbar gründlich – trotz gradueller Öffnung in einigen Bereichen. „Das Grundsatzwerk zur Weltbank“, so wirbt der Verlag. Und das könnte er wohl werden.

■ *Bruce Rich*

*Die Verpfändung der Erde. Die Weltbank, die ökologische Verarmung und die Entwicklungskrise*  
Schmetterling Verlag, Stuttgart 1999.

## Umwelt und Konsum

Den Einstellungen und Verhaltensweisen der Bundesbürger zur Umwelt geht die in der Reihe „Entwicklungsperspektiven“ erschienene Studie von Eva Becker nach. Die Autorin interessiert vor allem die Wechselwirkungen zwischen Gesellschaft und Individuum, Industrie und Gesellschaft und zwischen Industrie und Politik. Nach einem kurzen Überblick über die gut 25-jährige Geschichte der Umweltpolitik und des Umweltbewusstseins in

Deutschland analysiert Becker Studien und Befragungen, die hierzulande seit Mitte der 80er Jahre durchgeführt wurden. Demnach ist es mit der ökologischen Orientierung der Deutschen nicht weit her. So könne aus faktenbezogenem Umweltwissen nicht auf umweltgerechtes Verhalten geschlossen werden. Denn, so Becker, dazu müsse man nicht wissen, welcher Vogel auf der Roten Liste stünde, wohl aber welches Waschmittel umweltfreundlich sei. Konsumenten benötigten deshalb klarere Hinweise für umweltgerechte Kaufentscheidungen. Und weil etwa bei Thema Individualverkehr selbst bei einer Erhöhung der Benzinpreise kaum mit der Kooperation der Bundesbürger zu rechnen sei, verweist die Autorin auf andere Möglichkeiten der Politik: kilometerbezogene Abgaben und Verkehrsberuhigung bei gleichzeitigem Ausbau des ÖPNV. Selbst wenn die Basis des Umweltbewusstseins bei vielen eher Umweltangst sei, so hofft die Autorin, dass Umweltorganisationen und engagierte Einzelpersonen durch Aufklärung und Handlungsempfehlungen die Bundesbürger zum Umwettlernen ermutigen können.

■ *Eva Becker*

*Umwelt und Konsum. Einstellung und Verhalten der Deutschen zur Umwelt*  
*Entwicklungsperspektiven Nr. 66/67*  
Kassel 1998.

■ *Bezug:*

*Universität – Gesamthochschule Kassel, FB 10, Dokumentationsstelle Lateinamerika*  
Nora-Platiet-Str. 5  
34127 Kassel  
Fax: 05 61 / 804 37 38

## Handlungsfelder von Frauen in der Ökologiebewegung Mexikos

Als Versorgerinnen sind es hauptsächlich die Frauen in den Entwicklungsländern, die unter den Folgen der Umweltzerstörung leiden und diese bewältigen müssen.

Zeichneten sich frühe feministische Diskurse über Frauen- und Umweltbewegung dadurch aus, dass vor allem die Frauen als *Opfer* der sozio-ökonomischen Globalisierung betrachtet wurden, ist es die Stärke dieser empirischen Studie, dass hier die

Handlungsspielräume der *Akteurinnen* und deren Erweiterung untersucht werden. Deutlich wird dabei, welchen Anteil Frauen am Zustandekommen der neuen sozialen Bewegungen Mexikos haben. Bündnisse zwischen Feministinnen der städtischen Mittelschicht und politisch aktiven Frauen aus Basisbewegungen der Armenviertel – der sog. *Feminismo Popular* – schufen die Grundlage für Netzwerke und Lobbygruppen. Dabei geht es hier ganz und gar nicht darum, Frauen zur Rettung des Planeten zu funktionalisieren sondern vielmehr um die Chancen, durch lokale Selbstorganisation und kollektives Umweltengagement Einfluss auf die Politik in Städten und Gemeinden zu nehmen und die Partizipation von Frauen an Entscheidungsmacht zu ermöglichen.

■ *Birte Rodenberg*

*Lokale Selbstorganisation und globale Vernetzung: Handlungsfelder von Frauen in der Ökologiebewegung Mexikos*  
transcript Verlag, Bielefeld 1998.

## Deutschland und die Lage der Welt

Welche Rolle die Welthandelsorganisation WTO in der politischen, sozio-kulturellen und wirtschaftlichen Entwicklung der Staatengemeinschaft einnehmen soll, das ist nicht erst seit der gescheiterten WTO-Konferenz in Seattle im Dezember 1999 umstritten. Als Nichtregierungsorganisation, die sich auf deutscher und EU-Ebene für die Belange von Umwelt und Entwicklung einsetzt, hat Germanwatch in diesem Sommer deshalb Vorschläge zum Umbau des Welthandelsregimes durch Einführung sozialer und ökologischer Standards vorgelegt. Die NRO will mit ihrem Vorstoß der gewachsenen Verantwortung Deutschlands in der Welt Rechnung tragen. Der Beitrag ist eine Ergänzung des jährlich in den USA veröffentlichten „Berichts zur Lage der Welt“.

■ *Sustainable Germany:*

*Deutsche Verantwortung und die Lage der Welt 1999*  
Bonn 1999.

■ *Bezug:*

*Germanwatch*  
Budapester Strasse 11  
53111 Bonn  
Tel: 02 28 / 60 49 2-0  
Fax: 02 28 / 60 49 2-19

## Fotoausstellung

„Laos – Annäherung an ein unbekanntes Land“ lautet der Titel einer Fotoausstellung im DED, die am 21. Januar 2000, um 13 Uhr mit einer Vernissage eröffnet wird.

Laos gehört zu den am wenigsten entwickelten und ärmsten Ländern der Welt und findet bis heute wenig Beachtung in der Weltöffentlichkeit. Verglichen mit Thailand gilt Laos noch immer als Geheimtip unter den Reisenden, vom Alltag seiner Bewohner ist wenig bekannt. So sind es weniger die spektakulären Ereignisse als vielmehr der vom tief verwurzelten Buddhismus geprägte Alltag der Menschen, den Ulrich Meyer mit seinen Fotos dokumentiert. Er führt den Betrachter mit seinen Fotografien in die bezaubernde Landschaft des gebirgi-

Seit 40 Jahren unterstützt der WFD Projekte und Menschen bei der Verwirklichung ihrer sozialen, wirtschaftlichen und bürgerlichen Rechte.

### Menschenrechte für Menschen ohne Rechte



Informationen über die Menschenrechtsarbeit des WFD schicken wir Ihnen gerne zu.

Unterstützen Sie Menschenrechtsprojekte des WFD in Afrika, Palästina und Deutschland mit Ihrer Spende.

**wfd** Weltfriedensdienst e.V.  
Heidemannstr. 14  
10969 Berlin  
Telefon (030) 25 39 90-0  
Spendenkonto 505  
Bank für Sozialwirtschaft  
BIZ 100 205 00



Foto: Ulrich Meyer

Aus der Fotoausstellung „Laos – Annäherung an ein unbekanntes Land“:  
Bestellung eines Reisfeldes

gen Binnenlandes und lässt ihn teilhaben an traditionellen Festen eines Landes, dessen Bevölkerung wohl zu den gastfreundlichsten dieser Erde zählt. Viermal hat der Fotograf das Land seit 1996 besucht und zeigt nun eine Auswahl seiner Bilder, die dem Betrachter einen lebendigen Eindruck

eines an Volksgruppen und Traditionen reichen Landes vermitteln. Die Fotoausstellung ist bis Ende August an allen Werktagen in der Geschäftsstelle des DED der Öffentlichkeit zugänglich.

## Impressum

Herausgeber: Deutscher Entwicklungsdienst, Gemeinnützige Gesellschaft mbH, Herbert-Rabius-Straße 22, 53225 Bonn

Geschäftsleitung: Dr. Jürgen Wilhelm

Redaktion: Petra Schulz (presserechtlich verantwortlich), Jutta Bangel, Ute Sprenger

Namentlich gekennzeichnete Beiträge geben die persönliche Meinung der Verfasser wieder.

Redaktionsbeirat: Bärbel Böttcher,

Gisela Führung, Alfred Kohlmann,

Walter Spellmeyer

Gestaltung: Dietmar Silber

Satz: Satzinform

Druck: Oktoberdruck. Gedruckt auf chlorfrei gebleichtem Papier.

Redaktionsadresse: Deutscher Entwicklungsdienst, DED-Brief, Kladower Damm 299, 14089 Berlin, Telefon 030 / 368 81-0, Telefax 030 / 368 81-271

Nachdruck frei bei vollständiger Quellenangabe. Belegexemplare erbeten an die DED-Brief-Redaktion.

## Die Themen der nächsten DED-Briefe

Themenaufrisse schicken wir Ihnen auf Wunsch gerne zu.

Nr. 1/2000

### *Menschenrechte in der Entwicklungs- zusammenarbeit*

Redaktionsschluss: 14. 2. 2000

Nr. 2/3/2000

### *Leben in der Stadt*

Abgabetermin  
Themenvorschläge: 20. 4. 2000

Redaktionsschluss: 2. 6. 2000